



UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR WIEN
University of Natural Resources
and Life Sciences, Vienna

Masterarbeit

Gerechtigkeitsaspekte in Beteiligungsverfahren am Beispiel der „Vorarlberger Bürgerräte“

verfasst von

Rebekka Jaros, BSc

im Rahmen des Masterstudiums

Umwelt- und Bioressourcenmanagement

zur Erlangung des akademischen Grades

Diplom-Ingenieurin

Wien, März 2023

Betreut von:

Assoz. Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer

Mitbetreut von:

Mag. Dr. phil. Patrick Scherhauffer

Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik
Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WiSo)

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides statt, dass ich diese Masterarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Gedanken, die im Wortlaut oder in grundlegenden Inhalten aus unveröffentlichten Texten oder aus veröffentlichter Literatur übernommen wurden, sind ordnungsgemäß gekennzeichnet, zitiert und mit genauer Quellenangabe versehen.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher weder ganz noch teilweise in gleicher oder ähnlicher Form an einer Bildungseinrichtung als Voraussetzung für den Erwerb eines akademischen Grades eingereicht. Sie entspricht vollumfänglich den Leitlinien der Wissenschaftlichen Integrität und den Richtlinien der Guten Wissenschaftlichen Praxis.

13.03.2023

Rebekka JAROS

Danksagung

Hiermit möchte ich allen Personen herzlich danken, die zu Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Mein besonderer Dank gilt hierbei:

- Meinem Betreuer Patrick Scherhauser für seine laufende Unterstützung und Expertise während des Verfassens meiner Arbeit und für das geduldige Beantworten meiner Fragen.
- Reinhard Steurer, welcher das Thema meiner Arbeit angenommen und wertvollen Input zu meinem Konzept geliefert hat.
- Katharina Toth, Tamara Ehs und Katharina Gugerell, die mich auf das Thema meiner Arbeit gebracht haben und mir das statistische Material zum Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ überlassen haben, sowie Daniel Oppold, dessen Umfrageergebnisse ich verwenden durfte.
- Friedrich Leisch und Wolfgang Hitzl, die mir bei statistischen Fragen zur Seite standen.
- Hedwig Beclin für das gewissenhafte Lektorieren meiner Arbeit.
- allen Interviewpartner:innen aus Vorarlberg, die sich die Zeit genommen haben, um einen Beitrag zu meiner Arbeit zu leisten.
- meinen Eltern für ihre Geduld, wenn ich wieder einmal nicht weiter wusste, und für ihre moralische und finanzielle Unterstützung.
- meiner Familie und meinen Freunden, die während meiner Arbeit hinter mir gestanden sind.

Zusammenfassung

Verfahren zur deliberativen Beteiligung von Bürger:innen haben zunehmend an Popularität gewonnen. Man erhofft sich hiervon, etwa angesichts der Klimakrise, längerfristiges Denken und mehr Akzeptanz politischer Maßnahmen. Erfahren manche Personen größere Teilnahmehürden als andere, besteht jedoch die Gefahr undemokratischer Ergebnisse. Diese Arbeit untersucht die „Vorarlberger Bürgerräte“ vor dem Hintergrund eines „gerechten Übergangs“ auf mögliche Barrieren und bewertet sie mittels Nancy Frasers Gerechtigkeitsdimensionen. Fraser folgend erfordert ein gerechter Zugang zu politischer Beteiligung i) die Anerkennung von Personen als gleichermaßen zur Partizipation fähige Bürger:innen; ii) eine gerechte Repräsentation; iii) sowie einen gleichwertigen Zugang zu den dafür erforderlichen Ressourcen (Redistribution). Die Arbeit betrachtet Unterschiede in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildung und das Vorhandensein einer Migrationsgeschichte entlang der Ressourcen *Zeit*, *Geld* und „*civic skills*“ (zur Partizipation notwendige Kompetenzen) und leitet davon mögliche Teilnahmehürden ab. Grundlage waren Umfragedaten aus sechs Bürger:innenräten sowie Interviews mit Vorarlberger:innen der Altersgruppen 16 bis 29 und 30 bis 45. Den Ergebnissen zufolge schien die Verfügbarkeit von *Zeit* und *civic skills* die Teilnahmewahrscheinlichkeit beeinflussen zu haben. Besonders *civic skills* waren im Hinblick auf Alter und Bildung ungleich verteilt. Bezogen auf das Geschlecht kommt auch die Sozialisierung als Teilnahmehürde in Frage. Für die oben genannten Altersgruppen zeigten sich zudem altersspezifische Herausforderungen (Familie, Berufseinstieg) als mögliche Barrieren. Eine Migrationsgeschichte hatte keinen Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit. In Summe erfordern die genannten Hürden im Bereich der Redistribution und Anerkennung ausgleichende Maßnahmen im Bereich der Repräsentation. Diese Ergebnisse sollen helfen, künftige Partizipationsverfahren demokratischer und inklusiver zu gestalten.

Abstract

Procedures for the deliberative participation of citizens have become increasingly popular. It is hoped that this will lead to longer-term thinking and greater acceptance of measures, for example regarding the climate crisis. However, if some people experience greater obstacles to participation than others, there is the danger of achieving undemocratic results. This thesis examines the "Vorarlberger Bürgerräte" (Vorarlberg Wisdom Councils) against the background of a "just transition" for possible barriers and evaluates them by using Nancy Fraser's dimensions of justice. According to Fraser, equitable access to political participation requires i) the recognition of persons as citizens equally capable of participation, ii) a fair representation, iii) as well as an equal access to the required resources (redistribution). The thesis looks at differences regarding age, gender, education and the presence of a migration history with respect to the resources time, money and "civic skills" (competences necessary for participation) in order to derive possible barriers to participation. The analysis was based on survey data from six wisdom councils and interviews with Vorarlberg citizens in the age groups 16 to 29 and 30 to 45. According to the results, the availability of time and civic skills seems to have influenced the probability of participation. The latter in particular was unequally distributed with regard to age and education. Concerning gender, socialisation also comes into question as a barrier to participation. For the age groups mentioned above, age-specific challenges (family, career entry) also emerged as a possible barrier. A migration history had no influence on the probability of participation. In sum, the barriers found in the area of redistribution and recognition require compensatory measures in the area of representation. The results of this thesis aim to contribute to more democratic and inclusive participation processes in the future.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Theoretischer Hintergrund.....	3
2.1.	Klimagerechtigkeit im „gerechten Übergang“	3
2.1.1.	Verfahrensgerechtigkeit (Procedural climate justice)	4
2.1.2.	Distributive Gerechtigkeit (distributive climate justice)	5
2.1.3.	Anerkennungsgerechtigkeit (recognition climate justice)	5
2.1.4.	Intergenerationelle Gerechtigkeit (intergenerational climate justice)	6
2.1.5.	Das Konzept der transformativen Klimagerechtigkeit	6
2.2.	Was ist politische Partizipation?	7
2.2.1.	Instrumenteller versus normativer Partizipationsbegriff	8
2.2.2.	Systematisierung des Begriffs „politische Partizipation“	9
2.2.3.	Politische Partizipation, Repräsentation und Demokratie	14
2.3.	Ursachen von (Nicht-)Partizipation.....	16
2.3.1.	Gängige Erklärungen für die Partizipationsbereitschaft von Bürger:innen.....	16
2.3.2.	Das „Civic-Voluntarism“-Model.....	18
2.4.	Nancy Frasers Gerechtigkeitsdimensionen	21
2.4.1.	Redistribution (<i>Redistribution</i>).....	22
2.4.2.	Anerkennung (<i>Recognition</i>)	22
2.4.3.	Repräsentation (<i>Representation</i>)	22
2.4.4.	Intergenerationelle Gerechtigkeit als Bewertungskriterium	24
2.4.5.	Zusammenführung von Frasers Gerechtigkeitsmodell mit Arnsteins Partizipationsleiter	24
3.	Material und Methoden	27
3.1.	Auswertung von Fragebögen zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ 4 bis 8 und 12	27
3.2.	Interviews mit Vorarlberger:innen der Altersgruppen 16 bis 29 und 30 bis 45	31
3.2.1.	Erstellung des Interviewleitfadens.....	31
3.2.2.	Auswahl der Interviewpartner:innen und Durchführung der Interviews.....	32
3.2.3.	Auswertung der Interviews nach Meuser/Nagel	32
4.	Fallbeispiel: Die „Vorarlberger Bürgerräte“	36
4.1.	Was sind Bürger:innenräte?	36
4.2.	Die Rolle der Losauswahl bei Bürger:innenräten.....	38
4.3.	Bürger:innenräte in Vorarlberg	38
4.4.	Abhaltung und Ablauf des Bürger:innenrats „Klima-Zukunft“	39
4.5.	Einordnung der „Vorarlberger Bürgerräte“ auf Arnsteins Partizipationsleiter	40

5.	Ergebnisse	42
5.1.	Auswertung der Umfrageergebnisse	42
5.1.1.	Häufigste Gründe für eine Zusage/Absage.....	42
5.1.2.	Politisches Interesse, politisches Engagement und Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen.....	43
5.1.3.	Politisches Vertrauen, Einstellung zur Politik und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit	45
5.1.4.	Alter.....	47
5.1.5.	Geschlecht	49
5.1.6.	Bildung	50
5.1.7.	Migrationshintergrund.....	53
5.2.	Auswertung der Interviews.....	55
5.2.1.	Positive Aspekte	55
5.2.2.	Negative Aspekte.....	56
5.2.3.	Mögliche Absagegründe.....	57
5.2.4.	Wichtige Themen	59
5.2.5.	Selbstwirksamkeit im und außerhalb des Bürger:innenrates.....	60
5.2.6.	Mögliche Gründe für die Nicht-Teilnahme gleichaltriger Personen	63
5.2.7.	Verbesserungsvorschläge für die „Vorarlberger Bürgerräte“	68
5.2.8.	Zusammenfassung der Interviewauswertung	70
6.	Diskussion	73
6.1.	Welche möglichen Zugangshürden zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und Herkunft gibt es?.....	73
6.1.1.	Alter.....	73
6.1.2.	Geschlecht	76
6.1.3.	Bildung	78
6.1.4.	Migrationshintergrund.....	79
6.2.	Bewertung der „Vorarlberger Bürgerräte“ nach Nancy Frasers Gerechtigkeitsmodell	80
7.	Conclusio: Wie gerecht sind die „Vorarlberger Bürgerräte“?.....	84
	Literaturverzeichnis.....	87
	Appendix A: Interviewleitfaden.....	93
	Appendix B: Liste der gefundenen Codes.....	96
	Appendix C: Fragebogen zum BR „Klima-Zukunft“.....	103
	Appendix D: R-Outputs.....	108

Abkürzungsverzeichnis

BIPAR	Berlin Institut für Partizipation
BR	Bürger:innenrat
FEB	Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ÖGUT	Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
SDGs	Sustainable Development Goals
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WCED	World Commission on Environment and Development

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Arnsteins (1969) Partizipationsleiter</i>	13
<i>Abbildung 2: Verbindung von Arnsteins Partizipationsleiter mit Frasers Gerechtigkeitskonzept (Blue, et al., 2019)</i>	25
<i>Abbildung 3: Ablauf eines Bürger:innenrats. Eigene Grafik nach Hellrigl und Lederer (2019).</i>	37
<i>Abbildung 4: Unterschiede in der Altersverteilung bei Nicht-Teilnehmenden (n = 411) und Teilnehmenden (n = 59) der „Vorarlberger Bürgerräte“ 4-7 und 12</i>	47
<i>Abbildung 5: Geschlechterverteilung in den „Vorarlberger Bürgerräten“</i>	50
<i>Abbildung 6: Höchste Bildungsabschlüsse der Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden der „Vorarlberger Bürgerräte“</i>	51
<i>Abbildung 7: Anteil der Teilnehmenden/Nicht-Teilnehmenden unter den Befragten ohne Migrationshintergrund, mit im Ausland geborenen Eltern und selbst im Ausland geborenen Personen</i>	53
<i>Abbildung 8: Fragebogen für Teilnehmende zum Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“</i>	107

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Das instrumentelle und normative Partizipationsverständnis im Vergleich (Nieß, 2016).....	9
Tabelle 2: Rücklaufquoten der ausgesandten Fragebögen für Teilnehmende und Nicht-Teilnehmende an den „Vorarlberger Bürgerräten“ 4-8 und 12. Ergänzt nach Oppold (2016).	27
Tabelle 3: Liste der für die Auswertung verwendeten Parameter.....	29
Tabelle 4: Liste bundesweiter Bürger:innenräte in Vorarlberg (Land Vorarlberg, o.J.b).....	39
Tabelle 5: Zum Zeitpunkt der Rückmeldung in Umsetzung befindliche Maßnahmen, welche durch den Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ initiiert worden waren	40
Tabelle 6: Grad der Zustimmung zu den im Fragebogen vorgeschlagenen Gründen für eine Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (skaliert von 1= „stimme gar nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“) (n=79)	42
Tabelle 7: Grad der Zustimmung zu den im Fragebogen vorgeschlagenen Gründen für eine Nicht-Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (skaliert von 1= „stimme gar nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“ (n=524).....	43
Tabelle 8: Einfluss der Summe an politischen Aktivitäten in den letzten 12 Monaten sowie der Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n=603).....	44
Tabelle 9: Einfluss des politischem Interesses auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n=603)	45
Tabelle 10: Wortlaut und Bezeichnung der Aussagen 1-5.....	45
Tabelle 11: Einfluss der Zustimmung zu den Aussagen 1-5 auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n=603).....	45
Tabelle 12: Durchschnittliches Alter der Teilnehmenden (TN) und Nicht-Teilnehmenden (N-TN) für die einzelnen „Vorarlberger Bürgerräte“ sowie das durchschnittliche Alter der Teilnehmenden aller Bürger:innenräte mit und ohne BR8 (n = 603; 524).....	47
Tabelle 13: Einfluss des Alters auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (Referenz = 15-25 Jahre) (n= 603).....	48
Tabelle 14: Einfluss des höchsten Bildungsabschlusses auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (Referenz: Pflichtschulabschluss) (n = 603).....	51
Tabelle 15: Liste der von den Befragten angegebenen Herkunftsländer	54

Tabelle 16: Hintergrundinformationen zu den interviewten Personen	55
Tabelle 17: Liste der gefundenen Codes, getrennt nach den Altersgruppen 16-29 (U30) und 30-45 (Ü30)	96
Tabelle 18: R-Outputs zu den Zusammenhängen zwischen dem politischen Interesse, den Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen, der politischen Aktivität der letzten 12 Monate und der Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n = 603).....	108
Tabelle 19: R-Outputs zu den Zusammenhängen zwischen der Zustimmung zu den Aussagen 1-5, den Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und der politischen Aktivität der letzten 12 Monate (n = 603)	108
Tabelle 20: R-Outputs zum Einfluss des Alters auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: 15-25 Jahre)(n = 603; 524)	109
Tabelle 21: R-Outputs zum Einfluss des Geschlechts auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: Frauen) (n = 603; 524)	112
Tabelle 22: R-Outputs zum Einfluss des höchsten abgeschlossenen Bildungsgrades auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: Pflichtschulabschluss) (n = 603; 524)	113
Tabelle 23: R-Outputs zum Einfluss einer Migrationsgeschichte auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: kein Migrationshintergrund) (n = 603; 524).....	115

1. Einleitung

Seit es in den 1960er-Jahren zu vermehrten Forderungen nach einer „Demokratisierung der Demokratie“ kam, wurde mit verschiedenen Methoden versucht, Bürger:innen aktiver in politische Prozesse einzubinden (Heinrichs, 2005; König & König, 2012). In den 1990er-Jahren entstand zusätzlich zu klassischen Methoden der direkten Bürger:innenbeteiligung (wie etwa Volksbegehren) eine Vielzahl unterschiedlicher neuer Partizipationsverfahren. Viele dieser Methoden beruhen auf Diskussionen und einer anschließenden konsensualen Entscheidungsfindung. Sie stehen daher in engem Zusammenhang mit dem Konzept der deliberativen Demokratie (Nanz & Fritsche, 2012; Oppold, 2016). Seitens der Entscheidungsträger:innen erhofft man sich durch den aktiven Miteinbezug der Bevölkerung mehr Kenntnis über deren Bedürfnisse und Ansichten sowie einen Zugang zu Wissen der Personen vor Ort (Nanz & Fritsche, 2012). Dies könne Nanz und Fritsche (2012) zufolge helfen, mögliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen vorab zu erkennen und kontroverse Interessen ausfindig zu machen. Zudem steigerten Bürger:innenbeteiligungsverfahren das Vertrauen in die Politik, die Akzeptanz von Maßnahmen sowie das Interesse der Bevölkerung an gesellschaftlichen Themen: So führe der Miteinbezug der Bevölkerung auch bei komplexen Themen zu vielschichtigen Ergebnissen und rege die öffentliche Debatte an (Nanz & Fritsche, 2012).

Angesichts der großen Krisen unserer Zeit stellt sich die Frage, wie eine wirksame und nachhaltige Politik mit demokratischen Mitteln umgesetzt werden kann (Willis, et al., 2022; Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2011; Pickering, et al., 2020). So argumentiert Smith (2021) etwa in Bezug auf die Klimakrise, dass bestehende politische Mechanismen oft zu kurzfristigem Handeln führten und die Belange zukünftiger Generationen häufig nicht ausreichend beachtet würden. Eine deliberative Einbindung der Bürger:innen in politische Entscheidungen wird hierbei als förderlich, wenn nicht sogar notwendig angesehen (Willis, et al., 2022; Niedermeyer, 2013; Dryzek & Niedermeyer, 2019; Smith, 2021). Durch diese erhofft man sich eine Förderung längerfristigen Denkens bei politischen Maßnahmen (Smith, 2021; Willis, Corato, & Smith, 2022) sowie auch eine bessere Einbettung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die tatsächliche Lebenswelt der Bevölkerung, eine Reduktion der Einflüsse von Interessen CO₂-intensiver Industriezweige auf politische Entscheidungen sowie eine Stärkung von Vertrauen und Kooperation zwischen Politik und Zivilgesellschaft (Willis, et al., 2022). Der WBGU (2011) bringt dies in seinem Gutachten zur „großen Transformation“ folgendermaßen auf den Punkt:

„Die Zivilgesellschaft muss Mitgestalter des Transformationsprozesses sein, denn sie setzt die Transformation in Bewegung und verleiht ihr die nötige Legitimation“ (S. 252).

Verfahren zur deliberativen Beteiligung von Bürger:innen werden auch von Aktivist:innen gefordert (Hagedorn, et al., 2021; Extinction Rebellion Deutschland, 2019; Fridays for Future Austria, o.J.) und mittlerweile in vielen Ländern, etwa in Frankreich (<https://www.conventioncitoyennepourleclimat.fr/>),

Deutschland (<https://www.buergerrat.de/>), Irland (<https://www.citizensassembly.ie/en/>), oder Österreich (<https://klimarat.org/>) zu verschiedenen Themen umgesetzt. Mit solchen Bürger:innenbeteiligungsprozessen gehen jedoch auch einige Schwierigkeiten einher: In vielen dieser Verfahren spielen „*Minipublics*“ – Personengruppen, welche sich stellvertretend für die Gesamtbevölkerung zur Bearbeitung eines Themas zusammenfinden – eine wesentliche Rolle. Minipublics haben den Anspruch, einerseits klein genug für eine funktionierende Deliberation zu sein und andererseits die Bevölkerung möglichst gut zu repräsentieren (Oppold, 2016). Haben manche Personengruppen geringere Zugangshürden zu politischer Partizipation als andere, besteht die Gefahr, dass bestimmte Perspektiven und Interessen eher Eingang in den Dialog mit Entscheidungsträger:innen finden (Young, 2000). Tatsächlich zeigte sich in der Vergangenheit unter den Teilnehmenden solcher Verfahren ein Bias hin zu gebildeteren und bereits politisch aktiven Personen (Asenbaum, 2016).

Die vorliegende Arbeit betrachtet diese Problematik am Beispiel der „Vorarlberger Bürgerräte“. Bürger:innenräte (englisch: *Wisdom Councils*) sind ein Methode zur Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen. Hierfür kommt eine Gruppe zufällig ausgewählter Personen auf freiwilliger Basis für ein Wochenende zusammen, um gemeinsame Empfehlungen für die Politik zu erarbeiten (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik [ÖGUT], o.J.a). Im österreichischen Bundesland Vorarlberg ist direkte Demokratie in der Landesverfassung verankert und Bürger:innenräte finden dort in regelmäßigen Abständen statt (Land Vorarlberg, o.J.a). Diese haben einen konsultativen Charakter, und es besteht Strele (2012) zufolge daher nicht unbedingt die Notwendigkeit einer vollständigen Repräsentativität. Dennoch sei – wie auch aus den bereits genannten Problematiken ersichtlich wird – eine möglichst heterogene Zusammensetzung der Gruppe zu gewährleisten. Bei vorhergegangenen Bürger:innenräten in Österreich zeigten sich Verzerrungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmenden: So waren Strele (2012) zufolge insbesondere Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund und Personen mit formal geringeren Bildungsgrad unterdurchschnittlich vertreten. Für landesweite Bürger:innenräte in Vorarlberg waren bis zu 700 Personen eingeladen worden, um die notwendige Anzahl an Teilnehmenden zu erreichen (Oppold, 2016). Strele (2012) nennt als mögliche Gründe für die Nicht-Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ – neben praktischeren Erklärungen wie Zeitmangel – die fehlende Wahrnehmung der Einladung sowie Misstrauen (etwa die Angst davor, von der Politik instrumentalisiert zu werden) und fehlendes Interesse. Am 2. und 3. Juli 2021 fand in Vorarlberg der 12. landesweite Bürger:innenrat zum Thema „Klima-Zukunft“ statt. Diese Arbeit untersucht diesen Bürger:innenrat sowie fünf vorhergegangene Bürger:innenräte (4 bis 8) im Hinblick auf einen gerechten Zugang zur Teilnahme. Ziel ist es, mögliche Zugangshürden für eine Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ für unterrepräsentierte Bevölkerungsteile auszumachen. Die Ergebnisse sollen dabei nicht nur zur Verbesserung der „Vorarlberger Bürgerräte“ dienen, sondern auch Erkenntnisse für zukünftige Bemühungen liefern, die Bevölkerung bei drängenden Themen in politische Entscheidungen miteinzubeziehen.

2. Theoretischer Hintergrund

Im vorliegenden Kapitel werden die Begrifflichkeiten der „transformativen Klimagerechtigkeit“ (**Kapitel 2.1**) sowie der politischen Partizipation geklärt und die Problemstellung der vorliegenden Arbeit hergeleitet (**Kapitel 2.2**). In **Kapitel 2.3** werden gängige Erklärungen für die ungleiche Partizipationsbereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen thematisiert und das *civic voluntarism model* von Sidney Verba, Henry Brady und Kay Lehmann Schlozman als Grundlage für die Untersuchung der „Vorarlberger Bürgerräte“ vorgestellt. **Kapitel 2.4** behandelt zuletzt die drei Dimensionen der Gerechtigkeit von Nancy Fraser als Bewertungskriterium für die „Vorarlberger Bürgerräte“ und stellt dabei Analogien zur transformativen Klimagerechtigkeit her.

2.1. Klimagerechtigkeit im „gerechten Übergang“

Gerechtigkeitsaspekte spielen im Hinblick auf die multiplen Krisen unserer Zeit eine bedeutende Rolle. So sind oft einerseits die Krisenfolgen ungleich verteilt, wobei die vulnerabelsten Teile der Bevölkerung häufig am stärksten betroffen sind (Kashwan, 2021; Intergovernmental Panel on Climate Change [IPCC], 2022), andererseits sind Versuche zur Lösung dieser Probleme nicht automatisch gerecht oder egalitär (Sovacool, 2021). Wie Newell und Mulvaney (2013) hervorheben, stellt sich somit auch hier die Frage danach, „wer gewinnt, wer verliert, wie und weshalb“ (S. 133). Das Konzept des „gerechten Übergangs“ („*Just Transition*“) versucht, ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden und beide Ziele gemeinsam anzustreben. Der Begriff wurde erstmals in den 1970er-Jahren im Zuge vermehrter Umweltschutzzorgaben von Gewerkschaften aus den betroffenen Branchen entwickelt (Wang & Lo, 2021) und findet heute sowohl in der Politik (Kołodziejcki, 2022) als auch in der wissenschaftlichen Literatur (Wang & Lo, 2021; Newell & Mulvaney, 2013; Heffron & McCauley, 2018) Beachtung. Sein weitreichender Ansatz ermöglicht es, Gerechtigkeitsfragen, etwa im Hinblick auf Umwelt-, Klima- und Energiethemen in einem breiteren Kontext zu diskutieren. So hofft man, soziale Ungleichheiten zu reduzieren, während man als Ziel verfolgt, Transformationsprozesse in diesen Bereichen zukunftsfähig zu gestalten (Heffron & McCauley, 2018). In weiterer Folge wird im Konkreten auf den Begriff der Klimagerechtigkeit eingegangen und mit der Einführung der Konzepts der „transformativen Klimagerechtigkeit“ ein Ansatz zur Einbindung von Überlegungen aus der *Just Transition*-Literatur in Gerechtigkeitsfragen im Hinblick auf die „Vorarlberger Bürgerräte“ vorgestellt.

Klimagerechtigkeit ist ein Konzept, welches Fragen nach Gleichheit, Rechten und ethischen Belangen in die Klimakrisendebatte einbringt (Newell, et al., 2020). Der Begriff der Klimagerechtigkeit („*Climate Justice*“) wurde in der akademischen Literatur erstmals 1989¹ verwendet. Viele Ideen im Zusammenhang mit der Klimagerechtigkeitsdebatte stammen jedoch aus der älteren Umweltgerechtigkeitsbewegung (Schlosberg & Collins, 2014). Klimagerechtigkeit wird auf

¹ Schlosberg & Collins (2014) schreiben die erste Erwähnung des Begriffes Edith Brown Weiss (1989) zu.

verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen unterschiedlich diskutiert: Einerseits fand der Begriff Einzug in internationale Regime (Newell, et al., 2021): So wurde 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung das Prinzip der „*common but differentiated responsibilities and respective capabilities*“ festgelegt, welches die unterschiedlichen Voraussetzungen verschiedener Länder bei der Bewältigung der Klimakrise anerkannte. Eng verbunden mit diesem Prinzip ist auch die Anerkennung der unterschiedlichen Vulnerabilität verschiedener Länder und Bevölkerungsgruppen und die Verantwortung der Hauptemittent:innen, die vulnerabelsten Teile der Weltbevölkerung zu unterstützen (Newell, et al., 2020). Aktivistische Forderungen nach mehr Klimagerechtigkeit – auf der anderen Seite – sind häufig von der älteren Umweltgerechtigkeitsbewegung beeinflusst (Newell, et al., 2020), welche schon länger Umweltbelange mit sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen versuchte und etwa die häufigere Exposition marginalisierter Gruppen mit Umweltschadstoffen thematisierte (Schlosberg & Collins, 2014). Erste Forderungen nach Gerechtigkeit mit Bezug zur Klimakrise kamen in aktivistischen Kreisen im Laufe der 1990er-Jahre auf. Anlehnend an die Umweltgerechtigkeitsbewegung wurden etwa Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Tatsache, dass die am stärksten betroffenen Teile der Weltbevölkerung häufig jene mit der geringsten Verantwortung am bisherigen Temperaturanstieg sind, thematisiert. Von Klimagerechtigkeitsbewegungen angesprochen werden zudem Ungerechtigkeiten hinsichtlich der Frage, wessen Stimmen gehört und wessen Interessen in der Klimapolitik vertreten werden. Es wird somit der Zusammenhang zwischen der Klimakrise und sozialen Ungleichheiten stärker in den Fokus gerückt (Newell, et al., 2020). Die wissenschaftliche Literatur zum Thema Klimagerechtigkeit befasst sich etwa mit der Frage nach historischer Verantwortung, menschenrechts- oder entwicklungsbasierten Argumenten. Neben solchen normativen Fragestellungen zu globaler Klimapolitik finden sich zum Teil auch hier praktische Überlegungen, wie das Dilemma der Vereinbarung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit gelöst werden kann (Schlosberg & Collins, 2014).

Die Ideen dazu, was genau der Begriff „*Klimagerechtigkeit*“ beinhaltet, sind so unterschiedlich wie die verschiedenen Ebenen und Kontexte, in welchen dieser diskutiert wird – sei es Mitigation (die Reduktion von Emissionen), Adaption (Anpassung an die Folgen) oder „*Loss and damage*“ (Der Umgang mit den Folgen nach deren Eintreten) im Zusammenhang mit der Klimakrise (Newell, et al., 2020). In der Literatur werden nach Newell et al. (2020) häufig die folgenden vier Dimensionen im Zusammenhang mit der Frage nach Klimagerechtigkeit beleuchtet: Verfahrensgerechtigkeit, distributive Gerechtigkeit, Anerkennungsgerechtigkeit und intergenerationelle Gerechtigkeit.

2.1.1. Verfahrensgerechtigkeit (Procedural climate justice)

Dieser Aspekt der Klimagerechtigkeit beschäftigt sich mit der Fairness, Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsfindungsprozessen im Zusammenhang mit der Klimakrise. Hierbei stehen die Qualität des Prozesses und die Frage danach, wer daran beteiligt ist, im Mittelpunkt.

Verfahrensgerechtigkeit behandelt Themen wie den Miteinbezug der Öffentlichkeit, die Rechtmäßigkeit oder die gerechte Repräsentation in einem Prozess. Betrachtet werden beispielsweise die Verfügbarkeit von Information, die Möglichkeit zur Partizipation, die Unbefangenheit der Entscheidungsträger:innen oder der Zugang zu Rechtsmitteln. So bemängelten etwa Vertreter:innen der *Least developed countries* (LDA) im Zuge der Klimakonferenz in Madrid die aus ihrer Sicht kostspielige mehrfache Verlängerung der Verhandlungen sowie den mangelnden Zugang zu rechtlicher und wissenschaftlicher Expertise oder die ungleiche Größe der nationalen Delegationen (Newell, et al., 2020).

2.1.2. Distributive Gerechtigkeit (distributive climate justice)

Distributive Gerechtigkeit behandelt zumeist die Frage, wie Kosten und Nutzen der Klimakrise und der Maßnahmen zur Bekämpfung derselben verteilt werden sollen. Unter diese Kategorie fällt beispielsweise die Frage nach der historischen Verantwortung industrialisierter Länder bei der Bekämpfung der Klimakrise oder der gerechten Verteilung der möglichen Restemissionen. Ein weiteres relevantes Thema im Hinblick auf distributive Gerechtigkeit ist die Kompensation für nicht mehr vermeidbare und bereits eingetretene Schäden durch die Klimakrise. Bezogen auf distributive Gerechtigkeit lassen sich die folgenden Aspekte diskutieren: i) welche Güter und Schäden verteilt werden; ii) zwischen welchen Einheiten diese verteilt werden; und iii) welche Kriterien für die Verteilung (Bedarf, Status, Rechte...) derselben am geeignetsten sind. Vorschläge hierfür sind etwa das „*Polluter pays*“-Prinzip, welches besagt, dass die Verursacher:innen von Emissionen für die entstandenen Schäden aufzukommen haben, oder das „*Beneficiary pays*“-Prinzip, welches vorschlägt, dass jene, welche von der Verursachung von Emissionen profitieren, für die daraus resultierenden Schäden aufkommen müssen (Newell, et al., 2020). Wie später in dieser Arbeit deutlich wird, kann distributive Gerechtigkeit jedoch auch inputseitig – als Gerechtigkeit bezogen auf die für die Teilnahme an demokratischer Partizipation notwendigen Ressourcen – interpretiert werden (Verba, et al., 1995a; Fraser, 2008).

2.1.3. Anerkennungsgerechtigkeit (recognition climate justice)

Diese Dimension beschreibt die Notwendigkeit, allen betroffenen Personen einen gleichberechtigten Zugang zu fairen Prozessen zu gewähren. Eine Voraussetzung hierfür ist die Anerkennung aller betroffener Personen als gleichwertige und gleichberechtigte Individuen. Dies bedeutet vor allem auch, die Bedürfnisse und Forderungen jener Bevölkerungsgruppen, welche in Bezug auf die Klimakrise besonders vulnerabel sind oder deren Belange und Rechte aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht in gleichem Maße beachtet würden, eine unverzerrte, faire und gleichberechtigte Darstellung ihrer Sichtweisen zu gewähren (Newell, et al., 2020).

2.1.4. Intergenerationelle Gerechtigkeit (intergenerational climate justice)

Das Konzept der intergenerationellen Gerechtigkeit als Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung wurde bereits 1987 im Bericht „Our Common Future“ (Unsere Gemeinsame Zukunft) der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (WCED) verwendet:

„Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (WCED, 1987, S. 54)

Intergenerationelle Gerechtigkeit erfordert demnach, dass zukünftige Generationen i) den gleichen Umfang an *Möglichkeiten* ii) ein vergleichbares Maß an *Qualität* der umgebenden Umwelt iii) den gleichen *Zugang* zu natürlichen Ressourcen vorfinden. Der intergenerationelle Aspekt der Forderungen nach Klima- und Umweltgerechtigkeit grenzt diese von anderen Gerechtigkeitsforderungen ab. Vermehrt befasst sich intergenerationelle Gerechtigkeit auch mit der Gerechtigkeit gegenüber Kindern und Jugendlichen, welche häufig wenig Mitspracherecht in Verhandlungen und Entscheidungsfindungen im Hinblick auf die Klimakrise haben (Newell, et al., 2020).

2.1.5. Das Konzept der transformativen Klimagerechtigkeit

Wie Newell et al. (2021) mit Bezug auf die obenstehenden Dimensionen anführen, sind verallgemeinernde Beschreibungen – wie etwa die alleinige Betrachtung der Unterschiede zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden – nicht ausreichend, um ein präzises Verständnis für Klimagerechtigkeit zu bekommen. So zeigt Kashwan (2021) auf, dass auch innerhalb von Ländern des globalen Nordens Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Klimakrise auftreten können. Die Ursachen hierfür führt er auf Unterschiede in der Verteilung von sozialer, politischer und ökonomischer Macht zurück. Es sei somit wichtig, Klimagerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit nicht getrennt voneinander zu betrachten. Newell et al. (2021) schlagen an dieser Stelle mit Bezug auf die oben genannten Dimensionen der Klimagerechtigkeit das Konzept einer „transformativen Klimagerechtigkeit“ vor. Die Klimagerechtigkeitsvorstellung der Autor:innen geht über einen alleinigen Fokus auf die Verteilung von Kosten und Nutzen im Hinblick auf die Klimakrise hinaus und betrachtet die „Grundursachen“ von Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der derselben. Diese Grundursachen sind den Autor:innen zufolge auf soziale und institutionelle Beziehungen sowie auf Machtverhältnisse und Ungleichheiten zwischen den Beteiligten zurückzuführen. Das Konzept einer transformativen Klimagerechtigkeit ist den Autor:innen nach aus mehreren Gründen geeignet, um die Ursachen von Ungerechtigkeiten zu untersuchen: Einerseits würden die Themen aus dem Bereich der Klimagerechtigkeit stärker mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. Zudem sei es ein holistischerer Ansatz und gehe über einzelne institutionelle Ebenen und Bereiche hinaus, wobei auch die Grenze zwischen Mitigation und Adaption überschritten werde. Weiters befördere und verlange es nach inter- und transdisziplinären Ansätzen bei der Klimagerechtigkeitsdebatte. Zuletzt helfe es dabei, zu verstehen,

inwieweit Veränderungen in Entscheidungsfindungsprozessen und eingefahrenen Machtstrukturen Ungerechtigkeiten bezogen auf die Klimakrise aufbrechen könnten (Newell, et al., 2021). Das Konzept der „transformativen Klimagerechtigkeit“ eignet sich somit als Ansatz, um Partizipationsverfahren zur Lösung komplexer, zukunftsbezogener Problemstellungen aus einer „Just Transition“-Perspektive zu analysieren.

2.2. Was ist politische Partizipation?

Das vorhergehende Kapitel ist auf den Begriff der Klimagerechtigkeit eingegangen und hat die Bedeutung von Machtverhältnissen und sozialen Ungleichheiten als mögliche Ursachen von Ungerechtigkeiten bezogen auf die Klimakrise genannt. Der folgende Abschnitt arbeitet den Begriff der politischen Partizipation heraus und führt in grundlegende Konzepte in Bezug auf diese ein. Weiters wird auf die Folgen ungleicher Partizipationsmöglichkeiten eingegangen und deren Bedeutung für Demokratie und Gerechtigkeit hervorgehoben.

Das Wort „Partizipation“ leitet sich vom lateinischen „*particeps*“ (teilhabend, beteiligt sein) ab und setzt sich aus den Begriffen „*pars*“ (Teil) und „*capere*“ (nehmen, ergreifen) zusammen. Partizipation beinhaltet sowohl eine aktive (Teilnahme) als auch eine passive (Teilhabe) Komponente. Es geht also einerseits darum, handelnd mitzuwirken und andererseits um die Frage nach der Zugehörigkeit (Nieß, 2016). In der Politikwissenschaft spricht man meist von „*politischer Partizipation*“, um die Einflussnahme von Personen auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse zu beschreiben. Neben diesem Verhältnis von Individuen zu Herrschaft und Staat (politische Komponente) umfasst der Ausdruck Partizipation jedoch auch eine *soziale Komponente*, welche die Beteiligung an verschiedensten Bereichen der Gesellschaft (etwa Vereine, Kultur, Medien, Konsum, aber auch Bildung oder Arbeit) beschreibt und somit den Zugang zu materiellen und nicht-materiellen Gütern in den Vordergrund rückt. Beide Aspekte sind, wie im Rahmen dieser Arbeit weiter ersichtlich wird, eng miteinander verknüpft (Nieß, 2016).

Der Begriff „*politische Partizipation*“ umfasst Jan van Deth (2009) zufolge alle freiwilligen Tätigkeiten, mit welchen Bürger:innen versuchen, Einfluss auf das politische System zu nehmen. Eine häufig verwendete Definition von politischer Partizipation ist die von Verba, et al. (1978):

„By political Participation we refer to those legal activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of government personnel and/or actions they take.“ (S. 46)

Der obenstehenden Definition zufolge ist nicht jede Form der Partizipation politisch. So gibt es auch gesellschaftliche Teilnahme, welche keine politischen Ziele verfolgt, etwa die Mitgliedschaft in einem Sportverein (Verba, et al., 1995a). Nicht selten verschwimmt, wie bereits erwähnt, diese Grenze zwischen politischer und nichtpolitischer Partizipation. So könnte sich etwa ein Sportverein für die

Inklusion von Menschen mit Behinderung einsetzen. Gleichzeitig könnte jemand aus nicht primär politischen Gründen Mitglied einer Organisation mit politischen Zielen sein (etwa, weil man dort sein soziales Umfeld zu erweitern sucht) (Verba, et al., 1995a).

Die Frage zu beantworten, welche Aktivitäten nun unter den Begriff „politische Partizipation“ fallen, ist nicht einfach. Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde der Ausdruck noch zum großen Teil im Zusammenhang mit Wahlen und politischen Parteien verwendet. Zu dieser Zeit untersuchte man bereits etwa den Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf das Wahlverhalten (Hoecker, 2006). Im Laufe der Zeit wurde der Begriff auf den Kontakt zwischen Bürger:innen und Politiker:innen sowie auf politisch motivierte „*kommunale Aktivitäten*“ ausgeweitet.² Mit dem Auftreten „*Neuer Sozialer Bewegungen*“ in den späten 1960er und 1970er-Jahren befassten sich wissenschaftliche Untersuchungen zunehmend auch mit „*unkonventionellen*“ Formen der Partizipation, beispielsweise Demonstrationen. In den 1990er-Jahren begann man allmählich, den Begriff nochmals auszudehnen und etwa freiwilliges Engagement in das Bedeutungsfeld des Begriffs politischer Partizipation aufzunehmen. Damit wurde die Grenze zwischen politischer und ziviler Partizipation immer weiter aufgeweicht (van Deth, 2021). Mit diesen Veränderungen gab es verschiedenste voneinander abweichende Versuche, den Begriff „politische Partizipation“ zu definieren. Während manche Autor:innen eher enge Partizipationsdefinitionen wählten und den Begriff auf Aktivitäten beschränkten, die direkt Entscheidungsträger:innen und deren Handlungen adressierten (Verba, et al., 1978), entschieden sich andere für sehr weite Definitionen. So legte Arnstein (1969) den Begriff Partizipation als einen „*categorical term for citizen power*“ (S. 216) aus (van Deth, 2021). Welche Definition gewählt wird, hängt etwa von dem zugrundeliegenden Partizipations- und Demokratieverständnis ab (Hoecker, 2006).

2.2.1. Instrumenteller versus normativer Partizipationsbegriff

Im Mittelpunkt eines instrumentellen Partizipationsbegriffes steht die Einflussnahme auf Entscheidungsfindungen im politischen System, wobei Gesellschaft und Politik als getrennte Sphären gesehen werden. Politische Beteiligung gilt hierbei als Grundlage für die Legitimation von Herrschaft in Demokratien. Auf individueller Ebene dient politische Partizipation zur Durchsetzung der eigenen Interessen in der Politik gegenüber repräsentativen Entscheidungsträger:innen. Ein instrumentelles Verständnis von Partizipation wird zumeist mit einem *liberalen Demokratieverständnis* assoziiert. Die Entscheidungsmacht liegt hierbei beim Staat, dessen Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist. Die demokratische Macht der Bürger:innen dient in diesem Fall dazu, staatliche Herrschaft zu regulieren und zu kontrollieren (Nieß, 2016). Ein normativer Partizipationsbegriff wiederum bietet ein weiter gefasstes Partizipationsverständnis. Partizipation wird hierbei nicht einzig als Mittel zum Durchsetzen eigener Interessen, sondern insbesondere auch als Form der Selbstverwirklichung von

² Siehe hierzu Verba & Nie (1972).

Bürger:innen gesehen. Ein normatives Verständnis von Partizipation hat seine Wurzeln im antiken Demokratieverständnis sowie in den Ideen Rousseaus. Ein Staat wird hierbei als Zusammenschluss von Bürger:innen und Beteiligung somit als Grundvoraussetzung für das Leben in einer Demokratie und über politische Entscheidungen hinausgehend gesehen (Nieß, 2016; van Deth, 2009). Der normative Partizipationsbegriff steht in engem Zusammenhang mit *partizipatorischen und deliberativen Demokratietheorien* (Nieß, 2016). Während in liberalen Demokratietheorien vor allem der *Output* des politischen Systems, also die resultierenden politischen Entscheidungen, bewertet werden, steht in partizipatorischen Demokratietheorien der *Input*, also die in den politischen Prozess eingehenden Interessen und Willensäußerungen, im Mittelpunkt (Hebestreit, 2013). Deliberative Demokratietheorien wiederum rücken den politischen Diskurs, also den *Throughput* politischer Entscheidungen in den Mittelpunkt. Durch Diskussion zwischen gleichwertigen Bürger:innen soll im Zuge deliberativer Prozesse die Qualität der Präferenzen der Beteiligten verbessert und „rationalere“ Ergebnisse in politischen Prozessen erzielt werden (Hebestreit, 2013). **Tabelle 1** gibt einen vergleichenden Überblick über beide Partizipationsverständnisse.

Tabelle 1: Das instrumentelle und normative Partizipationsverständnis im Vergleich (Nieß, 2016)

Unterscheidungskriterium	Instrumentelles Partizipationsverständnis	Normatives Partizipationsverständnis
Begriff	Methode und Mittel zur Entscheidungsfindung	Ziel und Wert an sich, Argumentations- und Lernprozess
Funktion	Regulierung gesellschaftlicher Konflikte durch Repräsentation und Elitenherrschaft; Legitimation von Herrschaft; Interessendurchsetzung	Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen
Formen	Repräsentativ-demokratische Formen: insbesondere Wahlen	Direktdemokratische Formen
Reichweite	Beschränkung auf die politische Sphäre	Beteiligung in möglichst vielen Gesellschaftsbereichen
Fokus	Ergebnis	Prozess
Interessen	Existieren unabhängig von Partizipation	Entstehen durch Bildung und partizipatorische Praxis
Nichtbeteiligung	Empirischer Tatbestand, funktional im Sinne der Systemstabilität	Ergebnis konkreter Herrschaftsverhältnisse; Abbau und Ausweitung durch Partizipation

Beide Ansätze haben für sich Vor- und Nachteile. So wird beim instrumentellen Partizipationsbegriff vor allem der Fokus auf Eliten und die mangelnde Berücksichtigung ungleicher Machtverhältnisse kritisiert (Hebestreit, 2013), dem normativen Verständnis wird vor allem ein unrealistisches Bürger:innenbild vorgeworfen (Hoecker, 2006).

2.2.2. Systematisierung des Begriffs „politische Partizipation“

Mit den unterschiedlichen Vorstellungen davon, welche Aktivitäten der Begriff „politische Partizipation“ umfasst, haben sich unterschiedliche Modelle zur Systematisierung derselben

herausgebildet. Wurden zu Beginn, wie bereits erwähnt, vor allem mit Wahlen und politischen Parteien im Zusammenhang stehende Handlungen als „politische Partizipation“ bezeichnet, kam mit dem Beginn der 1970er-Jahre eine Einteilung in „konventionelle“ und „unkonventionelle“ Formen der Partizipation auf (van Deth, 2009). Nachdem der Begriff der „unkonventionellen“ politischen Partizipation keinen Unterschied hinsichtlich des Legalitätsstatus der Aktionen machte, wurden zunehmend detailliertere Unterteilungen gängig (Hoecker, 2006). So unterschied Uehlinger (1988) in fünf Kategorien: Einerseits konventionelle Formen, welche die Kategorien a) Staatsbürger:innenrolle (die Beteiligung an Wahlen) und b) parteiorientierte Partizipation (Eintritt und Mitarbeit in einer Partei) umfassten, und andererseits unkonventionelle Formen, unter welche legale Formen der Partizipation, c) problemorientierte Partizipation (etwa die Mitarbeit an einer Bürger:inneninitiative oder die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration), sowie illegale Formen der Partizipation, d) gewaltloser ziviler Ungehorsam und e) politische Gewalt, fallen.

Eine weitere mögliche Einteilung ist die Kategorisierung von Partizipationsformen nach den folgenden Kriterien (Nieß, 2016):

- die Verankerung im Gesetz (verfasst/nicht verfasst)
- die zugrundeliegenden Form der Demokratie (indirekt/direkt)
- Rechtskonformität (legal/illegal)
- die Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Moralvorstellungen (legitim/illegitim)
- der Grad der öffentlichen Anerkennung (konventionell/unkonventionell).

Zu hinterfragen ist jedoch, inwieweit die Unterscheidung zwischen „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Formen der politischen Partizipation heute noch Sinn ergibt, da Letztere (etwa die Teilnahme an Demonstrationen oder das Unterschreiben von Petitionen) nicht selten im gesellschaftlichen Mainstream angekommen sind und mittlerweile zum festen Bestandteil des bürgerlichen Lebens gehören (Hoecker, 2006). Zudem gibt die oben genannte Einteilung wenig theoretischen Aufschluss darüber, wo die Grenze zwischen Partizipation und Nicht-Partizipation verläuft, sondern nimmt diese als normativ gegeben an (Nieß, 2016).

Van Deth (2021) versucht die Fragen, inwieweit es sich bei einer Aktivität um politische Partizipation handelt und wie sich diese kategorisieren lässt, anhand eines Fragenkatalogs zu beantworten. Die Verwendung solcher Leitfragen zur Kategorisierung von politischer Partizipation habe seiner Ansicht nach den Vorteil, dass auch neue, auf den ersten Blick als unpolitisch wahrgenommene Handlungen (etwa Guerilla-Gardening oder politischer Konsum) als politische Partizipation identifiziert und kategorisiert werden könnten. Van Deth schlägt hierfür die folgenden Fragen vor:

- a) Handelt es sich um eine Aktivität? Van Deth hebt hervor, dass alleiniges Verfolgen der Tagespolitik für sich noch keine politische Partizipation darstelle.

- b) Ist die Aktivität freiwillig? Demokratische politische Partizipation beruht auf freiem Willen. Eine Wahlpflicht, wie sie etwa in Australien vorliegt, ändere nach van Deth jedoch nichts am Status von Wahlen als politische Partizipation, da die Möglichkeit bestehe, ungültig zu wählen.
- c) Wird die Aktivität von nicht-professionellen Personen durchgeführt? Die Aktivitäten von Politiker:innen, Lobbyist:innen, Journalist:innen, Delegierten oder öffentlich Bediensteten in ihrem beruflichen Kontext sind van Deth zufolge nicht als politische Partizipation zu werten.
- d) Ist die Aktivität in der Sphäre von Regierung, Staat oder Politik zu finden? In diesem Fall handelt es sich van Deth zufolge um politische Partizipation erster Ordnung. Beispiele hierfür wären etwa das Wählen oder das Unterstützen einer bestimmten politischen Partei.
- e) Zielt die Aktivität auf die Domäne von Regierung, Staat oder Politik ab? Aktivitäten, welche nicht direkt diesem Bereich zuzuordnen sind, aber darauf abzielen, seien jedenfalls trotzdem als politische Partizipation zu werten. Ein Beispiel hierfür wären etwa Demonstrationen (politische Partizipation zweiter Ordnung).
- f) Dient die Aktivität dazu, gemeinschaftliche oder gesellschaftliche Probleme zu lösen? Handlungen, die nicht direkt auf die Sphäre von Regierung, Staat oder Politik abzielen, können van Deth zufolge in diesem Fall trotzdem als politische Partizipation gesehen werden. So könnten Arbeitnehmer:innen eines Unternehmens streiken, um höhere Löhne von ihren Arbeitgeber:innen zu fordern (politische Partizipation dritter Ordnung).
- g) Geschieht die Aktivität in einem politischen Kontext? Eine freiwillige, nicht-professionelle Aktivität kann als politische Partizipation gewertet werden, wenn diese in einem politischen Kontext geschieht. So mache es einen Unterschied, ob ein Social-Media-Post, der eine Gruppe tanzender Menschen zeigt, mit dem Hashtag #Partydance oder #NoNazis versehen sei. Ein Zeltlager oder ein Konzert ist nicht zwingend politisch, kann es aber durchaus werden, wenn es auf einer besetzten Baustelle geschieht (politische Partizipation vierter Ordnung).
- h) Wird die Aktivität genutzt, um politische Absichten oder Ziele auszudrücken? Eine freiwillige, nicht-professionelle Aktivität, auf welche d), e), f) und g) nicht zutreffen, kann trotz allem politisch sein, wenn Personen dabei politische Ideen verfolgen. So ist das Kaufen von Kleidung oder Kaffee per se keine politische Aktivität, kann aber durch die absichtliche Auswahl einer bestimmten Marke durchaus politisch werden (politische Partizipation fünfter Ordnung).

Ein weiteres klassisches Modell zur Einordnung von politischer Partizipation ist Sherry Arnsteins (1969) Partizipationsleiter. Die Leiter wurde in den 1960er-Jahren entwickelt, um die Einbindung von Bürger:innen in Planungsprozesse zu evaluieren (Nieß, 2016). Auch wenn sie in ihrer ursprünglichen Form heute nur noch selten verwendet wird, hatte das Modell einen großen Einfluss auf spätere Versuche, Bürger:innenbeteiligung zu kategorisieren (Berlin Institut für Partizipation [BIPAR], 2018). Im Mittelpunkt von Arnsteins Leiter steht die Umverteilung von Macht zwischen „*Have Nots*“ (gewöhnliche Bürger:innen, marginalisierte Gruppen) und „*Haves*“ (Entscheidungsträger:innen, Eliten)

bei politischen Entscheidungen (Blue, et al., 2019; Nieß, 2016). Der Grad an politischer Partizipation wird hierbei am Ausmaß der Bürger:inneneinbindung gemessen (**Abbildung 1**).

Die ersten beiden Stufen der Leiter, (1) *Manipulation* (Manipulation) und (2) *Therapy* (Therapie), werden von Arnstein in der Kategorie „*Nonparticipation*“ (Nicht-Partizipation) zusammengefasst. Unter die erste Stufe, *Manipulation*, fallen all jene Maßnahmen, welche das Ziel haben, Personen durch die Teilnahme „aufzuklären“ und deren Unterstützung zu gewinnen. Beteiligung ist hier Arnstein zufolge lediglich ein Instrument zur Öffentlichkeitsarbeit unter dem Deckmantel der „Partizipation“. Die zweite Stufe der Leiter, *Therapy*, beschreibt Maßnahmen, in welchen versucht wird, das persönliche Verhalten, die Werte oder Einstellungen von Personen zu verändern, anstatt diese in Lösungsfindungen einzubinden.

Die nächsten Stufen der Partizipationsleiter – (3) *Informing* (Information), (4) *Consultation* (Beratung) und (5) *Placation* (Beschwichtigung) – versteht Arnstein als *Tokenism* (Scheinpartizipation): Hier haben die Beteiligten durchaus die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, es fehlt diesen aber an Macht und somit die Garantie für eine ausreichende Beachtung und Umsetzung der Vorschläge. Stufe 3, *Informing*, macht Information über Rechte, Verantwortlichkeiten und Optionen für die Beteiligten zugänglich. Arnstein sieht diese Stufe als wichtigen Schritt in Richtung Bürger:innenbeteiligung, warnt jedoch vor einem einseitigen Informationsfluss von Entscheidungsträger:innen hin zu Bürger:innen. In Stufe 4, *Consultation*, wird die Meinung der Bürger:innen, etwa durch Fragebögen oder öffentliche Anhörungen, eingeholt. Der Informationsfluss zu den Entscheidungsträger:innen ist auf dieser Stufe somit gegeben, die Planung bleibt jedoch in der alleinigen Verantwortung der Letzteren. Eine Garantie für die Berücksichtigung der Ergebnisse gibt es auf dieser Stufe der Partizipationsleiter somit nicht. Arnstein zufolge haben Bürger:innen ab Stufe 5, *Placation*, die Möglichkeit, tatsächlich einen gewissen Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen und sich in Planungsprozesse zu involvieren. Arnstein gibt hier als Beispiel Planungs- oder Beratungsgremien, zu welchen auch ausgewählte Bürger:innen als Stakeholder:innen zugezogen werden. Die Entscheidungsmacht liegt jedoch nach wie vor bei den klassischen Machthaber:innen. Inwieweit es sich hier lediglich um Beschwichtigung oder um „echte“ Partizipation handelt, hängt Arnstein zufolge von zwei Dingen ab: Von Bedeutung ist hier einerseits das Ausmaß an Unterstützung, welches die Bürger:innen bei Ausdrücken ihrer Präferenzen erfahren. Des Weiteren spielt der Grad an Organisiertheit der Bevölkerung, welcher es dieser erlaubt, auf die Umsetzung zu drängen, eine Rolle.

Auf den letzten drei Stufen der Leiter, (6) *Partnership*, (7) *Delegation* und (8) *Citizen Control*, besitzen Bürger:innen tatsächliche Entscheidungsmacht. Arnstein zufolge kann erst hier von echter Partizipation gesprochen werden. Im Falle von Stufe 6, *Partnership*, ist die Entscheidungsmacht zwischen Machthaber:innen und der Bevölkerung relativ gleichmäßig verteilt. Auf dieser Stufe sind die Verantwortungen für Entscheidungsfindung und Planung geteilt. Die Grundregeln für die Zusammenarbeit werden gemeinsam, etwa durch gemeinsame Verhandlungen, ausgearbeitet. Auf Stufe

7, *Delegation*, ist die Macht zwischen der Bevölkerung und den Entscheidungsträger:innen noch weiter in Richtung Ersterer verschoben. Im Gegensatz zur vorherigen Stufe obliegt es hier den klassischen Machthaber:innen Verhandlungen zu beginnen anstatt auf den Druck der Bevölkerung reagieren.

Auf der letzten Stufe, *citizen control*, liegt die Entscheidungsmacht vollständig bei der Bevölkerung. Die Bürger:innen sind somit gänzlich für ein bestimmtes Programm oder eine bestimmte Institution zuständig. An dieser Stelle ist anzumerken, dass Arnstein für die höchste Stufe der „*Citizen Control*“ durchaus Kritikpunkte anführt. So könne die völlige Verantwortung der Bevölkerung für ein Projekt zu einer relativ ineffizienten Durchführung führen. Zudem erkennt Arnstein, dass mehr Entscheidungsmacht bei der Bevölkerung nicht unbedingt weniger Opportunismus und Ungleichheit bedeuten müsse.

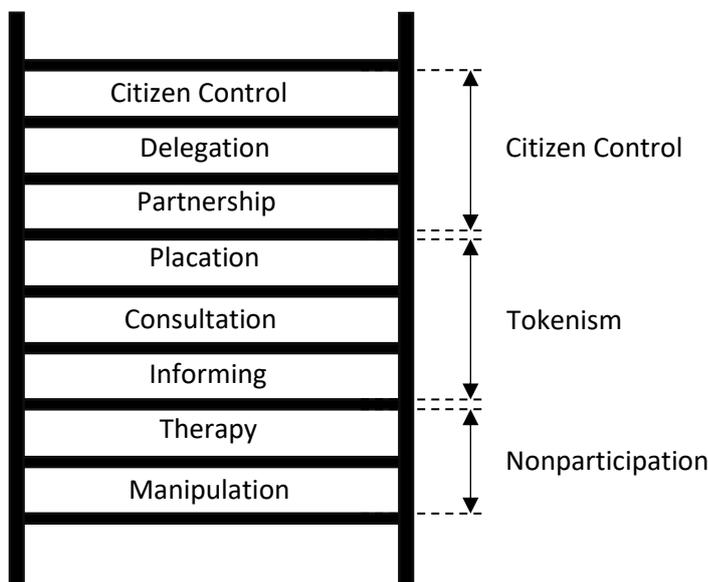


Abbildung 1: Arnsteins (1969) Partizipationsleiter

Arnsteins Leiter beeinflusst bis heute die Partizipationsforschung, da sie die Bedeutung von Umfang, Reichweite und Qualität der Übertragung von Macht zwischen Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen hervorhebt (Blue, et al., 2019; Nieß, 2016). Das Modell bleibt jedoch nicht ohne Kritik: So betrachtet es nur die von Entscheidungsträger:innen eingeräumten Partizipationsmöglichkeiten und lässt die vielfältigen, oft von Bürger:innen selbst initiierten Formen der Einflussnahme weitgehend unbeachtet (Nanz & Fritsche, 2012). Ein wesentlicher Kritikpunkt an Arnsteins Leiter bleibt zudem deren Eindimensionalität und der fehlende Kontext, in welchem Partizipation passiert: Die Personengruppen der „Bürger:innen“ und „Entscheidungsträger:innen“ würden als homogene Masse gesehen, ohne Rücksicht auf Unterschiede zwischen den einzelnen Beteiligten. Wie die Ermächtigung von Bürger:innen, die hierfür eingesetzten Mittel und die Handlungen der Beteiligten zusammenhängen, könne mit Arnsteins Leiter (alleine) nicht analysiert werden (Nieß, 2016).

2.2.3. Politische Partizipation, Repräsentation und Demokratie

Wie auch im zugehörigen Partizipationsbegriff unterscheidet sich die Bedeutung von Partizipation für die Demokratie zwischen den unterschiedlichen Demokratieverständnissen. In liberalen Demokratieverständnissen kann ein gewisser Grad an Nichtbeteiligung und mangelndem Interesse auch als Zufriedenheit mit dem bestehenden politischen Kurs interpretiert werden. Ein sehr hohes Maß an Partizipation wird von manchen Autor:innen sogar als Krisensymptom angesehen (Hebestreit, 2013). Hierbei lässt sich ein Unterschied zwischen pluralistisch-liberalen und elitedemokratischen Ansätzen ausmachen. Während in Letzteren hauptsächlich Wahlen als Mittel zur Legitimation der Herrschaft von Entscheidungsträger:innen Bedeutung beigemessen wird, interpretieren Erstere Demokratie als Wettbewerb unterschiedlicher Interessengruppen, vertreten durch Institutionen wie Parteien oder Verbände, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Diesen Interessengruppen soll hierfür ein öffentlicher Raum zur gleichberechtigten „Entfaltung, Präsentation sowie Vermittlung“ (Hebestreit, 2013, S. 65) geboten werden, womit Forderungen an die Entscheidungsträger:innen gebracht werden. Beide Theorien stellen jedoch repräsentative Strukturen nicht in Frage (Hebestreit, 2013). Im Gegenzug dazu setzen Vertreter:innen partizipatorischer Demokratietheorien politische Partizipation mit Demokratie gleich. Die Forderung nach „mehr Partizipation“ wird hierbei als Forderung nach Selbstbestimmung verstanden, politische Apathie als problematisch angesehen. In deliberativen Ansätzen wiederum wird politische Partizipation als Mittel zur Qualitätssicherung demokratischer Entscheidungen wahrgenommen. Sie fungiert als Mittel zur diskursiven Rückkopplung zwischen Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen sowie zwischen den Bürger:innen, um „vernünftige“ (argumentativ begründete) Ergebnisse zu erzielen. Ein hohes Maß an Beteiligung wird in diesen Theorien somit aus einer anderen Argumentation heraus als wünschenswert betrachtet (Hebestreit, 2013). Demokratische politische Partizipation findet somit (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) in allen drei Ansätzen eine zentrale Bedeutung (Hebestreit, 2013). Es zeigt sich jedoch, wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit ersichtlich wird, dass mehr Partizipation nicht grundsätzlich immer mit mehr Demokratie gleichgesetzt werden kann.

Die Frage nach der Legitimität von politischer Partizipation geht mit der Frage nach Repräsentation und Macht einher. Repräsentation geschieht Hanna Pitkin (1967) zufolge da, wo nicht anwesende Personen präsent gemacht werden: „*Being represented means being present in some sense, while not really being present literally or fully in fact*“ (S. 153). Repräsentant:innen sind also dazu befähigt, im Namen ihrer Auftraggeber:innen zu handeln. Sie müssen Pitkin zufolge eine gewisse Autonomie innehaben, um handeln zu können, sollen aber andererseits die Interessen der Repräsentierten vertreten.

„*It is true that a man is not only a representative – or at most is a representative ‘in name only’ – if he habitually does the opposite of what his constituents would do. But it is also true that a man is not a representative – or at most is a representative in name only – if he himself does nothing, if his constituents act directly*“ (S. 151).

Eine Person, welche nur den Willen der Repräsentierten wiedergebe, sei demnach kein:e Repräsentant:in, da hierbei die Repräsentierten tatsächlich für sich selbst sprächen. Genauso wenig handle es sich um Repräsentation, wenn Repräsentant:innen nicht für die Repräsentierten, sondern lediglich für sich sprächen:

„The concept of representation itself is what accounts for the truth in each of the two conflicting positions. Being represented means being made present in some sense, while not really being present literally or fully in fact“ (S. 153).

Legitime demokratische Repräsentation setzt somit voraus, dass die Repräsentierten die Möglichkeit haben, über die Autorisierung der Repräsentant:innen hinaus mit diesen zu interagieren, das Verhältnis zu diesen neu zu bestimmen und Entscheidungen zurückzuweisen. Sei dies nicht der Fall, sei das Verhältnis zwischen Repräsentant:innen und Repräsentierten mehr autoritär als demokratisch (Fudge & Leith, 2021; Pitkin, 1967). Mit dem Entstehen erster moderner Demokratien im 18. und 19. Jahrhundert wurde Repräsentation zu einem praktischen Mittel, um politische Beteiligung auf großflächiger Ebene zu ermöglichen (Pitkin, 2004). Und doch gab es auch schon sehr früh kritische Stimmen. Am bekanntesten unter ihnen ist Jean-Jacques Rousseau, welcher eine direkte und persönliche Partizipation der Bürger:innen als notwendige Voraussetzung für eine Demokratie erachtete (Pitkin, 2004). Repräsentative Demokratien bezeichnete er als „Wahlaristokratie“:

„Das englische Volk meint frei zu sein; es täuscht sich aber sehr; es ist nur frei, solange die Wahlen der Parlamentsglieder dauern; sobald sie gewählt sind, ist es nichts. Der Gebrauch, den es in den wenigen Augenblicken seiner Freiheit von derselben macht, verdient auch nichts Besseres, als daß [sic] es sie wieder verliert“ (Rousseau, 1862, S. 79).

Rousseaus Demokratievorstellung war, wie Pitkin anmerkt, sehr romantisierend und in der Realität auf nationaler oder internationaler Ebene wohl schwer umsetzbar. Dennoch streiche sie die Gefahr einer zu großen Entfernung der Repräsentant:innen von den Repräsentierten hervor (Pitkin, 2004). Fudge und Leith (2021) betonen, dass politische Partizipation durch Wahlen durch mehrere Schritte der Repräsentation abgewickelt wird. So müssten Repräsentant:innen erst unterschiedliche Interessen der potenziellen Wählerschaft berücksichtigen. Einmal gewählt, müssten unterschiedlichste Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung miteinbezogen werden und Entscheidungen im öffentlichen Interesse getroffen werden, sowie parteinterne Fragen geklärt werden. Hinzu komme der Miteinbezug verschiedenster Stakeholder, etwa Verwaltung, Lobby, Wissenschaft oder Sozialpartnerschaft, auf politische Entscheidungen. Das Ergebnis sei eine „*lange Kette des Repräsentierens*“ (Fudge & Leith, 2021). Mit der Wahl der Repräsentant:innen wird Macht von den Repräsentierten zu diesen transferiert (Pitkin, 1967). Der Vorteil repräsentativer Systeme ist, dass sie klare „*Checks and Balances*“ beinhalten: Im Zuge der Wahlen bestimmt ein großer Teil der Bevölkerung regelmäßig seine Repräsentant:innen durch den Gang zur Wahlurne und nimmt dadurch Einfluss darauf, wer für sie spricht. Durch die oben beschriebene „*lange Kette*“ besteht jedoch die Gefahr einer zu großen Distanz zwischen Wähler:innen

und ihren Repräsentant:innen, womit Macht in den Händen von Letzteren konzentriert würde (Fudge & Leith, 2021). Young (2000) hebt mit Bezug auf Pitkin (1967) hervor:

„For parliamentary processes to be effective as representative, and not merely as a stage on which élites perform according to their own script, the democratic process of the authorization of representatives should be both participatory and inclusively deliberative” (S. 131).

Young (2000) schließt daraus, dass Repräsentation und Partizipation keine Alternativen sind, sondern einander benötigen. Partizipation, welche in der öffentlichen Sphäre stattfindet, verbinde Repräsentant:innen und Repräsentierende.

Ein direkteres Einbinden von Bürger:innen in politische Entscheidungen kann Fudge und Leith (2021) zufolge dazu dienen, die oben beschriebene lange Kette zu verkürzen, Machtungleichgewichte zwischen Repräsentant:innen und Repräsentierten auszugleichen und somit die Legitimität politischer Entscheidungen zu erhöhen. Der Miteinbezug aller betroffenen Bürger:innen in politische Entscheidungen ist bei intensiveren Formen der Partizipation angesichts der großen Zahl an Personen mit unterschiedlichsten Werten, Interessen und Präferenzen so gut wie unmöglich zu bewerkstelligen. In allen Formen der politischen Partizipation gibt es folglich immer jene, die partizipieren, und jene, die es nicht tun. Es entstehen neue Glieder in der Kette der Repräsentation (Fudge & Leith, 2021). Wie Young (2000) hervorhebt, setzt eine gerechte und demokratische Partizipation eine Ausgangslage voraus, in der jede:r gleichen Zugang zu dieser hat und alle wichtigen Interessen, Perspektiven und Meinungen gleichermaßen Einzug in politische Entscheidungen finden können. Unter Bedingungen, in denen die Hürden für politische Beteiligung für manche Personen(gruppen) größer seien als für andere, komme es zu undemokratischen Ergebnissen.

2.3. Ursachen von (Nicht-)Partizipation

Kapitel 2.2 hat den Begriff der politischen Partizipation eingegrenzt und gezeigt, welche Folgen ein ungleicher Zugang zu Partizipation für die Demokratie hat (Fudge & Leith, 2021; Young, 2000). Das folgende Kapitel widmet sich der Frage, weshalb manche Personen eher partizipieren als andere. Hierfür werden gängige Erklärungen für den Grad an Partizipationsbereitschaft mit Bezug auf die Metastudie von Smets und van Ham (2013) erläutert. Weiters wird auf das *civic voluntarism model* von Verba, et al. (1995a) eingegangen, welches später als Grundlage für den empirischen Teil der Arbeit dient.

2.3.1. Gängige Erklärungen für die Partizipationsbereitschaft von Bürger:innen

In der Literatur zeigen sich verschiedene Theorien dafür, wieso sich Personen am politischen Leben beteiligen oder dies nicht tun. So werden etwa der Grad an politischer Mobilisierung, die Sozialisierung, persönliche Kosten-Nutzen-Abwägungen oder psychologische Gründe (wie etwa die Identifikation mit

einer Partei) als Erklärung angegeben. Ein weiterer häufig genannter Grund für (Nicht-)Partizipation sind die verfügbaren Ressourcen einzelner Bürger:innen (Smets & van Ham, 2013).

Politische Mobilisierung

Mobilisierungstheorien suchen die Erklärung für die Partizipationsbereitschaft von Bürger:innen in deren Umfeld. Wenn etwa Familie und Angehörige wählen gehen, ist die Wahrscheinlichkeit, dasselbe zu tun, höher. Die Mitgliedschaft in Institutionen des sozialen Lebens, etwa in einem Verein, einer Gewerkschaft oder einer Kirche, kann manchen Autor:innen zufolge aufgrund des daraus resultierenden Sozialkapitals politische Partizipation fördern (Smets & van Ham, 2013; Verba, et al., 1995a). Auch der Konsum von Medien könne sich fördernd auf politische Partizipation auswirken (Smets & van Ham, 2013). Wie Prior (2005) jedoch warnt, könne die zunehmende Verfügbarkeit unterschiedlicher Medien auch zu einer selektiveren Auswahl des präferierten Inhalts führen, womit politische Informationen von Uninteressierten leichter umgangen werden könnten.

Sozialisierung

Viele Grundwerte und Einstellungen werden in der Kindheit und Jugend eines Menschen geprägt. Familie, Freunde sowie Schule und Umfeld haben dieser Erklärung nach einen Einfluss auf das spätere politische Interesse. Politisch informierte Eltern und häufige Diskussionen über gesellschaftliche Themen im Umfeld könnten somit zu einer größeren Partizipationsbereitschaft im späteren Leben beitragen (Smets & van Ham, 2013).

Psychologische Gründe

Psychologische Erklärungen suchen die Begründung für Partizipationsbereitschaft bei Faktoren wie dem politischen Interesse, dem politischen Wissen, dem Vertrauen in politische Institutionen, der Nähe zu einer politischen Partei/Ideologie oder dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit (*political efficacy*) (Smets & van Ham, 2013). Hat eine Person etwa wenig politisches Wissen, ein geringes Interesse an gesellschaftlichen Themen und mangelndes Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit, kann vermutet werden, dass weniger Bereitschaft zu politischer Partizipation besteht (Verba, et al., 1995a).

Politisch-institutionelle Erklärungen

Politisch-institutionellen Erklärungen zufolge ist der Grad an politischer Partizipation durch das politische System geprägt, in dessen Kontext sie stattfindet (Smets & van Ham, 2013). So kann der institutionelle Rahmen beeinflussen, wie häufig Personen partizipieren, mit welchen Präferenzen sie dies tun und welcher Teil der Bevölkerung auf welche Art partizipiert (Christensen, 2011).

Persönliche Kosten-Nutzen-Abwägungen (Rational-Choice-Theorie)

„Rational Choice“-Theorien sehen die Bereitschaft zur politischen Partizipation als Ergebnis einer intrinsischen Kosten-Nutzen-Abwägung. Bereitschaft zur Partizipation ist dann gegeben, wenn der Nutzen einer Aktivität die Kosten überwiegt. Der erhoffte Nutzen kann manchen Autor:innen zufolge durchaus ein altruistischer sein. So gaben die meisten politisch aktiven Befragten in der Studie von Verba, et al. (1995a) an, im Interesse der Allgemeinheit gehandelt zu haben. Rational-Choice-Theorien zufolge könne etwa das Interesse an einem bestimmten Ausgang der Wahlen die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, an diesen teilzunehmen. Auch erfahren Personen, welche bereits politisch partizipiert hatten, aufgrund des bereits angeeigneten Wissens geringere Hürden für weiteres Engagement (Smets & van Ham, 2013).

Individuelle Ressourcen

Eine der gängigsten Erklärungen für die Bereitschaft zur politischen Partizipation sind die individuellen Ressourcen einer Person (Smets & van Ham, 2013). Zusammenhänge zwischen der Bereitschaft zu wählen und dem sozioökonomischen Status einer Person waren schon Mitte des letzten Jahrhunderts ausgemacht worden (Woodward & Roper, 1950; Mc Dill & Ridley, 1962). Individuelle Ressourcen, insbesondere Zeit, Geld und Kompetenzen, wurden von Verba und Nie (1972) schließlich als ausschlaggebende Faktoren für politische Beteiligung ausgemacht. Die Rolle von Ressourcen wurde als wesentlicher Bestandteil in das von Verba, et al. (1995a) entwickelte *civic voluntarism model* integriert, auf welches in weiterer Folge eingegangen werden soll. Das *civic voluntarism model* scheint eine umfassende Erklärung für (Nicht-)Partizipation zu liefern, da sich in diesem Modell viele der oben erwähnten Aspekte wiederfinden.

2.3.2. Das „Civic-Voluntarism“-Modell

Das *civic voluntarism model* von Verba, et al. (1995a) ist eine Erweiterung des sozioökonomischen Standardmodells (SES) von Verba und Nie (1972). Diesem zufolge ließe sich politische Aktivität durch den sozioökonomischen Status einer Person (hier gemessen an Bildung, Einkommen und Beschäftigung) vorhersagen. Während sich sozioökonomische Faktoren als verlässliche Prädiktoren für die Partizipationsbereitschaft einer Person erwiesen hätten, sei das SES-Modell Verba, et al. (1995b) zufolge dennoch schwach hinsichtlich seiner theoretischen Untermauerung. Das *civic voluntarism model* soll hier Abhilfe schaffen und nennt individuelle Ressourcen – insbesondere Zeit, Geld und civic skills („bürgerliche Kompetenzen“) – als ausschlaggebende Faktoren für den Zugang zu Partizipation. Verschiedenheiten in der Partizipationsbereitschaft von Personen mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen ließen sich somit aus der ungleich verteilten Verfügbarkeit der dafür notwendigen Ressourcen erklären (Verba, et al., 1995a).

Geld

Geld ist, wie vermutet werden kann, eine stark vom sozioökonomischen Status abhängige Ressource. So zeigte sich in der Studie Verba, et al. (1995a) eine deutliche positive Korrelation zwischen Haushaltseinkommen und für politische Zwecke aufgewendete Geldbeträge. Hierbei lässt sich jedoch festhalten, dass bei Weitem nicht für jede Form der politischen Partizipation im gleichen Maße finanzielle Mittel notwendig sind. So ist es etwa möglich, ohne Geldaufwand an einer Demonstration teilzunehmen (Verba, et al., 1995a).

Zeit

Zeit stellt Verba, et al. (1995a) zufolge eine weitaus gleichmäßiger verteilte Ressource dar und bleibt bei Vollzeitbeschäftigten unabhängig vom Einkommen relativ konstant. Eine der wenigen Unterschiede hinsichtlich der Ressource Zeit gebe es etwa zwischen Frauen und Männern. Frauen seien zwar häufiger in Teilzeitbeschäftigung und verfügten in dieser Hinsicht oft über mehr Zeit, jedoch auch über weniger Geld. Vollzeitbeschäftigte Frauen hätten dagegen im Vergleich zu ihren männlichen Mitbürgern im Schnitt weniger zeitliche Ressourcen, da Frauen aufgrund der immer noch verankerten traditionellen Geschlechterrollen häufig ein anteilmäßig höherer Zeitaufwand im Bereich der Betreuungs- und Hausarbeit zuteilwürde.

civic skills

Unter *civic skills* verstehen Verba, et al. (1995a) „*the communications and organizational abilities that allow citizens to use time and money effectively in political life*“ (S. 304). Dies umfasst etwa gute Sprachkenntnisse, rhetorische Fertigkeiten oder Erfahrung im Planen und Organisieren. Erlernt würden diese im Rahmen verschiedenster gesellschaftlicher Institutionen, etwa im Beruf, in der Schule, in der Familie oder durch das Engagement in nicht-politischen und politischen Organisationen (Verba, et al., 1995b). Bildung spielt hierbei eine zentrale Rolle: Schulen und Universitäten böten die Möglichkeit, politisches Wissen, sprachliche und organisatorische Fertigkeiten zu erwerben. Personen mit höherem Bildungsabschluss würden im späteren Leben zudem häufiger eine Berufslaufbahn antreten, in welcher sie diese Kompetenzen weiter vertiefen könnten (Verba, et al., 1995a). Gesellschaftlich breit aufgestellte soziale Institutionen, etwa Gewerkschaften oder Kirchen, hätten hierbei eine egalisierende Wirkung, da dort Möglichkeiten bestünden, bildungs- und berufsunabhängig *civic skills* zu erwerben. Die von Verba, et al. (1995a) in den USA durchgeführte Studie deutet jedoch darauf hin, dass sozioökonomisch bedingte Ungleichheiten dadurch nur teilweise kompensiert werden können.

Auf die Frage, warum Personen nicht partizipieren, nennen Verba, et al. (1995a) drei Gründe: „*They can't*“, „*they don't want to*“, und „*nobody asked*“ (S. 16). Der erste Punkt, „*they can't*“, bezieht sich direkt auf die verfügbaren Ressourcen. Wenn wenig Zeit, Geld und Kompetenzen vorhanden sind, kann man diese auch in geringerem Ausmaß für die Beteiligung am politischen Leben verwenden. Die persönliche Kosten-Nutzen-Abwägung von sozioökonomisch besser gestellten Bürger:innen ist

demnach eine andere als die von Bürger:innen mit weniger verfügbaren Ressourcen. Der zweite Punkt, „*they don't want to*“, bezieht sich auf die Abwesenheit von politischem Engagement. Ist ein geringer Grad an politischem Interesse, politischem Wissen und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit vorhanden, hat eine Person wenig Anreiz, Zeit und Geld in politische Aktivitäten zu investieren. Es zeigt sich auch hier auf den zweiten Blick ein Zusammenhang mit den verfügbaren individuellen Ressourcen: So kommen Verba, et al. (1995a) zu dem Ergebnis, dass der Grad an politischem Interesse, politischem Wissen und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit mit Bildungsgrad und Einkommen ansteigt. „*Nobody asked*“ beschreibt die Rolle des sozialen Umfelds bei der Mobilisierung von Personen. Die Autoren heben hervor, dass erfolgreiche Mobilisierung für politische Partizipation häufig durch Freunde, Bekannte oder Verwandte geschieht. Institutionen des sozialen Lebens (etwa Arbeitsplatz, Schule, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen...) kommt Verba, et al. (1995a) hierbei neben der Möglichkeit zur Entwicklung von *civic skills* auch durch das Rekrutierungspotential eine besondere Rolle zu. Die Autoren merken hierbei an, dass bereits politisch aktive Bürger:innen besonders häufig gefragt würden. Individuelle Ressourcen seien jedoch nach wie vor ein ausschlaggebender Faktor dafür, inwieweit sich eine Person tatsächlich erfolgreich mobilisieren ließe.

Die Annahmen von Verba, et al. (1995a) wurden von anderen Studien bekräftigt. So zeigt eine Metastudie von Smets und van Ham (2013), dass neben den Faktoren Medienkonsum, dem Grad an Mobilisierung, der Wahlbereitschaft bei früheren Wahlen und der Identifikation mit einer Partei insbesondere auch ressourcenbezogene Faktoren wie Alter, Bildung, Einkommen, Wohnort (Stadt/Peripherie und Häufigkeit des Wohnortwechsels) sowie politisches Wissen und Interesse einen Einfluss auf die Bereitschaft haben, wählen zu gehen. Die von Verba, et al. (1995a) dargestellte ungleich verteilte Bereitschaft zur politischen Partizipation konnte zudem auch für andere Teile der Welt ausgemacht werden. So beschreibt Schäfer (2010) in seiner Studie zu sozialer Ungleichheit und Partizipation in Europa einen Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status (hier gemessen an Bildung und Einkommen), sozialer Gleichheit, dem Vertrauen in politische Institutionen und der Beteiligung an „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Formen der politischen Partizipation. Schäfer zufolge sei die rückläufige Wahlbeteiligung in vielen europäischen Ländern nicht auf eine Substitution durch „unkonventionelle“ Beteiligung (hier das Boykottieren von Produkten oder die Teilnahme an Demonstrationen) zurückzuführen. Vielmehr würden sozial besser gestellte Bürger:innen einerseits öfter wählen gehen und zudem wahrscheinlicher andere Partizipationsmöglichkeiten in Anspruch nehmen. In Ländern mit einer hohen sozialen Ungleichheit seien diese Effekte besonders deutlich zu sehen. Während Wahlen – wie Schäfer (2010) schließt – aufgrund ihrer Niederschwelligkeit verhältnismäßig geringe Zugangshürden aufzeigten, seien bei vielen „unkonventionellen“ Partizipationsmöglichkeiten oft mehr Ressourcen wie Zeit, Kompetenz oder Geld notwendig. Stolle und Hooghe (2011) sprechen hierbei von einem „Partizipations-Paradox“: Je intensiver die Form der politischen Partizipation in Bezug auf Zeit, Energie und andere Ressourcen, desto verzerrter sei die Zusammensetzung der Teilnehmenden in Bezug auf die Gesamtbevölkerung. Zusammenfassend darf

somit gut begründet vermutet werden, dass unterschiedliche Ausgangsbedingungen hinsichtlich persönlicher Ressourcen bei dem Grad an Beteiligung am politischen Leben durchaus eine Rolle spielen könnten.

2.4. Nancy Frasers Gerechtigkeitsdimensionen

In den vorhergehenden Kapiteln wurde der Zusammenhang zwischen Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit erläutert und die Bedeutung von individuellen Ressourcen für die Bereitschaft zur politischen Partizipation hervorgehoben. Ziel des folgenden Kapitels ist es, einen konzeptionellen Rahmen zur Bewertung von Bürger:innenbeteiligung aus einer Gerechtigkeitsperspektive herzustellen.

Blue, et al. (2019) schlagen in ihrer Arbeit eine Erweiterung von Arnsteins Partizipationsleiter um eine Gerechtigkeitsdimension anhand von Nancy Frasers (1997; 2008; 2010) Gerechtigkeitsmodell vor. Frasers Modell analysiert die Gerechtigkeit politischer Prozesse anhand dreier miteinander verwobener Dimensionen: Redistribution, Anerkennung und Repräsentation. Im folgenden Kapitel wird Frasers Gerechtigkeitsmodell vorgestellt, und die von ihr vorgeschlagenen Dimensionen werden erläutert. Des Weiteren werden Analogien zu dem Konzept der transformativen Generationengerechtigkeit aufgezeigt und der Aspekt der intergenerationellen Gerechtigkeit als ein in die drei Dimensionen integriertes Bewertungskriterium vorgeschlagen. Zuletzt wird der von Blue, et al. (2019) vorgeschlagene Ansatz, Frasers Überlegungen mit Arnsteins Partizipationsleiter zusammenzuführen, erläutert und als Basis für die Bewertung der „Vorarlberger Bürgerräte“ vorgestellt.

Frasers Gerechtigkeitsverständnis stellt den gleichwertigen Zugang zu sozialer und politischer Partizipation als entscheidenden Faktor in den Mittelpunkt:

„In my view, the most general meaning of justice is parity of participation. According to this radical-democratic principle of equal moral worth, justice requires social arrangements that permit all to participate as peers in social life” (Fraser, 2008, S. 16).

Um gesellschaftliche Ungerechtigkeiten zu überwinden, sei es demnach notwendig, bestehende Barrieren, welche Menschen an einer gleichberechtigten Teilnahme am sozialen und politischen Leben behindern, zu erkennen und zu beseitigen. Solche Hürden könnten einerseits ökonomischer Natur sein (Redistribution), andererseits könnten auch kulturelle Faktoren (Anerkennung), etwa der soziale Status, zu einem ungleichen Zugang zu Partizipation führen. Zuletzt sei der institutionelle Rahmen, in welchem Partizipation passiere (Repräsentation), ein entscheidender Faktor für die Möglichkeit zur politischen Partizipation (Fraser, 2008).

2.4.1. Redistribution (*Redistribution*)

Redistribution bezieht sich, analog zu dem in **Kapitel 2.1.2** vorgestellten Aspekt der distributiven Gerechtigkeit, auf die ökonomische Dimension der Gerechtigkeit (Blue, et al., 2019). Fraser zufolge haben soziale Arrangements, welche Unterschiede in der Verteilung von Wohlstand, Einkommen und Freizeit fördern, einen Einfluss darauf, inwieweit Menschen als gleichberechtigte Bürger:innen miteinander agieren können (Blue, et al., 2019). Als Ursachen hierfür nennt Fraser etwa Ausbeutung (*Exploitation*) (die Aneignung der Leistungen der eigenen Arbeit durch andere), ökonomische Marginalisierung (*economic marginalization*) (Beschränkung der eigenen Möglichkeiten auf schlecht bezahlte oder nicht begehrte Arbeit) oder Vorenthaltung (*deprivation*) (die Verweigerung eines angemessenen materiellen Lebensstandards) (Fraser, 1997). Frasers Dimension der Redistribution zeigt somit eine starke Überschneidung mit den Überlegungen von Verba, et al. (1995a) auf.

2.4.2. Anerkennung (*Recognition*)

Die zweite Dimension in Frasers Modell beschreibt kulturelle Barrieren zu einer gleichwertigen Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen. Ungerechtigkeit basiert hier auf Darstellung, Interpretation und Kommunikation (vergleiche **Kapitel 2.1.3**). Nichtanerkennung geschieht Fraser zufolge, wenn die Perspektiven bestimmter Bevölkerungsteile ignoriert oder verzerrt werden oder wenn kulturelle Gegebenheiten diese als minderwertig und/oder als nicht zu einer gleichwertigen Partizipation fähig darstellen (Blue, et al., 2019). Beispiele hierfür sind kulturelle Dominanz (Unterwerfung unter Interpretations- und Kommunikationsmuster, die mit einer anderen Kultur assoziiert werden und der eigenen Kultur fremd und/oder feindlich sind), Nichtanerkennung (Unsichtbarmachung durch die maßgeblichen Darstellungs-, Kommunikations- und Interpretationspraktiken in der eigenen Kultur) und Respektlosigkeit (Herabwürdigung durch klischeehafte öffentliche Darstellung und/oder in alltäglichen Interaktionen). Hierbei sei zu beachten, dass Anerkennung und Redistribution miteinander verwoben sind, jedoch selten eine der beiden Dimensionen als alleinige Erklärvariable für Ungerechtigkeit auftritt. So könnten beispielsweise Frauen ökonomisch benachteiligt werden und gleichzeitig auch kulturelle Diskriminierung erfahren (Fraser, 1997).

2.4.3. Repräsentation (*Representation*)

In ihren späteren Werken erweitert Fraser ihr Konzept um die Dimension der Repräsentation. Die dritte Dimension der Gerechtigkeit ist die politische. Sie beschreibt den institutionellen Rahmen, in welchem politische Partizipation geschieht und durch welchen die Rahmenbedingungen für Anerkennung und Redistribution gesetzt werden (vergleiche **Kapitel 2.1.1**). Es geht also nicht nur darum, wer inwieweit Ungerechtigkeiten im Bereich der Redistribution und Anerkennung erfährt, sondern auch inwieweit betroffene Personen diese Aspekte beeinflussen können. Diese Dimension stellt sich somit die Frage,

ob bestehende Grenzen einer politischen Gemeinschaft Personen ungerechterweise ausschließen und ob gegebene Rahmenbedingungen allen Mitgliedern eine gleichberechtigte Mitsprache ermöglichen (Fraser, 2008). Missrepräsentation (*misrepresentation*) geschieht also, wenn Personen durch gegebene Rahmenbedingungen fälschlicherweise von politischer Teilhabe ausgegrenzt werden (Fraser, 2008). Fraser unterscheidet hierbei drei Formen der Missrepräsentation:

a) Gewöhnliche Missrepräsentation (*ordinary misrepresentation*):

Fraser spricht von einer gewöhnlichen Missrepräsentation, wenn Personen innerhalb der zur Partizipation berechtigten Gruppe die Möglichkeit verwehrt bleibt, im gleichen Maße zu partizipieren wie andere Personen. Ein Beispiel hierfür sei ein „*Winner takes it all*“-System, bei welchem die Stimme von politischen Minderheiten nicht verhältnismäßig berücksichtigt wird, oder „geschlechtsblinde“ Regeln, welche ungleiche Ausgangsbedingungen für Frauen unzureichend beachten (Fraser, 2008).

b) Rahmensetzung (*Framing*)

Frasers zweite Form der Missrepräsentation bezieht sich auf den Rahmen, in welchem Partizipation stattfindet (Fraser, 2008). *Framing* bezieht sich auf Interpretationen, Diskurse und Ideen, welche Partizipation strukturieren. Partizipationsprozesse sind nicht neutral. Sie werden durch normative Annahmen über Beteiligung geformt (Blue, et al., 2019). Wenn Personen ungerechterweise nicht zur politischen Mitbestimmung berechtigt sind, spricht Fraser von *misframing*. Durch die fehlende Möglichkeit, in einer politischen Gemeinschaft Gerechtigkeitsansprüche *erster Ordnung* (Redistribution, Anerkennung und gewöhnliche Missrepräsentation) zu stellen, entstehe eine Art *Meta-Ungerechtigkeit* oder *Ungerechtigkeit zweiter Ordnung* (Fraser, 2008). Es stellt sich somit die Frage, welche normative Rahmensetzung sich für gesellschaftliche und politische Partizipation eignet und wer zur Teilnahme an politischen Entscheidungen berechtigt ist. Fraser sieht etwa ein *framing* auf Basis von Staatszugehörigkeiten angesichts komplexer Probleme in einer globalisierten Welt als problematisch an und schlägt stattdessen vor, alle einer jeweiligen Governance-Struktur unterworfenen Personen gleichermaßen als für politische Partizipation qualifiziert anzusehen (Fraser, 2010).

c) Meta-politische Gerechtigkeit

Als letzten Gerechtigkeitsaspekt im Zusammenhang mit Repräsentation spricht Fraser über die *politics of framing*. Sie stellt sich an diesem Punkt die Frage, wer zum *frame-setting* berechtigt ist. So sei es wichtig, den Prozess des *framings* zu demokratisieren. Fraser spricht hierbei von *Gerechtigkeit dritter Ordnung*. Während sich der zweite Punkt mit dem *Wer* (wer ist zur Teilnahme berechtigt? Wer wird durch das *framing* eines Prozesses implizit oder explizit ausgeschlossen?) der Repräsentation befasst, betrachtet der dritte Punkt das *Wie* (Wie wird beschlossen, wer zur Teilnahme berechtigt ist und wer bei der Gestaltung des *framings* berücksichtigt wird). Es geht also um jene Prozesse, durch welche das *Wer* bestimmt wird. Fraser hebt an diesem Punkt die Wichtigkeit einer Demokratisierung der *frame-settings* hervor (Fraser, 2008).

2.4.4. Intergenerationelle Gerechtigkeit als Bewertungskriterium

Betrachtet man die in **Kapitel** Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vorgestellten Dimensionen der Klimagerechtigkeit, so zeigt sich bei den oben genannten Punkten eine deutliche Überschneidung mit dem von Fraser vorgestellten Gerechtigkeitsmodell. Sowohl die Verteilung von Ressourcen (Distributive Gerechtigkeit), die Anerkennung aller Individuen als gleichberechtigte Bürger:innen (Anerkennungsgerechtigkeit) als auch der gleichwertige Zugang aller betroffenen Personen zu fairen Verfahren (Verfahrensgerechtigkeit) werden von Fraser abgedeckt. Fraser's Überlegungen bieten somit einen guten Ansatz, um Partizipationsverfahren aus einer Just-Transition-Perspektive zu diskutieren.

Im Rahmen dieser Arbeit wird mit Bezug darauf auch auf den Aspekt der intergenerationellen Gerechtigkeit eingegangen. Damit wird Fraser's Konzept um eine zukunftsorientierte Dimension ergänzt. Intergenerationelle Gerechtigkeit wird hierbei jedoch nicht als gesonderte Dimension behandelt, sondern im Rahmen der oben beschriebenen Gerechtigkeitsdimensionen analysiert. So ist der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“, wie er im Brundtlandbericht „*Our common future*“ verwendet wurde, stark von der Forderung nach distributiver Gerechtigkeit zwischen bestehenden und zukünftigen Generationen geprägt (Nutzinger, 1995). Der Begriff intergenerationelle Gerechtigkeit wird häufig im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimathemen verwendet, jedoch selten im Kontext von politischen Prozessen und sozialer Inklusion diskutiert. Zudem bleibt die Frage offen, auf welche Generationen sich der Ausdruck bezieht (Favretto & Balduzzi, 2020). Im Zuge der Arbeit wird intergenerationelle Gerechtigkeit auch als Gerechtigkeit zwischen bestehenden Generationen verstanden und der Fokus auf die Inklusion verschiedener Altersgruppen in politische und soziale Prozesse gelegt (Favretto & Balduzzi, 2020). Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da vor allem jüngere Personen aufgrund der noch langen Lebensspanne etwa in Bezug auf die Klimakrise als vulnerable Gruppe angenommen werden können (Gibbson, 2014).

2.4.5. Zusammenführung von Fraser's Gerechtigkeitsmodell mit Arnsteins Partizipationsleiter

Wie in den vorhergehenden Kapiteln erläutert, ist mehr politische Partizipation nicht automatisch inklusiv, egalitär oder progressiv (Blue, et al., 2019). Arnstein (1969) zufolge ist der Grad an Partizipation daran messbar, inwieweit tatsächlich Macht von Entscheidungsträger:innen an die beteiligten Bürger:innen übertragen wird. Arnsteins Thesen behandeln somit den politischen Aspekt von Gerechtigkeitsüberlegungen im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Partizipation (Blue, et al., 2019). Sie selbst erkannte jedoch bereits, dass die dichotome Einteilung der Gesellschaft in „*Have-nots*“ und „*Powerholders*“ eine sehr vereinfachende ist:

„The ladder juxtaposes powerless citizens with the powerful in order to highlight the fundamental divisions between them. In actuality, neither the have-nots nor the powerholders

are homogeneous blocs. Each group encompasses a host of divergent points of view, significant cleavages, competing vested interests, and splintered subgroups.” (S. 217)

Weiters weist Arnstein selbst in ihrem Werk darauf hin, dass die Leiter keine Analyse möglicher Kernursachen für Hindernisse bei der Herstellung einer funktionierenden Partizipation beinhaltet.

„It should be noted that the typology does not include an analysis of the most significant roadblocks to achieving genuine levels of participation. These roadblocks lie on both sides of the simplistic fence. On the powerholders’ side, they include racism, paternalism, and resistance to power redistribution. On the have-nots’ side, they include inadequacies of the poor community’s political socioeconomic infrastructure and knowledge-base, plus difficulties of organizing a representative and accountable citizens’ group in the face of futility, alienation, and distrust.” (S. 217)

Der von Blue et al. (2019) vorgeschlagene Ansatz ist ein Versuch, die oben genannten Lücken durch Heranziehen von Frasers (2008) Gerechtigkeitskonzept zu schließen. Frasers Modell leiste hierfür auf zwei Arten einen Beitrag: Einerseits könne es als Grundlage dazu dienen, sich mit den breiten Spektren an Bedürfnissen und Anforderungen auseinanderzusetzen, welche im Rahmen eines Partizipationsverfahrens auftreten können. Andererseits biete es eine Hilfestellung bei der Bewertung und Umsetzung von Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Partizipationsverfahren. Das Mitheranziehen von Frasers Konzept kann somit als Erweiterung für Arnsteins Auseinandersetzung mit Prozessgerechtigkeit dienen und ergänzt dieses zudem um kulturelle und sozioökonomische Faktoren für die Bewertung von Partizipationsverfahren (Blue, et al., 2019) (**Abbildung 2**).

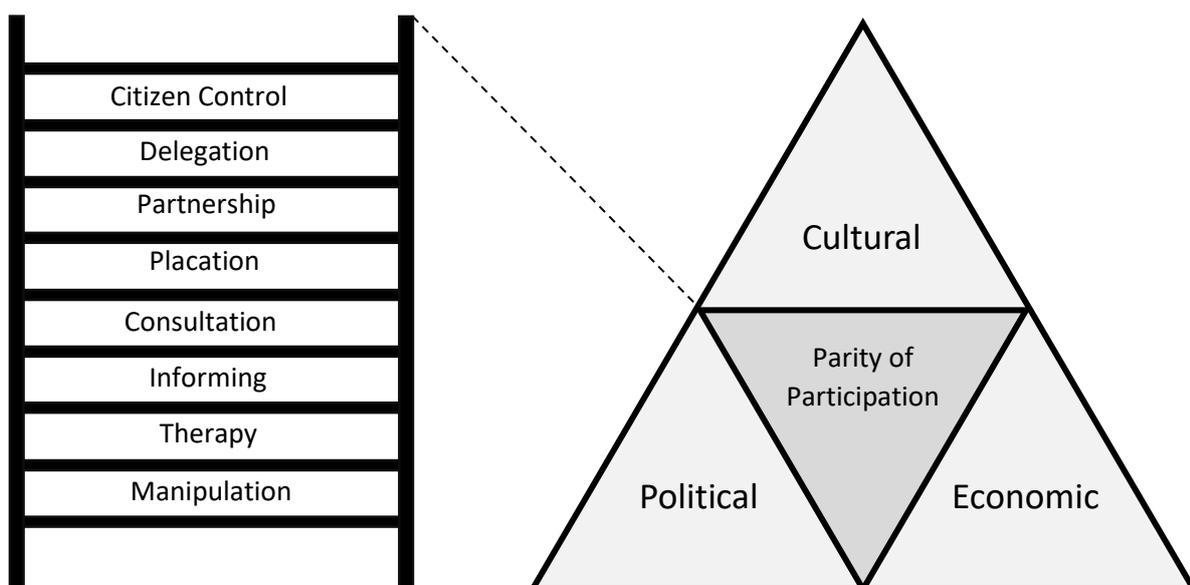


Abbildung 2: Verbindung von Arnsteins Partizipationsleiter mit Frasers Gerechtigkeitskonzept (Blue, et al., 2019)

Kapitel 2 hat den Zusammenhang zwischen ungleicher Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit hervorgehoben. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine inklusive Demokratie allen Personen, welche von einem Problem und dessen Lösungen auf politischer Ebene betroffen sind, die Möglichkeit bietet, im gleichen Maße ihre Stimme zu erheben (Young, 2000). Dies spielt auch insbesondere im Hinblick auf zukünftige klimapolitische Überlegungen eine Rolle. Wie in **Kapitel 2.3** gezeigt, können – etwa aufgrund des ungleichen Zugangs zu den dafür notwendigen Ressourcen – für manche Bevölkerungsteile höhere Partizipationshürden als für andere bestehen.

Das *civic voluntarism model* bietet eine umfassende Grundlage für eine Analyse der „Vorarlberger Bürgerräte“ hinsichtlich möglicher Zugangshürden. Wie gerecht ein Partizipationsprozess gestaltet ist, lässt sich anhand von Frasers Gerechtigkeitsdimensionen – *Redistribution*, *Anerkennung* und *Repräsentation* – diskutieren.

Aus den bisherigen Überlegungen ergeben sich somit die folgenden Forschungsfragen für die empirische Untersuchung der „Vorarlberger Bürgerräte“:

- (1) *Wie gerecht ist das Konzept der „Vorarlberger Bürgerräte hinsichtlich der Faktoren Redistribution, Anerkennung und Repräsentation?*
- (2) *Inwiefern beeinflussten ressourcenbezogene Faktoren die Zusammensetzung der „Vorarlberger Bürgerräte“?*
- (3) *Welche Zugangshürden zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ lassen sich im Hinblick auf intergenerationelle Gerechtigkeit ausmachen?*

3. Material und Methoden

Das folgende Kapitel beschreibt die im Rahmen dieser Arbeit verwendeten Methoden und Vorgehensweisen. Neben einer beschreibenden Darstellung der „Vorarlberger Bürgerräte“, mit Fokus auf den Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“, wurde in dieser Arbeit ein Mixed-Methods-Ansatz aus qualitativen und quantitativen Vorgehensweisen gewählt: So umfasste der empirische Teil dieser Arbeit die statistische Auswertung von Umfragedaten zu eingeladenen Personen aus sechs „Vorarlberger Bürgerräten“ (**Kapitel 3.1**) sowie die Durchführung und Auswertung von Leitfadeninterviews mit Personen aus zwei unterrepräsentierten Altersgruppen (**Kapitel 3.2**). Ziel war es, mögliche Teilnahmemürden entlang des *civic voluntarism models* (Verba, et al., 1995a) auszumachen.

3.1. Auswertung von Fragebögen zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ 4 bis 8 und 12

Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde die von Oppold (2016) angefangene Datenreihe zu den Bürger:innenräten 4 bis 8 um den Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ (BR 12) ergänzt und im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit ausgewertet. Die daraus resultierende Datenreihe enthielt insgesamt 603 Datensätze von Personen, welche eine Einladung zu einem der untersuchten Bürger:innenräte erhalten hatten, wobei neben Teilnehmenden (79) auch Nicht-Teilnehmende (524) als Referenzgruppe enthalten waren. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass die von Oppold (2016) durchgeführte Umfrage zum Zeitpunkt des achten Bürger:innenrates („Jugend-Zukunft-Chancen“) durchgeführt worden war und die Bürger:innenräte 4 bis 7 nur rückwirkend berücksichtigen konnte, während die Befragung im Falle des 8. und 12. Bürger:innenrates vorab mit der Einladung versendet werden konnte, womit diesen im Forschungsaufbau mehr Gewichtung zukommt. Die Inklusion der Bürger:innenräte 4 bis 7 lässt sich damit rechtfertigen, dass der größere Stichprobenumfang Schwächen einzelner Datensätze ausgleicht und auch mehrstufige Tests zulässt (Oppold, 2016). **Tabelle 2** zeigt die Stichprobenzahl sowie die Rücklaufquote zu für die einzelnen Bürgerräte.

Tabelle 2: Rücklaufquoten der ausgesandten Fragebögen für Teilnehmende und Nicht-Teilnehmende an den „Vorarlberger Bürgerräten“ 4-8 und 12. Ergänzt nach Oppold (2016).

BR	Anzahl TN	Rücklauf TN	(Abs./%)	Anzahl Nicht-TN	Rücklauf Nicht-TN	(Abs./%)
4	15	10	66,67%	588	115	19,56%
5	20	8	40,00%	598	89	14,88%
6	28	8	28,57%	602	85	14,12%
7	23	16	69,57%	714	85	11,90%
8	21	20	95,24%	575	113	19,65%
12	20	17	85,00%	580	37	6,38%
	79		64,17%	524		14,42%
Gesamt (TN + Nicht-TN)				603		

Der Fragebogen beinhaltete etwa Angaben zu demographischen Daten, dem sozioökonomischen Status, Einstellungen zu Politik und politischer Partizipation, dem persönlichen Engagement sowie (im Falle des letzten Bürger:innenrates) Einstellungen hinsichtlich der Klimakrise. Zudem waren Gründe für die Zu- oder Absage zum jeweiligen Bürger:innenrat abgefragt worden. Der vollständige Fragebogen zum Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ befindet sich in **Appendix C**. Im Zuge der Analyse wurde anlehnend an Verba, et al. (1995a) angenommen, dass die folgenden Personengruppen aufgrund einer geringeren Verfügbarkeit individueller Ressourcen größere Hürden bei der Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ erfahren würden:

- a) **Jüngere Personen:** Strele (2012) zufolge waren besonders jüngere Personen in bisherigen Bürger:innenräten in Österreich unterrepräsentiert. Wie Verba, et al. (1995a) zeigen, erlernt man *civic skills* im Laufe seines Lebens. Besonders jüngere Personen hatten aufgrund ihres geringen Alters noch weniger Möglichkeiten, derartige Fertigkeiten zu erwerben und könnten somit größere Hürden bei der Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ erfahren. Des Weiteren konnte vermutet werden, dass jüngere Personen auch geringere finanzielle Ressourcen zur Verfügung hätten, was die Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ erschweren könnte.
- b) **Frauen:** Während das Geschlecht mittlerweile keinen nennenswerten Einfluss auf die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen zu haben scheint (Smets & van Ham, 2013), zeigten Frauen Oppold (2016) zufolge im Falle der „Vorarlberger Bürgerräte“ weniger Bereitschaft zur Teilnahme. Verba, et al. (1995a) zufolge gingen Frauen im Schnitt weniger Stunden einer Erwerbstätigkeit nach und arbeiteten zudem seltener in höheren Positionen, wodurch für diese geringere Möglichkeiten zum Erlernen und Praktizieren von *civic skills* bestünden. Zudem seien Frauen in der Folge auch in finanzieller Hinsicht schlechter gestellt, was die Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ erschweren könnte. Zuletzt würden Frauen, welche sich in einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis befänden, Verba, et al. (1995a) zufolge über weniger Zeit verfügen als ihre männlichen Kollegen, da ihnen nach wie vor ein größerer Teil der Fürsorgearbeit zuteilwürde.
- c) **Personen mit einem formal geringeren Bildungsniveau:** Bildung wird als einer der verlässlichsten Prädiktoren für politische Partizipation gesehen (Smets & van Ham, 2013). Personen mit einem formal geringeren Bildungsniveau hätten, dem *civic voluntarism model* folgend, weniger Möglichkeiten gehabt, im Laufe ihres Bildungsweges *civic skills* zu erwerben. Zudem gäbe es für diese Gruppe weniger Möglichkeiten, im Arbeitsleben entsprechende Fertigkeiten zu üben (Verba, et al., 1995a). Es konnte somit angenommen werden, dass das Bildungsniveau einen Einfluss auf die Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ hatte.
- d) **Personen mit Migrationshintergrund:** Nachdem Personen mit Migrationshintergrund als unterrepräsentierte Gruppe bei bisherigen Bürger:innenräten in Österreich bekannt waren (Strele, 2012), wurde auch diese Gruppe hinsichtlich möglicher Teilnahmehürden untersucht. Verba, et al. (1995a) zeigten, dass etwa sprachliche Fertigkeiten einen Einfluss auf die Bereitschaft zur

politischen Partizipation hatten. Für Personen mit nicht-deutscher Muttersprache konnten demnach größere Hürden für eine Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ vermutet werden. Auch war denkbar, dass die fehlende Wahlberechtigung zu einem geringeren Interesse und Wissen zu politischen Themen in Vorarlberg führen hätte können. Zuletzt wurde vermutet, dass Personen mit Migrationshintergrund weniger Zeit gehabt haben könnten, Sozialkapital aufzubauen, was sich wiederum auf die Verfügbarkeit von individuellen Ressourcen ausgewirkt haben könnte (Morales & Guigni, 2011).

Um den Einfluss persönlicher Ressourcen auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürger:innenräten“ zu messen, wurden die in **Tabelle 3** dargestellten Fragebogenelemente herangezogen und mit einer R-gestützten Datenanalyse, wie in weiterer Folge beschrieben, getestet.

Tabelle 3: Liste der für die Auswertung verwendeten Parameter

Variable	Bezeichnung der Codes	Antwortmöglichkeiten
Teilnahme	treatment	binär
Gründe für Nicht-Teilnahme	nonpartic1-5, nonparticqual	Likert-Element, offene Antwort
Politisches Interesse	polinterest	Likert-Element
Mitgliedschaften in einzelnen Vereinen oder Organisationen	member1-5	binär
Summe der genannten Mitgliedschaften (member1-5)	membercount	summe
einzelne politische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten	polact1-8	binär
Summe der durchgeführten politischen Aktivitäten	polactivitycount	Summe
Vertrauen in die Politik, Einstellung zur Politik und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit	opin1-5	Likert-Element
Alter	age*	metrisch, für die Analyse jedoch in Altersgruppen geclustert (siehe Kapitel 5.1.4)
Höchster abgeschlossener Bildungsabschluss	education	Nominal
Geschlecht	male (1/0)	binär
Migrationshintergrund	migration; origin1; origin2	nominal

*Transformiert aus der Originalvariablen „year“. Hierfür wurde für alle Befragten aus dem Geburtsjahr das Alter zum Zeitpunkt des jeweiligen Bürger:innenrates errechnet.

(1) (Nicht-)Teilnahme

Mittels einer logistischen Regressionsanalyse wurde getestet, inwieweit die folgenden Parameter die Teilnahmewahrscheinlichkeit beeinflussten:

- a) Alter (unterteilt in sechs Altersgruppen), Geschlecht, höchster Bildungsabschluss, Migrationshintergrund
- b) Vertrauen in die Politik, Einstellungen zur Politik und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit [opin1-5].
- c) Politisches Interesse, die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen, die Summe an politischen Aktivitäten in den letzten 12 Monaten.

(2) Absagegründe:

Der Fragebogen beinhaltete fünf mögliche Absagegründe, welche von den Befragten anhand einer sechsteiligen Likert-artigen Skala bewerten wurden (1= unwichtig, 2= eher unwichtig, 3= eher wichtig, 4= wichtig, 5= sehr wichtig, 0= weiß nicht). Aufgrund der relativ hohen Fallzahl wurde eine parametrische Auswertung als gerechtfertigt angesehen (Mircioiu & Atkinson, 2017; de Winter & Dodou, 2010). Um Verzerrungen in der Skala zu vermeiden, wurden mit „0= weiß nicht“ versehene Angaben aus der Analyse ausgeschlossen. Diese Annahme erlaubte, dass Unterschiede in der relativen Wichtigkeit der einzelnen Absagegründe im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Migrationshintergrund mit einer linearen Regressionsanalyse gemessen werden konnten.

(3) Politisches Interesse, Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und politische Aktivität in den letzten 12 Monaten:

Der Einfluss von Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Migrationshintergrund auf alle drei Variablen wurde folgendermaßen getestet:

a) **Politisches Interesse:** Das politische Interesse wurde im Fragebogen mithilfe einer 6-stufigen likert-artigen Skala abgefragt (1- überhaupt nicht, 2- wenig, 3- mittel, 4- stark, 5- sehr stark, 0- weiß nicht). Analog zu Punkt 2 wurden somit alle mit „weiß nicht“ betitelten Angaben ausgeklammert und eine lineare Regressionsanalyse für Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Migrationshintergrund durchgeführt.

b) Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen

Im Fragebogen waren fünf verschiedene Arten von Vereinen und Organisationen unter der folgenden Frage aufgelistet: *„Man kann Mitglied in verschiedenen Organisationen sein. Einige sind unten aufgeführt. Bitte markieren Sie jeweils, was auf Sie zutrifft.“* Die Summe an positiven Antworten wurde als Parameter für das allgemeine gesellschaftliche Engagement der Befragten herangezogen. Unterschiede im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Migrationshintergrund wurden mit einer Poisson-Regressionsanalyse getestet.

c) Politisches Engagement:

Das politische Engagement wurde im Fragebogen analog zu **b)** gemessen: *„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, politisch aktiv zu sein. Einige sind unten aufgeführt. Was aus der folgenden Auswahl haben Sie in den letzten 12 Monaten getan?“* Wie im Hinblick auf die Anzahl an Mitgliedschaften wurde hier eine Poisson-Regressionsanalyse durchgeführt.

(4) Vertrauen in die Politik, Einstellungen zur Politik und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit.

Der Fragebogen hatte zudem fünf Fragen beinhaltet, aus welchen sich Einstellungen und Meinungen zur Politik sowie das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit ableiten lassen. Diese wurden ebenfalls im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Migrationshintergrund getestet. Die Fragen

waren mit einer Likert-artigen Skala zu beantworten (1= stimme überhaupt nicht zu, 2= Stimme nicht zu, 3= stimme eher nicht zu, 4= weder noch, 5= stimme eher zu, 7=stimme voll und ganz zu, 0= weiß nicht) und wurden somit analog zu (2) ausgewertet und getestet.

3.2. Interviews mit Vorarlberger:innen der Altersgruppen 16 bis 29 und 30 bis 45

Zusätzlich zum Fragebogen wurden im Rahmen dieser Arbeit halbstrukturierte Interviews mit Vorarlberger:innen im Alter von 16 bis 29 sowie 30 bis 45 Jahren geführt. Die Interviews sollten im Hinblick auf den Aspekt der Generationengerechtigkeit zur Beantwortung der Frage nach altersbedingten Teilnahmehürden dienen. Zudem war es das Ziel, für eine potenziell unterrepräsentierte Gruppe beispielhaft ein detaillierteres Bild möglicher Teilnahmebarrieren auszuarbeiten, was zu einer besseren Interpretation der quantitativen Ergebnisse für alle untersuchten Faktoren beitragen sollte. Nach Gesprächen mit Teilnehmenden des Bürger:innenrates „Klima-Zukunft“ und aufgrund der in Kapitel 3.1 aufgestellten Überlegungen war angenommen worden, dass jüngere Personen (unter 30) weniger Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ zeigen würden. Die vorhergegangene quantitative Auswertung hatte diese Überlegung weitgehend bestätigt, jedoch aufgezeigt, dass dies ebenfalls Personen der Altersgruppe 30 bis 45 betroffen hatte. Die Interviews wurden somit auf diese Altersgruppe ausgeweitet, wobei beide Gruppen separat betrachtet wurden und somit altersspezifische Unterschiede bei möglichen Teilnahmehürden untersucht werden konnten.

3.2.1. Erstellung des Interviewleitfadens

Für die Interviews wurde ein Leitfaden erstellt, welcher offene Fragen zu möglichen Zugangshürden auf zwei Ebenen enthielt:

- a) Persönliche Ebene: Die Fragen umfassten die eigene Einstellung zur Idee der „Vorarlberger Bürgerräte“, die Bereitschaft zur Teilnahme an einem Bürger:innenrat sowie mögliche persönliche Teilnahmehürden, die eigene Bereitschaft zur politischen Partizipation im Allgemeinen und die angenommene politische Selbstwirksamkeit im und außerhalb des Bürger:innenrates.
- b) Allgemeine Ebene: Mögliche Teilnahmehürden für gleichaltrige Personen und die Rolle zeitlicher und finanzieller Ressourcen als Zugangsbarrieren für diese Gruppen; Lösungsvorschläge, welche aus der Sicht der Befragten zu einer Verringerung von Zugangshürden zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ beitragen könnten.

Ursprünglich war zudem angedacht gewesen, die Einstellungen der Befragten zu Klimakrise und Klimapolitik sowie Vorschläge hinsichtlich klimapolitischer Maßnahmen in Vorarlberg mit entsprechenden Aussagen der Teilnehmenden des Bürger:innenrates „Klima-Zukunft“ und den tatsächlichen Ergebnissen desselben Bürger:innenrates zu vergleichen, weshalb entsprechende Fragen

im Interviewleitfaden inkludiert sind. Ziel war es, die Auswirkungen mangelnder Repräsentation outputseitig zu untersuchen. Diese Überlegungen mussten jedoch nach Durchführung der Interviews aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit des Materials fallengelassen werden. Der vollständige Interviewleitfaden ist in **Appendix A** zu finden.

3.2.2. Auswahl der Interviewpartner:innen und Durchführung der Interviews

Insgesamt wurden 11 Personen, 6 Personen der Altersgruppe 16 bis 29 sowie fünf Personen der Altersgruppe 30 bis 45, interviewt. Gefunden wurde ein Teil der Befragten über soziale Medien, persönliche Kontakte sowie über das AHA+-Netzwerk.³ Die restlichen Befragten wurden nach dem Schneeballprinzip mobilisiert. Bei den Teilnehmenden wurde auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Altersgruppen (mit 16 Jahren im Falle der jüngsten Interviewpartnerin und 42 Jahren im Falle des Ältesten) und des Geschlechts (sechs Frauen und fünf Männer) geachtet. Hinsichtlich der sozialen Hintergründe (Beruf, Ausbildung, Migrationsgeschichte) ergab sich ebenfalls eine relativ heterogene Zusammensetzung. Eine detailliertere Übersicht zu den Befragten findet sich in **Kapitel 5.2**. Die Interviews dauerten zwischen 40 Minuten und einer Stunde und wurden online durchgeführt.

3.2.3. Auswertung der Interviews nach Meuser/Nagel

Die Auswertung der Interviews folgte in ihrem Ablauf den Empfehlungen von Meuser und Nagel (2002) für leitfadensorientierte Expert:inneninterviews. Als Expert:in gilt Meuser und Nagel zufolge

- „Wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung“ oder
- „Wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt.“ (S. 73)

Meuser und Nagel (2009) weisen jedoch explizit darauf hin, dass der Expert:innenbegriff exklusives, „sozial institutionalisiertes“ (S. 467) Wissen voraussetzt, welches der/die Expert:in durch seine Tätigkeit zur Lösung bestimmter Probleme erworben hat. „Experten für das eigene Leben“ (S. 466) seien, auch wenn sie über wertvolles Wissen zu einem Problem verfügen, demnach nicht als solche zu werten.

Die im Rahmen dieser Arbeit befragten Personen können laut dieser Definition somit nicht als Expert:innen gewertet werden. Die von Meuser und Nagel vorgeschlagene Methode konnte für die Auswertung der Interviews dennoch als vielversprechend angesehen werden, da sie einen explorativen

³ Das „aha – Jugendinformationszentrum Vorarlberg“ ist ein gemeinnütziger Verein zur Information und von Jugendlichen in Vorarlberg. Es betreibt unter anderem das AHA+-Netzwerk, welches Personen zwischen 14 und 24 Jahren eine Plattform zum freiwilligen Engagement bietet (<https://www.aha.or.at/>).

Charakter hat und sich mit vergleichsweise geringem Aufwand grundlegende Informationen über ein neues Thema erschließen lassen (Ullrich, 2006), womit erhofft wurde, dass neue Perspektiven hinsichtlich möglicher Teilnahmehürden ersichtlich würden. Zudem liegt der Fokus der Auswertungsmethode auf dem Finden von überindividuellen Gemeinsamkeiten (Meuser & Nagel, 2002), was angesichts der Fragestellung ebenfalls als nützlich erschien. In weiterer Folge wird die Vorgehensweise bei der Auswertung der Interviews erläutert und anhand eines Beispiels demonstriert:

a) Transkription

Im ersten Schritt der Auswertung wurden die aufgenommenen Interviews verschriftlicht. Hierbei wurde möglichst wortgetreu vorgegangen, wobei, wie von Meuser und Nagel (2002) vorgeschlagen, auf detaillierte Notationssysteme weitgehend verzichtet wurde. Die Interviews wurden in leicht geglätteter Form nach den folgenden Regeln transkribiert:

- Die Interviews wurden auf Hochdeutsch transkribiert. Ausnahmen bildeten wenige Phrasen und Wörter. Bsp.: „[...] *der Vorarlberger sagt immer: ‚Schaffe, schaffe, Hütle baue‘.*“ (IP1, Ü30, Z 43)
- Füllwörter sowie „ähms“, „ahas“ oder ähnliche Ausdrücke wurden nicht transkribiert.
- Pausen wurden nicht transkribiert, mit Ausnahme von Gesprächsunterbrechungen. Diese wurden in eckiger Klammer vermerkt. Bsp.: [instabile Verbindung], [Telefon läutet]
- Längeres Nachdenken wurde mit „...“ dargestellt.
- Nonverbale Ausdrücke („[lacht]“) wurden nur transkribiert, wenn sie zum inhaltlichen Verständnis der Aussagen beitrugen.

b) Paraphrase

In der Paraphrase werden die Aussagen der Interviewten in eigenen Worten wiedergegeben und die Kernaussagen einzelner Textabschnitte explizit gemacht. Dieser Vorgang dient somit zur ersten Verdichtung des Textmaterials. Wichtig ist hierbei, dass noch keine Deutungen und Interpretationen vorgenommen werden. Die Paraphrase ist vielmehr protokollarisches Zusammenfassen des Inhalts (Meuser & Nagel, 2002). Der Schritt der Paraphrasierung sowie die darauf folgende Codierung wurden mithilfe der Software MAXQDA durchgeführt. Im Zuge dieser Arbeit wurden insgesamt 211 Paraphrasen erstellt. Grundsätzlich wurde jede relevante Aussage mit einer Paraphrase versehen. Wenn in einem Abschnitt zwei oder mehrere voneinander getrennt zu betrachtende Themen angesprochen wurden, wurden gegebenenfalls auch mehrere Paraphrasen pro Abschnitt erstellt. So äußerte sich IP2 (U30) etwa folgendermaßen zu der Frage, inwieweit durch die Teilnahme an einem Bürger:innenrat Gehör in der Politik gefunden hätte:

„Schwierig zu sagen. Dadurch, dass ich davon noch nichts gehört habe oder, dass es das gibt, hätte ich... Ja, Politik ist ja sowieso ein bisschen eine Geschichte. Wenn es ihnen gerade in den Kram

passt oder gut für das Image ist, wahrscheinlich sehr viel Gehör oder wenn viele dafür gewesen wären, wahrscheinlich auch, oder halt meine Meinung auch gesehen haben von dem Bürgerrat. Ich weiß nicht... Wird ihnen auch das Ergebnis präsentiert, wie der Bürgerrat abgestimmt hat? Okay. Ja, ist jetzt ganz schwierig einzuschätzen für mich, eigentlich, wie viel Gehör das wirklich findet. Also keine Ahnung, das wüsste ich jetzt auch nicht.“ (Z 86-93)

Der Absatz wurde folgendermaßen paraphrasiert:

Ob sie Gehör in der Politik gefunden hätte, ist für IP2 schwer zu sagen. Politik sei ihrer Meinung nach „so eine Sache“: Sofern es ihnen gerade gepasst hätte, gut für das Image gewesen wäre oder viele so gedacht hätten, hätte es wohl viel Gehör gefunden.

c) Überschriften/Codierung

Meuser und Nagel schlagen in weiterer Folge vor, die paraphrasierten Abschnitte mit Überschriften oder „Codes“ zu versehen. Diese Codes sollten sich nach Möglichkeit am Wortlaut des Textes orientieren. Teile eines Interviews, welche sich inhaltlich überschneiden, werden in der Folge unabhängig von der Position im Interview dem gleichen Code zugeordnet. Für thematisch ähnliche Passagen werden Hauptüberschriften gebildet. Gegenstand dieser Phase ist jedoch immer noch das einzelne Interview (Meuser & Nagel, 2002). Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Codierung wie oben beschrieben durchgeführt. Dabei wurde sowohl induktiv als auch deduktiv gearbeitet: Die Codes wurden einerseits offen entlang der Interviewfragen erstellt, andererseits wurden Passagen gezielt im Hinblick auf das *civic voluntarism model* untersucht. Hierfür wurden mögliche Gründe für eine Absage sowohl auf individueller Ebene als auch im Hinblick auf gleichaltrige Personen jeweils entlang der Erklärungen „they can't“, „they don't want to“ und „nobody asked“ geordnet. Ersterer wurden zudem die Unterpunkte „Zeit“, „Geld“ und „civic skills“ zugeordnet.

Die zuvor genannte Textpassage aus dem Interview mit IP2 (U30, Z 86-93) wurde etwa mit den folgenden Codes versehen:

Gehör in der Politik → *Durch den BR* → *Abhängig von...* → **WIRKUNG FÜR IMAGE**

Gehör in der Politik → *Durch den BR* → *Abhängig von...* → *Vorschlägen* → **MEHRHEITSFÄHIGKEIT**

Gehör in der Politik → *Durch den BR* → **ZWEIFEL AN GEHÖR/SCHWER ZU BEURTEILEN**

d) Thematischer Vergleich

Im Schritt des thematischen Vergleichs wird der Fokus auf einzelne Texteinheiten verlassen. Die Texte werden nun nach Gemeinsamkeiten, also thematisch zusammenpassenden Abschnitten, untersucht und Codes zu ähnlichen Themen vereinheitlicht. Wie auf der Stufe der Codierung wird in diesem Schritt möglichst textnah gearbeitet. Es wird folglich nach wie vor auf soziologische Begrifflichkeiten und

Interpretationen verzichtet (Meuser & Nagel, 2002). Im Zuge dieser Arbeit wurde ein gemeinsames Codesystem erstellt. Hierfür wurden bestehende Codes mehrmals überarbeitet und thematisch ähnliche Codes zusammengeführt. Nach Fertigstellung eines gemeinsamen Codesystems wurden die Interviews in die Gruppen „U30“ und „Ü30“ aufgeteilt und vergleichend in einer Tabelle dargestellt, welche Themen von welcher Altersgruppe besonders häufig angesprochen worden waren. So wurde etwa der Code „Zweifel an Gehör/ Schwer zu beurteilen“ mit einem Untercode insgesamt sechsmal und der Code „Mehrheitsfähigkeit“ dreimal gefunden. Aussagen im Zusammenhang mit dem Code „Wirkung für Image“ wurden nur von IP 2 getätigt. Das finale Codesystem sowie die Anzahl an Interviews, in welchen die jeweiligen Codes gefunden worden waren, finden sich in **Appendix B**. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Aussagen der Interviewpartner:innen wurden in **Kapitel 5.2** zudem deskriptiv dargestellt und die wesentlichen Punkte im Hinblick auf die einzelnen Altersgruppen zusammenfassend herausgearbeitet.

e) Soziologische Konzeptualisierung

Im Zuge der soziologischen Konzeptualisierung wird das nun herausgearbeitete Gemeinsame mit soziologischen Kategorien versehen (Meuser & Nagel, 2002). Im Allgemeinen geht es hier um eine „Systematisierung von Relevanzen, Typisierungen, Verallgemeinerungen, Deutungsmustern“ (S. 88). Es findet also eine empirische Generalisierung der Auswertungsergebnisse statt (Meuser & Nagel, 2002). In dieser Arbeit werden in **Kapitel 6.1.1** unter Miteinbezug der Ergebnisse der quantitativen Analyse im Hinblick auf das *civic voluntarism model* mögliche Teilnahmehürden für die untersuchten Altersgruppen unter Berücksichtigung einschlägiger Literatur ausgemacht.

f) Theoretische Generalisierung

Erst auf dieser Stufe löst man sich von den Interviews ab. Die hergeleiteten soziologischen Begriffe werden nun zu allgemeingültigen Theorien zusammengestellt. Hierbei ist es wichtig, deren Gültigkeit kontinuierlich zu überprüfen (Meuser & Nagel, 2002). Man muss also „Empirie und Theorie miteinander konfrontieren“ (S. 90), um schlüssige Ergebnisse zu erzielen. Abschließende allgemeingültige Aussagen zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ wurden erst in Kapitel 6.2 und 7 getroffen, wo die gefundenen Zugangshürden hinsichtlich der Faktoren Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Migrationshintergrund im Hinblick auf die Forschungsfrage zu allgemeinen Aussagen zusammengeführt wurden. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass diese Arbeit auf die „Vorarlberger Bürgerräte“ beschränkt ist und somit nicht den Anspruch erhebt, Theorien und Muster im Hinblick auf Bürger:innenräte oder deliberative Partizipationsverfahren im Allgemeinen aufzustellen.

4. Fallbeispiel: Die „Vorarlberger Bürgerräte“

Im folgenden Kapitel wird die Partizipationsmethode „Bürger:innenräte“ vorgestellt (**Kapitel 4.1**) und auf die „Vorarlberger Bürgerräte“ und den Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ (**Kapitel 4.3 und 4.4**) eingegangen. Zudem werden Herausforderungen im Zusammenhang mit der Losauswahl bei Bürger:innenräten angeschnitten (**Kapitel 4.2**). Die „Vorarlberger Bürgerräte“ werden weiters auf Arnsteins Partizipationsleiter eingeordnet (**Kapitel 4.5**), um diese im späteren Verlauf der Arbeit im Hinblick auf Gerechtigkeitsaspekte diskutieren zu können.

4.1. Was sind Bürger:innenräte?

Die Partizipationsmethode „Bürger:innenrat“ geht auf den US-Amerikaner Jim Rough zurück. Das Verfahren soll Rough zufolge das Potential haben, die repräsentative Demokratie zu „demokratisieren“ (Rough, 2004). Hierfür wird eine Gruppe von Personen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, welche anschließend im Rahmen eines moderierten Prozesses gemeinsam Handlungsempfehlungen für das gewählte Thema erarbeitet (ÖGUT, o.J.a). Die anzustrebende Anzahl an Teilnehmenden beläuft sich Rough zufolge auf etwa 8-16 Personen (Center for Wise Democracy, o.J.). Die Methode kann auf verschiedenen räumlichen Ebenen angewendet werden (regional, national und international). Sie soll es ermöglichen, in einem relativ kurzen Zeitraum von eineinhalb bis zwei Tagen Lösungsvorschläge, auch für komplexe und kontroverse Themen, zu entwickeln (ÖGUT, o.J.a; Nanz & Fritsche, 2012).

Die möglichst heterogene Gruppe bearbeitet im vorgegebenen Zeitraum ein Thema unter Anwendung der Moderationstechnik „*Dynamic Facilitation*“ (ÖGUT, o.J.a). Im Zuge dessen werden vier Plakate von den Teilnehmer:innen bearbeitet (ÖGUT, o.J.b):

- a) Herausforderungen/Fragen: Auf dem ersten Plakat werden Inputs zur behandelten Problematik in der Form „Wie können wir XY erreichen?“ gesammelt.
- b) Lösungen/Ideen: Das zweite Plakat beinhaltet mögliche Lösungsvorschläge.
- c) Bedenken/Einwände: Zu den Lösungsvorschlägen geäußerte Befürchtungen und Einwände werden auf Plakat 3 festgehalten, um Kritik von Lösungsvorschlägen räumlich zu trennen.
- d) Informationen/Sichtweisen: Das letzte Plakat sammelt alle zusätzlichen Fakten und Inputs, die zu dem Thema geäußert werden.

Anschließend wird versucht, unter Beachtung der gesammelten Inputs eine zusammenfassende Lösung zu finden. Das abschließende gemeinsame Statement muss von allen Teilnehmenden einheitlich akzeptiert werden (ÖGUT, o.J.a). Der Moderation dieses Prozesses kommt hierbei eine bedeutende Rolle zu: Durch das gezielte und systematische Befragen der einzelnen Teilnehmenden zu den angesprochenen Themen und ein diszipliniertes „Ausreden-lassen“ der Sprecher:innen soll auch

stilleren Personen Raum zum Kundtun ihrer Ansichten geboten werden (Strele, 2012). Die Ergebnisse des Rates werden in weiterer Folge im Rahmen eines „Bürger:innencafés“ der breiten Öffentlichkeit präsentiert und mit dieser diskutiert. In der Folge werden die Vorschläge an die Entscheidungsträger:innen weitergegeben, in einer „Resonanzgruppe“ (bestehend aus Entscheidungsträger:innen, Vertreter:innen des Bürger:innenrates und anderen relevanten Akteur:innen) zur weiteren Bearbeitung in tagespolitische Prozesse integriert und der Bürger:innenrat aufgelöst. Die anschließende Behandlung der Vorschläge sollte transparent kommuniziert werden. Im Idealfall wird der Prozess in regelmäßigen Abständen von Neuem durchgeführt (ÖGUT, o.J.a). **Abbildung 3** beschreibt den idealtypischen Ablauf eines Bürger:innenratsprozesses.

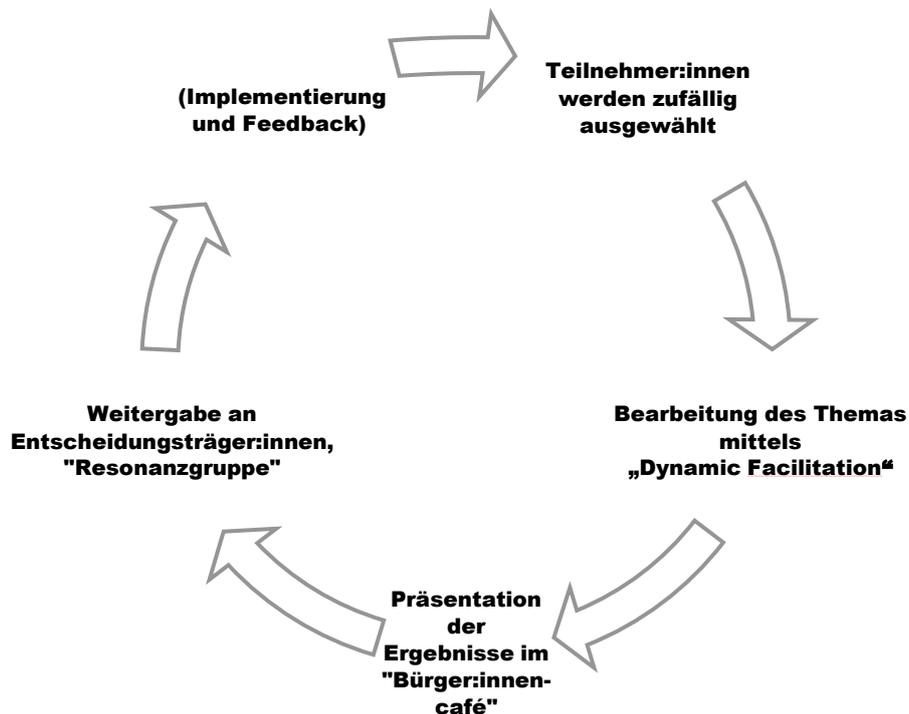


Abbildung 3: Ablauf eines Bürger:innenrats. Eigene Grafik nach Hellrigl und Lederer (2019).

Die Ergebnisse des Bürger:innenrats sind in der Regel nicht rechtlich bindend und deren Umsetzung hängt von den Entscheidungsträger:innen ab (Asenbaum, 2016). Bürger:innenräte wurden von Rough jedoch als kontinuierlicher Prozess angedacht, in welchem in regelmäßigen Abständen Bürger:innenräte mit neu ausgewählten Teilnehmer:innen stattfinden sollten. Durch die mehrmalige Wiederholung des Prozesses sowie durch die transparente Kommunikation der Ergebnisse erwartet Rough eine gewisse Verbindlichkeit bei der Implementierung der Vorschläge (Rough, 2004).

Im deutschen Sprachraum werden auch zunehmend sogenannte „Citizen Assemblies“ als Bürger:innenräte bezeichnet. Diese unterscheiden sich jedoch in ihrer Teilnehmer:innenzahl (etwa 100 Personen) und ihrer Dauer (mehrere Wochenenden) von den Bürger:innenräten nach Roughs Vorbild (ÖGUT, o.J.a).

4.2. Die Rolle der Losauswahl bei Bürger:innenräten

Ein wesentlicher Aspekt der Bürger:innenräte nach Jim Rough ist die Zusammenstellung einer *Minipublic* nach dem Zufallsprinzip (Rough, 2004). Ein solches Auswahlverfahren soll dazu dienen, eine möglichst breite Bevölkerung anzusprechen und bestimmte Probleme einer selbstselektiven Auswahl – etwa die Überrepräsentation bestimmter besonders beteiligungsaffiner Bevölkerungsgruppen – zu minimieren (Nanz & Fritsche, 2012). Die Kehrseite ist, dass, sofern die Teilnahme an Bürger:innenbeteiligungsverfahren freiwillig ist, auch bei einer Losauswahl eine heterogene Zusammensetzung der Teilnehmenden nicht garantiert ist. So spiegelt sich eine Selbst-Selektion bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ etwa in stark schwankenden Teilnahmequoten seitens der eingeladenen Personen wider (Oppold, 2016). Um diesen vorzubeugen, wird beispielsweise die Verwendung von gewichteten Losen oder Quoten vorgeschlagen (Allianz Vielfältige Demokratie, 2017; Setälä & Smith, 2018). Frinken (2021) stellt hierbei dennoch die Legitimation von zufällig ausgewählten *Minipublics* als Entscheidungsgremien in Frage, da Letztere seiner Ansicht nach vor allem als repräsentative Foren zu verstehen seien. Im Falle echter Entscheidungsmacht verlange es somit auch nach einer Legitimierung durch die Repräsentierten (die Bevölkerung).

4.3. Bürger:innenräte in Vorarlberg

In Vorarlberg hat partizipative Demokratie eine längere Tradition und seit 2011 sind landesweite Bürger:innenräte im diesem Bundesland regelmäßig Teil des politischen Geschehens. Mit der „*Richtlinie der Vorarlberger Landesregierung zur Einberufung und Durchführung von Bürgerräten*“ wurden die „Vorarlberger Bürgerräte“ 2013 gesetzlich verankert (Oppold, 2016). Grundlage hierfür ist Art. 1 Abs. 4 der Vorarlberger Landesverfassung:

„Das Land bekennt sich zur direkten Demokratie in Form von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen und fördert auch andere Formen der partizipativen Demokratie.“

Bürger:innenräte können vom Landtag oder der Landesregierung beschlossen werden. Zudem wird der Bevölkerung die Möglichkeit geboten, mit über 1000 Unterschriften selbstständig einen Bürger:innenrat zu einem gewählten Thema zu initiieren. Die Organisation der Bürger:innenräte fällt unter die Verantwortung des Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung der Vorarlberger Landesregierung. Die „Vorarlberger Bürgerräte“ stehen allen Personen im wahlfähigen Alter mit Hauptwohnsitz im Bundesland offen. Die Teilnehmenden werden nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister ausgewählt und auf freiwilliger Basis zur Teilnahme am Bürger:innenrat eingeladen, wobei bei den Einladungen auf regionale Verteilung der Teilnehmenden sowie auf Geschlecht und Alter der eingeladenen Personen Rücksicht genommen wird. Idealerweise wird hierbei eine Teilnehmer:innenzahl von 12-16 Personen erreicht. Der Prozess läuft weitestgehend wie in **Kapitel 4.1**

beschrieben ab, wobei die Teilnehmenden, die Initiator:innen sowie die Bevölkerung über die Umsetzung der Ergebnisse von den Entscheidungsträger:innen „in geeigneter Weise zu informieren“ sind und ein „Bürgerratsbericht“ zu erstellen ist, durch welchen Initiator:innen als auch Teilnehmende über die Umsetzung der Ergebnisse in Kenntnis gesetzt werden (Land Vorarlberg, o.J.a). Bislang (Stand Februar 2023) wurden in Vorarlberg 13 landesweite Bürger:innenräte abgehalten (Land Vorarlberg, o.J.b). **Tabelle 4** gibt einen Überblick über die bisher stattgefundenen landesweiten Bürger:innenräte.

Tabelle 4: Liste bundesweiter Bürger:innenräte in Vorarlberg (Land Vorarlberg, o.J.b)

Jahr	Thema
2022	Faire Wahlen
2021	Klima-Zukunft
2019	Zukunft Landwirtschaft
2018	Mobilitätskonzept Vorarlberg
2017	Umgang mit Grund und Boden
2016	Jugend – Zukunft – Chancen
2015	Asyl- und Flüchtlingswesen
2013	Region der Zukunft
2013	Zukunft Bildung
2012	Gute Nachbarschaft
2012	Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität
2011	Lebensqualität
2011	Was brennt?

4.4. Abhaltung und Ablauf des Bürger:innenrats „Klima-Zukunft“

Am 2. und 3. Juli 2021 fand im österreichischen Bundesland Vorarlberg der 12. landesweite Bürger:innenrat unter dem Motto „Klima-Zukunft“ statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurden von den Teilnehmer:innen gemeinsame Empfehlungen zu den folgenden Ausgangsfragen erarbeitet: „Wie kann ein gemeinsames Herangehen an die große Herausforderung der Klimakrise in Vorarlberg gelingen? Wo braucht die Politik uns? Wo brauchen wir die Politik?“. Der Prozess war mit 1278 Unterschriften von der Bevölkerung initiiert worden und war somit der dritte „von unten“ veranlasste Bürger:innenrat. Für den Bürger:innenrat waren 600 Personen angeschrieben worden, von welchen insgesamt 20 Personen teilnahmen und 180 Personen absagten. Die restlichen Befragten meldeten sich nicht auf die Einladung. Häufig angegebene Absagegründe waren Abwesenheiten, Terminkollisionen oder Krankheit (Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung [FEB], 2021). Im Rahmen des Bürger:innenrats wurden Empfehlungen für die folgenden Themenfelder erarbeitet: i) Bewusstsein wecken / Sensibilisierung / Bildung, ii) Belohnung & Anreiz, iii) Umgang mit Ressourcen iv) Mobilität, v) Globaler Rahmen, vi) Rolle von Politik und Beteiligung (FEB, 2021). Von den Teilnehmenden wurde in der abschließenden Reflexion insbesondere die Moderation, die Zusammenarbeit und Kommunikation der Beteiligten gelobt. Eine der Befragten hatte es zudem als positiv empfunden, dass sie als Nicht-Staatsbürgerin teilnehmen konnte. Kritisiert wurde der Zeitmangel bei der abschließenden Verdichtung der Ergebnisse, zudem erhoffte man sich eine einfachere und sachlichere einführende Kurzinformation und eine stärkere Steuerung seitens der Moderation. Eine Person fragte auch nach

Wirkung und Verbindlichkeit der Ergebnisse (FEB, 2021). Die erarbeiteten Fragen wurden im Rahmen des am 6. Juli 2021 stattgefundenen Bürger:innencafés mit etwa 100 Anwesenden präsentiert und ergänzt. Des Weiteren wurden die Ergebnisse des Bürger:innenrates sowie des Bürger:innencafés auf der Plattform vorarlberg.mitdenken.online veröffentlicht, wo für die breite Bevölkerung eine weitere Möglichkeit zum Einbringen von Kommentaren und Anregungen gegeben war. Im Herbst 2021 tagte eine Resonanzgruppe, in welcher abschließend Möglichkeiten für die Umsetzung der Ergebnisse erarbeitet wurden. Teilnehmende waren neben Entscheidungsträger:innen und verantwortlichen Personen eine Initiatorin, ein Vertreter des Bürger:innenrats sowie Vertreter:innen der Veranstaltungskoordination (FEB, 2021). Bestehende Querverbindungen zu laufenden Maßnahmen sowie in Planung befindliche Umsetzungen der Empfehlungen aus dem Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ wurden in der Folge in einem Rückmeldungsbericht der Vorarlberger Landesregierung veröffentlicht (FEB, o.J.) (**Tabelle 5**).

Tabelle 5: Zum Zeitpunkt der Rückmeldung in Umsetzung befindliche Maßnahmen, welche durch den Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ initiiert worden waren

Themenbereich	Maßnahme
Information und Bildung	Neue Beteiligungsmodelle (Zb. Regionale Klimadialoge) werden geprüft.
Anreize und Belohnungen schaffen	Empfehlungen des Bürger:innenrates werden bei der laufenden Überarbeitung der Landwirtschaftsstrategie berücksichtigt.
Reduktion des Ressourcenverbrauchs	Prüfung einer Änderung des Zweitwohnsitzabgabegesetzes mit einer umfassenderen Besteuerung.
Mobilität	Die Vorschläge decken sich stark mit dem Vorarlberger Mobilitätskonzept. Bei der zukünftigen Kommunikation laufender Maßnahmen in dem Bereich wird stärker auf den Bürger:innenrat verwiesen.
Globaler Rahmen	Der Vorschlag eines „Vorarlberger Klima-Indexes“ führte zu Überlegungen einer stärkeren Bündelung und Darstellung vorhandener Daten und Informationen.
	Eine Strategie für die Umsetzung der SDGs (<i>Sustainable Development Goals</i>) wird ausgearbeitet.
Politik und Beteiligung	Überlegungen zu mehr Bürgerbeteiligung bei Klimaschutzfragen werden angestellt.

4.5. Einordnung der „Vorarlberger Bürgerräte“ auf Arnsteins Partizipationsleiter

Als ein institutionalisiertes Bürger:innenbeteiligungsprojekt, welches als Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die zuständigen Gremien dient, sind die „Vorarlberger Bürgerräte“ ein klassisches Beispiel für eine Partizipationsmethode, welche sich anhand Arnsteins Partizipationsleiter bewerten lässt. Betrachtet man die „Vorarlberger Bürgerräte“ entlang dieser, so kann man im ersten Schritt feststellen, dass den Teilnehmenden durchaus Raum gegeben ist, unabhängig vom Einfluss der Entscheidungsträger:innen Lösungsvorschläge zu generieren und zudem (wie der Bürgerrat „Klima-Zukunft“ zeigt) selbstständig einen Rat zu einem gewünschten Thema zu initiieren. Nachdem Letzteres in der Landesverfassung verankert ist, ist auch ein Zwang seitens der Entscheidungsträger:innen

vorhanden, bei Erreichen der notwendigen Anzahl an Unterschriften einen Bürger:innenrat ins Leben zu rufen. Zuletzt ist mit der Resonanzgruppe und dem Bürger:innencafé auch ein Rahmen festgelegt, in welchem die Vorschläge der Öffentlichkeit vorgestellt und mit den Entscheidungsträger:innen diskutiert werden. Aufgrund dieser Möglichkeit zur unabhängigen Themenfindung und -diskussion sind die „Vorarlberger Bürgerräte“ jedenfalls nicht als *Nicht-Partizipation* (Stufe 1 und 2 der Partizipationsleiter) zu werten. Nachdem die gesetzliche Verankerung des Bürger:innenratsprozesses den Beteiligten die Möglichkeit zusichert, ihre Ansichten und Vorschläge den verantwortlichen Personen zu präsentieren und mit diesen zu diskutieren, lässt sich die dritte Stufe der Leiter, *Informing*, für die „Vorarlberger Bürgerräte“ ebenfalls ausschließen. Bei den Beteiligten liegt jedoch keine direkte Entscheidungsmacht, womit die letzten drei Stufen der Leiter ebenfalls nicht zutreffend sind. Demnach ließen sich die „Vorarlberger Bürgerräte“ auf Stufe 4 (*Consultation*) oder 5 (*Placation*) der Leiter verordnen. Zu welchem Grad hier eine Umverteilung von Macht zwischen der Bevölkerung und den Entscheidungsträger:innen stattfindet, ist somit vom institutionell-technischen Rahmen, in welchem Ansichten ausgedrückt werden können, sowie von der Möglichkeit, öffentlichen Druck aufzubauen, abhängig.

Mit der Resonanzgruppe ist bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ zudem eine Möglichkeit gegeben, gemeinsam mit den Entscheidungsträger:innen Optionen für Umsetzung der Vorschläge zu konkretisieren, womit für Letztere auch ein gewisser Druck entstehen könnte, Zugeständnisse zu machen. Die Detailplanung sowie die Umsetzung obliegen jedoch den verantwortlichen Stellen. Die Verpflichtung zur Rückmeldung seitens der Vorarlberger Landesregierung könnte zu einem gewissen Rechtfertigungsdruck gegenüber den Teilnehmenden beitragen. Auch werden die „Vorarlberger Bürgerräte“, wie von Rough (2004) vorgeschlagen, in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Das Konzept beinhaltet somit im Ansatz durchaus einige Mechanismen, welche den Beteiligten helfen, ihre Ansichten an die Entscheidungsträger:innen zu bringen und eine Rückmeldung auf die Vorschläge einzufordern. Diese betreffen jedoch (mit Ausnahme des Bürger:innencafés) vor allem die kleine Gruppe der involvierten Bürger:innen (so müssen nur Teilnehmende und Initiator:innen aktiv über die Umsetzung der Ergebnisse informiert werden) und sind zudem weitestgehend einmalig angelegt. So wurden zum Zeitpunkt der Rückmeldung der Vorarlberger Landesregierung einige Überlegungen zur Implementierung der Vorschläge erst auf deren Umsetzbarkeit geprüft.

5. Ergebnisse

Das folgende Kapitel präsentiert die Ergebnisse des empirischen Teils dieser Arbeit. **Kapitel 5.1** widmet sich der Auswertung des Fragebogens. Die Ergebnisse der Interviews werden in **Kapitel 5.2** dargestellt und abschließend zusammengefasst.

5.1. Auswertung der Umfrageergebnisse

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse des Fragebogens für Teilnehmende und Nicht-Teilnehmende der BR 4 bis 8 und 12 dargestellt und interpretiert. Die R-Outputs befinden sich, sofern nicht in diesem Kapitel enthalten, in **Appendix D (Tabelle 18-23)**.

5.1.1. Häufigste Gründe für eine Zusage/Absage

Im Fragebogen wurden mögliche Gründe für die Zusage (im Falle einer Teilnahme) sowie für eine Absage (im Falle einer Nicht-Teilnahme) mittels einer fünfstufigen Skala erfragt. In den vorliegenden Ergebnissen wurde die mit 0 („Weiß nicht“) beantworteten Angaben nicht berücksichtigt, um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Als Gründe für eine Zusage war die Zustimmung zur Aussage *„Ich bin der Ansicht, dass es meine Pflicht als Bürger ist, der Einladung zu folgen“* am stärksten ausgeprägt (3,91), knapp gefolgt von den Aussagen *„das Thema des Bürgerrates betrifft Menschen in meinem Umfeld, die mir wichtig sind“* (3,80), *„es ist eine Chance, um mich mit anderen auszutauschen, die meine Ansichten teilen“* (3,75), und *„das Thema des Bürgerrates betrifft mich und meine Familie direkt“* (3,72). Eine persönliche Bitte (2,71) sowie eine Ermutigung zur Teilnahme am Bürger:innenrat aus dem Umfeld (2,24) wurden von den Teilnehmenden als weniger wichtig erachtet (**Tabelle 6**).

Tabelle 6: Grad der Zustimmung zu den im Fragebogen vorgeschlagenen Gründen für eine Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (skaliert von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“) (n=79)

Gründe für Teilnahme	Meine Pflicht als Bürger:in	Direkte Betroffenheit	Umfeld betroffen	Chance mich auszutauschen	Wurde persönlich gebeten	Wurde zur Teilnahme ermutigt
Grad der Zustimmung	3,91	3,72	3,80	3,75	2,71	2,24
„Weiß nicht“-Angaben	1	2	2	1	2	3
„NA“-Angaben	1	1	1	1	2	2

Betrachtet man die Gründe für eine Nicht-Teilnahme, waren zeitliche Unabkömmlichkeiten am stärksten ausgeprägt (4,06), gefolgt von der Aussage *„Ich glaube nicht, dass ich einen wichtigen Beitrag hätte leisten können“* (2,58) und einem geringen Interesse am Thema (2,51). Weniger stark fielen finanzielle Gründe (1,26) sowie ein von der Teilnahme abratendes Umfeld (1,17) aus (**Tabelle 7**). Auffällig ist hier die hohe Anzahl an „weiß nicht“-Angaben. Die Aussagen zu diesen Punkten sollten somit mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden.

Tabelle 7: Grad der Zustimmung zu den im Fragebogen vorgeschlagenen Gründen für eine Nicht-Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (skaliert von 1= „stimme gar nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“ (n=524)

Gründe für Teilnahme	Zeitliche Unabkömmlichkeit	Finanzielle Gründe	Thema von geringem Interesse	Glaube nicht, dass ich einen Beitrag leisten hätte können.	Vom Umfeld abgeraten
Grad der Zustimmung	4,06	1,26	2,51	2,58	1,17
„Weiß nicht“-Angaben	81	139	128	132	148
„NA“-Angaben	4	4	4	4	4

Zeitmangel schien auch bei den offenen Antworten zu möglichen Absagegründen im Fragebogen der am häufigsten genannte Grund für eine Nicht-Teilnahme. Neben „Keine Zeit“ (6) wurden Pflegeverpflichtungen/Mutterschaft (2), Terminüberschneidungen (1), Schulungen (1) und bereits vorhandenes Engagement (1) angegeben. Eine weitere Rolle spielten Urlaub (3) und Auslandsaufenthalte (3), insbesondere beim im Juli abgehaltenen Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“. Zudem wurden der gesundheitliche Zustand (4), Schwangerschaft (1) sowie eine Sehbehinderung (1) als Absagegründe angegeben. Weitere Absagegründe waren die Distanz zum Abhaltungsort (3) und der fehlenden Besitz eines Autos (1) sowie eines Führerscheins (1). Zuletzt wurden die Scheu vor dem Thema des Bürger:innenrates (1) und die Angst, seine Meinung öffentlich zu machen (1), genannt. Drei Personen gaben an, die Einladung nicht erhalten zu haben, eine weitere Person meinte, die Bürger:innenräte für eine „Zeit- und Geldverschwendung“ zu halten.

5.1.2. Politisches Interesse, politisches Engagement und Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen

In der Folge wird der Zusammenhang zwischen dem politischen und gesellschaftlichen Engagement der Befragten, dem politischen Interesse und der Bereitschaft zur Partizipation in den „Vorarlberger Bürgerräten“ dargestellt. Die dazugehörigen R-Outputs werden, sofern nicht im Text enthalten, in **Tabelle 18** aufgelistet.

Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und politisches Engagement

Betrachtet man, inwieweit Mitgliedschaften in einzelnen Vereinen oder Organisationen einen Einfluss auf die Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ hatten, zeigt sich lediglich bei der Mitgliedschaft in einer politischen Partei ein leichter, jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanter Einfluss. Eine Mitgliedschaft in einem der anderen abgefragten Vereine und Organisationen (*in einer Gewerkschaft/ einem Berufsverband, einer Kirche oder Religionsgemeinschaft, einem Sport- oder Freizeitverein sowie bei einem anderen Verein*) schien für sich alleine keinen Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit gehabt zu haben.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den einzelnen im Fragebogen vorgeschlagenen Formen der politischen Partizipation: Hier zeigte nur die Kontaktaufnahme mit einem/einer Politiker:in einen signifikanten Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit ($p = 0.0126^*$). Die Teilnahme an einer *politischen Versammlung* und die *Äußerung von politischen Ansichten im Internet* zeigten einen leichten, jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanten Einfluss. Alle anderen vorgeschlagenen Formen der politischen Partizipation (*die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion, der [Nicht-]Kauf von Produkten aus ethischen oder politischen Gründen, die Teilnahme an einer Demonstration, das Spenden von Geld an gemeinnützige Organisationen sowie die Kontaktaufnahme mit den Medien*) schienen für sich alleine die Teilnahme nicht beeinflusst zu haben.

In weiterer Folge wurde untersucht, ob Personen, welche häufiger politisch partizipierten und sich in einer größeren Zahl an Vereinen engagierten, auch eine größere Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ aufwiesen. Das allgemeine politische Engagement sowie die Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen wurden unter Kontrolle des jeweils anderen Faktors betrachtet. Den Ergebnissen zufolge schien die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ durch die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen signifikant beeinflusst worden zu sein ($p = 0.0364^*$). Die politische Aktivität (gemessen an der Summe der im Fragebogen vorgeschlagenen politischen Handlungen, welche in den letzten 12 Monaten durchgeführt worden waren) schien einen Einfluss gehabt zu haben, dieser war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant. **Tabelle 8** zeigt den Einfluss der Anzahl der durchgeführten politischen Aktivitäten sowie der Summe an Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“.

Tabelle 8: Einfluss der Summe an politischen Aktivitäten in den letzten 12 Monaten sowie der Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n=603)

Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-2.49181	0.24643	-10.112	<2e-16 ***
Politische Aktivitäten	0.15190	0.08782	1.730	0.0837 .
Mitgliedschaften	0.24021	0.11482	2.092	0.0364 *
Signifikanz: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 '.' 1				

Politisches Interesse

Weiters wurde untersucht, inwieweit das politische Interesse der Befragten die Teilnahmebereitschaft an den „Vorarlberger Bürgerräten“ beeinflusste und inwieweit hier Wechselwirkungen mit dem allgemeinen politischen und sozialen Engagement der Befragten bestanden. Das allgemeine Interesse an Politik schien wie zu erwarten einen stark signifikanten Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft an den „Vorarlberger Bürgerräten“ ($p = 0.000271^{***}$) gehabt zu haben (**Tabelle 9**).

Tabelle 9: Einfluss des politischen Interesses auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n=603)

Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-3.6806	0.5242	-7.022	2.19e-12 ***
Politisches Interesse	0.5221	0.1434	3.642	0.000271 ***
Signifikanz: 0 **** 0.001 *** 0.01 * 0.05 . 0.1 ' ' 1				

Weiters zeigte sich ein stark signifikanter Einfluss des politischen Interesses auf die Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen ($p = 0.0000000429$ ***) und die politische Aktivität in den vorhergegangenen 12 Monaten ($p = 1.99e-14$ ***). Umgekehrt hatte sowohl die Summe an Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen ($p = 0.00000000247$ ***) als auch die politische Aktivität in den vorhergegangenen 12 Monaten ($p = 3.47e-14$ ***) einen stark signifikanten Einfluss auf das politische Interesse derselben (**Tabelle 18**). Das politische Interesse der Befragten, die politische Aktivität und das Engagement in Vereinen und Organisationen schienen somit stark zusammenzuhängen und die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme positiv zu beeinflussen.

5.1.3. Politisches Vertrauen, Einstellung zur Politik und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit

Das politische Vertrauen, die Einstellung zur Politik sowie das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit wurden durch die Zustimmung zu den in **Tabelle 10** dargestellten Aussagen hergeleitet.

Tabelle 10: Wortlaut und Bezeichnung der Aussagen 1-5

Aussage	Bezeichnung	„Weiß Nicht“	„NA“
„Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“	opin1	7	9
„Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“	opin2	3	7
„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“	opin3	21	8
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“	opin4	10	8
„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“	opin5	8	8

Es zeigte sich, dass die Zustimmung zu Aussage 3 („Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen“) einen stark signifikanten Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit hatte ($p = 0.0000000158$ ***). Bei allen anderen Aussagen war der Einfluss auf die Teilnahme nicht signifikant (**Tabelle 11**).

Tabelle 11: Einfluss der Zustimmung zu den Aussagen 1-5 auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n=603)

Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-4.67404	1.21184	-3.857	0.000115 ***
opin 1	0.13076	0.10243	1.277	0.201736
opin2	0.06461	0.16562	0.390	0.696478
opin3	0.45932	0.08125	5.653	0.0000000158 ***
opin4	-0.01838	0.08649	-0.212	0.831738
opin5	0.05012	0.09329	0.537	0.591092
Signifikanz: 0 **** 0.001 *** 0.01 * 0.05 . 0.1 ' ' 1				

Einfluss auf die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und die politische Aktivität in den vorhergegangenen 12 Monaten

In weiterer Folge wurde untersucht, inwieweit die Zustimmung zu den oben genannten Aussagen mit dem allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Engagement der Befragten zusammenhängen. Die dazugehörigen Outputs befinden sich in **Tabelle 19**.

Die Zustimmung zu Aussage 3 ($p = 0.000814$ ***) schien durch die Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen signifikant beeinflusst worden zu sein. Zudem hatte das Engagement in Vereinen und Organisationen einen signifikanten Einfluss auf Aussage 1 („*Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.*“) ($p = 0.0401$ *) und Aussage 2 („*Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.*“) ($p = 0.00129$ **). In Vereinen und Organisationen engagierte Personen trauten es sich demnach eher zu, auch in politischen Gruppen aktiv zu werden, und wiesen zudem einen höheren Grad an Vertrauen in politische Institutionen auf. Die allgemeine politische Aktivität der vorhergegangenen 12 Monate hatte ebenfalls einen signifikant positiven Einfluss auf die Zustimmung zu Aussage 3 ($p = 0.000814$ ***). Auch für die Aussagen 4 („*Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.*“) ($p = 0.0000177$ ***) und 5 („*Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.*“) ($p = 0.0000212$ ***) zeigte sich hier ein signifikant positiver Einfluss. Politisches Engagement in den vorhergegangenen 12 Monaten beeinflusste somit das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit positiv. Zudem trauten sich politisch engagierte Personen eher zu, in einer politischen Gruppe aktiv zu werden.

Aussage 3 schien umgekehrt einen stark signifikanten Einfluss auf das Engagement in Vereinen und Organisationen gehabt zu haben ($p = 0.0000434$ ***). Wer sich eher zutraute, in einer politischen Gruppe aktiv zu werden, schien somit häufiger in Vereinen und Organisationen tätig zu sein. Zudem wurde für Aussage 2 ein signifikanter Einfluss ($p = 0.00458$ **) auf die Anzahl an Mitgliedschaften gefunden. Weiters konnte bei Aussage 1 ein leichter, jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanter Einfluss ausgemacht werden. Auch ein hoher Grad an Vertrauen in die Politik schien sich demnach positiv auf die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen auszuwirken.

Hinsichtlich der politischen Aktivität der vorhergegangenen 12 Monate zeigte sich ebenfalls ein stark signifikanter Einfluss für die Zustimmung zu Aussage 3 ($p = 0.000000219$ ***) sowie ein signifikant negativer Einfluss für die Zustimmung zu Aussage 4 ($p = 0.0232$ *). Aussage 5 hatte ebenfalls einen leichten, auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanten, negativen Einfluss. Personen, welche es sich eher zutrauten, in einer politischen Gruppe aktiv zu werden und eher das Gefühl hatten, mit ihrem Engagement etwas erreichen zu können, schienen somit nicht nur öfter in Vereinen und Organisationen tätig zu sein, sondern auch eher politisch zu partizipieren.

5.1.4. Alter

Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Ergebnisse wurde der Einfluss des Alters auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit untersucht. Ein erster Vergleich der Bürger:innenräte hinsichtlich des mittleren Alters zeigte eine deutliche Abweichung des Bürger:innenrates „Jugend-Zukunft-Chancen“ (BR8) von den restlichen Bürger:innenräten (**Tabelle 12**). Dies entspricht den Erwartungen, da aufgrund des Themenschwerpunktes gezielt jüngere Bürger:innen angeschrieben worden waren (Oppold, 2016).

Tabelle 12: Durchschnittliches Alter der Teilnehmenden (TN) und Nicht-Teilnehmenden (N-TN) für die einzelnen „Vorarlberger Bürgerräte“ sowie das durchschnittliche Alter der Teilnehmenden aller Bürger:innenräte mit und ohne BR8 (n = 603; 524)

BR	4	5	6	7	8	12	Durchschnitt	Durchschnitt ohne BR8
Durchschnittliches Alter	50,3	47,3	50,3	50,0	36,0	46,7	46,3	49,2
Durchschnittliches Alter TN	53,6	49,1	49,3	54,6	36,1	51,5	47,8	51,4
Durchschnittliches Alter N-TN	50,0	47,1	50,5	49,6	36,0	44,5	46,0	48,9

Hinsichtlich des mittleren Alters, unter Ausschluss des BR8, zeigte sich nur ein minimaler Unterschied zwischen Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden. Vergleicht man jedoch die Altersverteilung der Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden aller Bürger:innenräte ohne BR8, zeigt sich unter den Teilnehmenden ein Peak im Alter von 45 bis 65 Jahren und eine geringere Teilnahmebereitschaft bei Personen unter 45 sowie bei Personen über 65. Unter den Nicht-Teilnehmenden zeigt sich eine gleichmäßigere Verteilung der verschiedenen Altersgruppen (**Abbildung 4**)

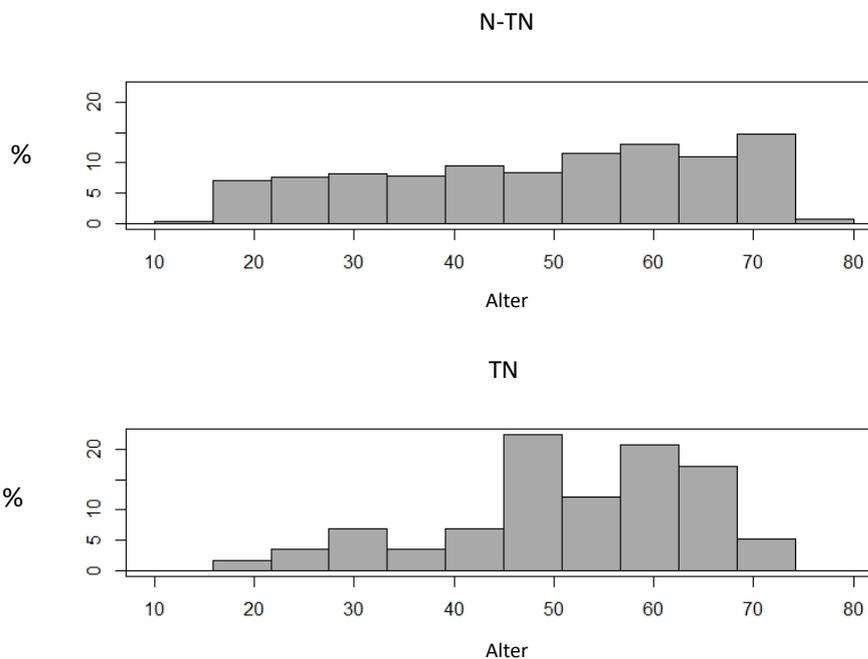


Abbildung 4: Unterschiede in der Altersverteilung bei Nicht-Teilnehmenden (n = 411) und Teilnehmenden (n = 59) der „Vorarlberger Bürgerräte“ 4-7 und 12

Eine Regression einzelner Altersgruppen (15 bis 25, 25 bis 35, 35 bis 45, 45 bis 55, 55 bis 65 und 65+) auf die Bereitschaft zur Teilnahme an den Vorarlberger Bürgerräten zeigt eine signifikant höhere

Teilnahmewahrscheinlichkeit von Personen aus den Altersgruppen 45 bis 55 und 55 bis 65, verglichen mit der Altersgruppe 15 bis 25. In allen anderen Altersgruppen konnte kein signifikanter Unterschied zur Referenzgruppe (15 bis 25) festgestellt werden (**Tabelle 13**).

Tabelle 13: Einfluss des Alters auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (Referenz = 15-25 Jahre) (n= 603)

Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-2.3775	0.3485	-6.823	8.92e-12 ***
25-35	0.3493	0.4843	0.721	0.4707
35-45	0.3626	0.5129	0.707	0.4796
45-55	0.9334	0.4246	2.198	0.0279 *
55-65	0.9334	0.4246	2.198	0.0279 *
65-75.1	-0.1875	0.5247	-0.357	0.7209
Signifikanzen: 0 *** 0.001 ** 0.01 * 0.05 . 0.1 . . 1				

In weiterer Folge wurden die einzelnen Altersgruppen auf Unterschiede hinsichtlich der Aussagen 1-5, des politischen und sozialen Engagements, des politischen Interesses, sowie der Wichtigkeit einzelner Absagegründe untersucht (**Tabelle 20**). Es zeigte sich, dass sich zwischen den einzelnen Altersgruppen weder das politische Interesse, die Anzahl an Mitgliedschaften noch die allgemeine politische Aktivität der vorhergegangenen 12 Monate signifikant unterschieden.

Zu den Aussagen 1-5 zeigten sich im Hinblick auf das Alter die folgenden Ergebnisse:

- Bei Aussage 1 („Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“) zeigten die Altersgruppen 35 bis 45, 45 bis 55 und 65+ ein signifikant höheres Maß an Zustimmung als die Referenzgruppe (15 bis 25) ($p = 0.04051$ *; $p = 0.00151$ **; $p = 0.00134$ **). Bei der Altersgruppe 55 bis 65 konnte nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ ein signifikanter Unterschied festgestellt werden.
- Hinsichtlich der Aussage 3 „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ zeigten nur die beiden letzten Altersgruppen (55 bis 65 und 65+) einen signifikant geringeren Grad an Zustimmung als die Referenzgruppe ($p = 0.04275$ *; $p = 0.00452$ **). Alle anderen Altersgruppen unterschieden sich beim Grad zu Zustimmung zu Aussage 3 nicht signifikant von dieser.
- Bei Aussage 4 „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ zeigte sich nur bei der Altersgruppe 55 bis 65 ein signifikant höherer Grad an Zustimmung ($p = 0.0326$ *), verglichen mit der Referenzgruppe.
- Die beiden letzten Altersgruppen (55 bis 65 und 65+) zeigten auch bei Aussage 5 „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ einen signifikanten Unterschied zur Referenzgruppe ($p = 0.0187$ *; $p = 0.0329$ *). Hier zeigte zudem die Altersgruppe 35 bis 45 einen leichten, jedoch nur auf dem Niveau 0,1 signifikanten höheren Grad an Zustimmung.
- Hinsichtlich der Aussage 2 („Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“) konnte kein signifikanter Unterschied zwischen den Altersgruppen festgestellt werden.

Diese Ergebnisse lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass sich ältere Personen seltener zutrauen, politische Geschehnisse aktiv zu beeinflussen, während jüngere Personen einen geringeren Grad an Vertrauen in politische Institutionen aufwiesen.

Betrachtet man die Gründe für eine Nicht-Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“, so zeigte sich, dass zeitliche Unabkömmlichkeiten für die Altersgruppe 65+ eine signifikant geringere Rolle als Absagegrund gespielt hatten ($p = 0.00202$ **), verglichen mit der Referenzgruppe. Zudem schien für die gleiche Gruppe ein von der Teilnahme abratendes Umfeld die Bereitschaft zur Teilnahme stärker zu beeinflussen als bei der Referenzgruppe ($p = 0.00479$ **). Hier zeigten auch 25 bis 35-Jährige einen leicht höheren, nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanten Grad an Zustimmung. Sowohl über 65-Jährige als auch 25 bis 35-Jährige stimmten zudem der Aussage „Ich glaube nicht, dass ich einen wichtigen Beitrag leisten hätte können“ in signifikant geringerem Ausmaß zu als 15 bis 25-Jährige ($p = 0.01113$ *, $p = 0.00648$ **). Die Altersgruppen 35 bis 45, 45 bis 55 und 55 bis 65 zeigten hier auch einen negativen, jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanten Einfluss.

Hinsichtlich einzelner Formen der politischen Partizipation zeigte sich, dass die Altersgruppen 35 bis 45, 45 bis 55, 55 bis 65 und 65+ eher dazu neigten, Geld für politische oder soziale Zwecke gespendet zu haben ($p = 0.024652$ *; $p = 0.005982$ **; $p = 0.006194$ **; $p = 0.00000577$ ***) als die Gruppe der unter 25-Jährigen. Zudem hatten die ältesten drei Gruppen (45 bis 55, 55 bis 65 und 65+) mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit politische Ansichten im Internet geäußert als die Referenzgruppe ($p = 0.0149$ *; $p = 0.0299$ *; $p = 0.0308$ *). Über 65-Jährige neigten zudem seltener dazu, an Unterschriftenaktionen teilzunehmen ($p = 0.0213$ *), während 35 bis 45-Jährige mit höherer Wahrscheinlichkeit Produkte aus ethischen oder politischen Gründen gekauft oder gemieden hatten ($p = 0.036$ *). Eine Kontaktaufnahme mit Politiker:innen war von Personen zwischen 55 und 65 Jahren etwas wahrscheinlicher vorgenommen worden. Dieser Effekt war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant.

5.1.5. Geschlecht

Bei den Bürger:innenräten zeigte sich hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft ein klarer Unterschied zwischen den Geschlechtern. So waren unter den Teilnehmenden, welche die Fragebögen beantwortet hatten, 34 Frauen (43%) und 44 Männer (56%) vertreten. Eine Person machte keine Angabe zum Geschlecht. Unter den Nicht-Teilnehmenden zeigte sich ein umgekehrter Trend: Hier waren 55% (288) weiblich und 43% (225) männlich, mit 11 Personen ohne Angabe des Geschlechtes. Der Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ bildet eine Ausnahme: Im Gegensatz zu den anderen Bürger:innenräten gab es hier mit 12 Frauen (60%) und 8 Männern (40%) mehr weibliche als männliche Teilnehmende.

Abbildung 5 bildet das Geschlechterverhältnis der Teilnehmenden für die einzelnen Bürger:innenräte ab. Hierbei waren nur die Teilnehmenden berücksichtigt worden, welche den Fragebogen ausgefüllt

hatten. Die Abweichungen der Zahlen in der Grafik von den oben genannten Zahlen für den Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ erklären sich dadurch, dass nur 17 der 20 Teilnehmenden den Fragebogen ausgefüllt hatten.

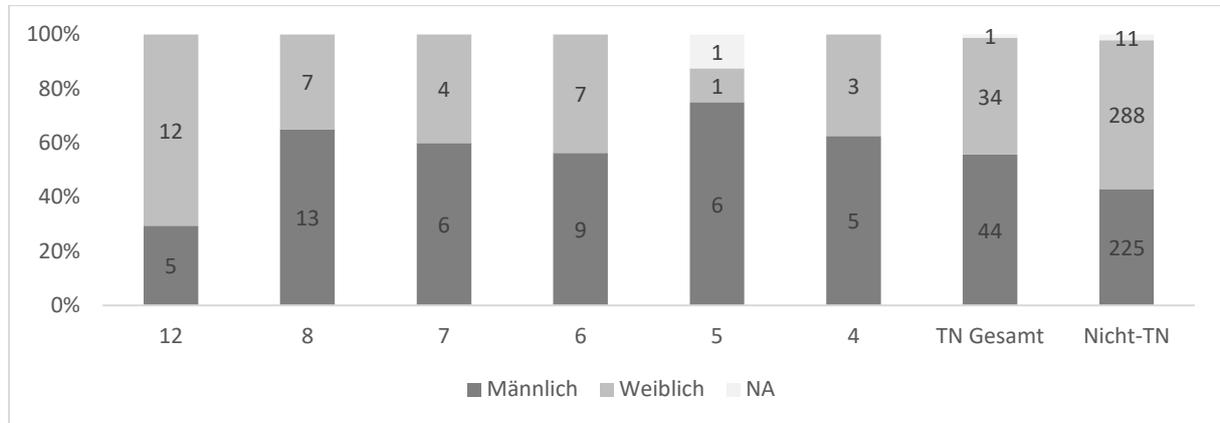


Abbildung 5: Geschlechterverteilung in den „Vorarlberger Bürgerräten“.

Die Outputs zu geschlechtsspezifischen Unterschieden zu den unten genannten Punkten befinden sich in **Tabelle 21**. Betrachtet man die allgemeinen Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der politischen Partizipation unter den Befragten, so fällt auf, dass Männer im Schnitt einen höheren Grad an politischem Interesse zeigten ($p = 0.00000268^{***}$) und eine höhere Zahl an Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen aufwiesen ($p = 0.00225^{**}$). Die allgemeine politische Aktivität in den vorhergegangenen 12 Monaten schien sich zwischen den Geschlechtern jedoch nicht signifikant zu unterscheiden. Es zeigte sich zudem, dass Männer in den vorhergegangenen 12 Monaten eher mit Politiker:innen Kontakt aufgenommen hatten ($p = 0.00928^{**}$) sowie an einer politischen Versammlung teilgenommen hatten ($p = 0.0103^{*}$). Frauen schienen etwas häufiger Produkte aus ethischen oder politischen Gründen gekauft oder gemieden zu haben, hier konnte jedoch nur eine Signifikanz auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ nachgewiesen werden. Bei den anderen vorgeschlagenen Arten der politischen Partizipation zeigt sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern. Hinsichtlich der Geschlechtsunterschiede bei der Zustimmung zu Aussage 1-5, zeigt sich, dass Männer der Aussage „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen“ viel eher zustimmten als Frauen ($p = 2.37e-12^{***}$). Frauen zeigten wiederum einen höheren Grad an Zustimmung bei der Aussage „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ Letzteres war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant. Bezogen auf einzelne Absagegründe für die Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ zeigte sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern.

5.1.6. Bildung

Betrachtet man den Bildungsabschluss der Teilnehmenden der „Vorarlberger Bürgerräte“, so zeigt sich, dass Personen mit einem Fachschulabschluss (18) und einem Hochschulabschluss (18) am häufigsten

vertreten waren, gefolgt von Personen mit einem Lehrabschluss (17). 11 der Teilnehmenden hatten eine Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss angegeben, 10 Personen hatten einen Maturaabschluss. Vier der Teilnehmenden gaben an, eine Pflichtschule absolviert zu haben, eine Person hatte die Option „Anderes“ angekreuzt. Unter den Nicht-Teilnehmenden war ein Lehrabschluss der am häufigsten angegebene Bildungsabschluss (131), gefolgt von einem Fachschulabschluss (97), einer Matura (96) und einem Hochschulabschluss (90). Ein Pflichtschulabschluss (58) und eine Meisterprüfung (35) waren etwas seltener vertreten. Eine Person gab an, keinen Abschluss zu haben und fünf Personen hatten etwas anderes angegeben (**Abbildung 6**). Die Faktorstufen „Anderes“ und „Kein Abschluss“ wurden zwar der Vollständigkeit halber in den folgenden Regressionsmodellen inkludiert, werden aber aufgrund der geringen Fallzahl bei der Darstellung und Interpretation der Ergebnisse nicht weiter berücksichtigt.

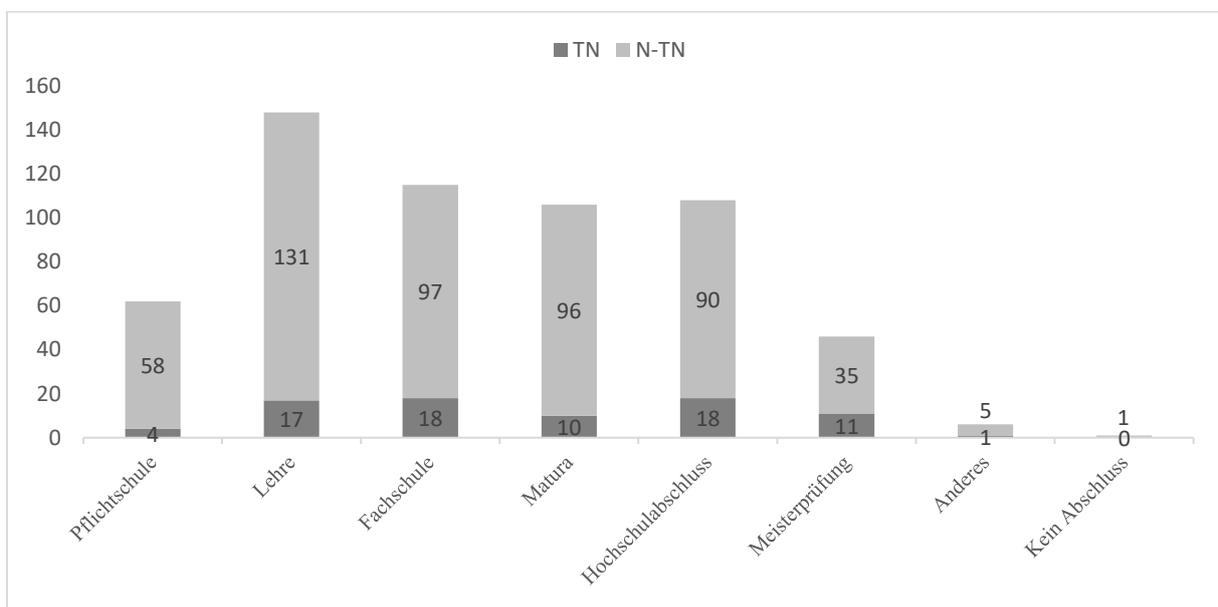


Abbildung 6: Höchste Bildungsabschlüsse der Teilnehmenden und Nicht-Teilnehmenden der „Vorarlberger Bürgerräte“

Bezogen auf den Bildungsgrad zeigte sich bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ kein eindeutiges Bild. Verglichen mit Personen mit einem Pflichtschulabschluss schienen Personen mit einer Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss signifikant häufiger an den „Vorarlberger Bürgerräten“ teilzunehmen ($p = 0.0147$ *). Personen mit einem Hochschulabschluss und einem Fachschulabschluss wiesen ebenfalls eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit auf, dieser Effekt war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant (**Tabelle 14**).

Tabelle 14: Einfluss des höchsten Bildungsabschlusses auf die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (Referenz: Pflichtschulabschluss) (n = 603)

Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-2.6741	0.5170	-5.173	0.00000023 ***
Lehre	0.6322	0.5777	1.094	0.2738
Fachschule	0.9898	0.5772	1.715	0.0863 .
Matura	0.4124	0.6145	0.671	0.5022
Hochschulabschluss	1.0647	0.5778	1.843	0.0654 .
Meisterprüfung	1.5167	0.6219	2.439	0.0147 *
Signifikanz: 0 **** 0.001 *** 0.01 ** 0.05 * 0.1 . 1				

Die Outputs zu den in weiterer Folge präsentierten Ergebnissen werden in **Tabelle 22** aufgelistet.

Im Hinblick auf das politische Interesse sowie auf das allgemeine gesellschaftliche und politische Engagement der Befragten zeigte sich hierbei ein weitaus deutlicherer Trend: Betrachtet man das politische Interesse der Befragten, so zeigte sich, dass insbesondere Personen mit einem Hochschulabschluss stark signifikant höhere Werte aufwiesen als die Referenzgruppe (Pflichtschulabschluss) ($p = 0.00000754$ ***). Personen mit einem Maturaabschluss ($p = 0.00399$ **), einer Meisterprüfung ($p = 0.02907$ *) und einem Fachschulabschluss ($p = 0.01154$ *) wiesen ebenfalls einen signifikant höheren Grad an politischem Interesse auf. Bei Personen mit einem Lehrabschluss konnte kein signifikanter Unterschied zur Referenzgruppe festgestellt werden. Hinsichtlich der Summe an Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen zeigte sich ebenfalls bei Personen mit einem Hochschulabschluss ($p = 0.00221$ **), einer Meisterprüfung ($p = 0.00438$ **), einem Maturaabschluss ($p = 0.01168$ *), sowie einem Fachschulabschluss ($p = 0.02004$ *) ein signifikanter Unterschied zu der Referenzgruppe. Personen mit einem Lehrabschluss zeigten hier wieder keinen signifikanten Unterschied zur Referenzgruppe. Weiters hatten Personen mit einem Hochschulabschluss ($p = 0.000000373$ ***) und einem Maturaabschluss ($p = 0.000049749$ ***) in den vorhergegangenen 12 Monaten eher an einer größeren Zahl an politischen Partizipationsmethoden teilgenommen.

Hinsichtlich der Aussagen 1-5 zeigte sich ein ähnliches Bild: So schienen insbesondere Personen mit einem Hochschulabschluss, jedoch auch Personen mit einem Maturaabschluss und einer Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss bei Aussage 3 („*Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.*“) einen signifikant höheren Grad an Zustimmung aufzuweisen als die Referenzgruppe ($p = 0.0000173$ ***, $p = 0.0449$ *, $p = 0.0387$ *). Gleichzeitig stimmten Personen mit einem Hochschulabschluss und einem Maturaabschluss Aussage 4 „*Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.*“ in einem signifikant geringeren Ausmaß zu ($p = 0.00643$ ***, $p = 0.01811$ *). Zudem hatte ein Hochschulabschluss sowie ein Maturaabschluss einen stark signifikanten, negativen Einfluss auf die Zustimmung zu Aussage 5 („*Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.*“) ($p = 0.00000000394$ ***, $p = 0.00000586504$ ***). Auch Personen mit einer Meisterprüfung und einem Fachschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss schienen Aussage 5 signifikant seltener zuzustimmen als die Referenzgruppe ($p = 0.00177$ ***, $p = 0.00596$ **).

Bezogen auf einzelne Absagegründe schienen Personen mit einem Hochschulabschluss wesentlich häufiger zeitliche Unabkömmlichkeiten als Absagegrund zu nennen, verglichen mit der Referenzgruppe. Finanzielle Gründe spielten für Personen mit einem Hochschulabschluss und einem Maturaabschluss erwartungsgemäß eine geringere Rolle ($p = 0.0066$ **, $p = 0.0112$ *). Auch für Personen mit einer Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss waren diese weniger ausschlaggebend für eine Absage, dieser Effekt war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant. Für Personen mit einem Hochschulabschluss spielte zudem ein mangelndes Interesse am Thema ($p = 0.0212$

*) und ein mangelnder Glaube daran, im Bürger:innenrat einen wichtigen Beitrag leisten zu können ($p = 0.0442$ *), eine signifikant geringere Rolle als Absagegrund als bei der Referenzgruppe. Auch Personen mit einer Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss glaubten seltener, im Bürgerrat keinen wichtigen Beitrag leisten zu können ($p = 0.0298$ *), jedoch spielte für diese ein von der Teilnahme abratendes Umfeld eine signifikant größere Rolle als für die Referenzgruppe ($p = 0.0108$ *).

Hinsichtlich einzelner Formen der politischen Partizipation hatten Personen mit einem Hochschul- und Maturaabschluss in den vorhergegangenen 12 Monaten mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit Produkte aus politischen Gründen (nicht) gekauft ($p = 0.000000373$ ***, $p = 0.000049749$ ***), an einer Unterschriftenaktion ($p = 0.000909$ ***, $p = 0.006430$ **) sowie an einer Demonstration ($p = 0.0166$ *, $p = 0.0469$ *) teilgenommen.

5.1.7. Migrationshintergrund

Betrachtet man die Teilnahmebereitschaft im Hinblick auf das Vorhandensein einer Migrationsgeschichte, so zeigt sich, dass 22,6% (12) der Befragten mit im Ausland geborenen Eltern und 14,1% (10) der selbst im Ausland geborenen Befragten einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ zugestimmt hatten, verglichen mit 12,2% (57) bei Personen ohne Migrationshintergrund (**Abbildung 7**).

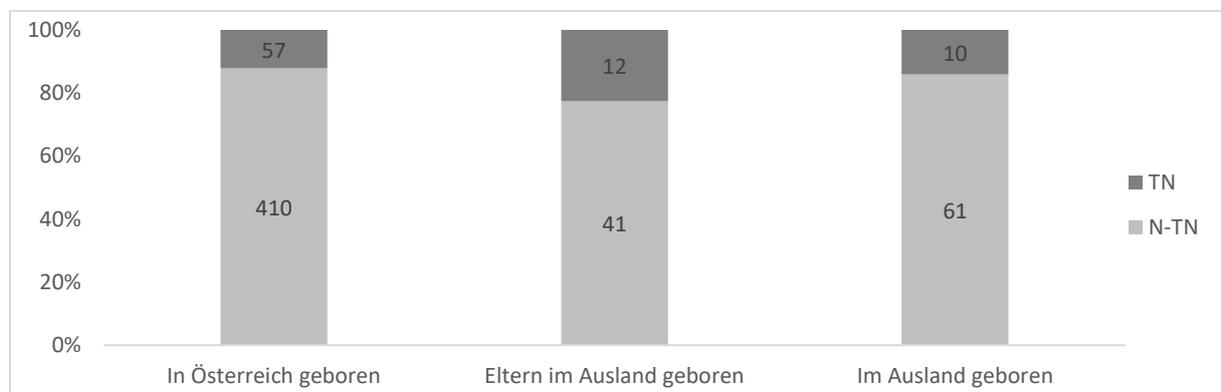


Abbildung 7: Anteil der Teilnehmenden/Nicht-Teilnehmenden unter den Befragten ohne Migrationshintergrund, mit im Ausland geborenen Eltern und selbst im Ausland geborenen Personen

Von den Befragten mit im Ausland geborenen Eltern wurden 16 verschiedene Herkunftsländer angegeben, unter welchen Deutschland (12), Italien (8) und die Türkei (7) am häufigsten vertreten waren. Von den im Ausland geborenen Personen, von welchen 20 verschiedene Herkunftsländer genannt worden waren, wurde Deutschland mit Abstand am häufigsten angegeben (32), gefolgt von der Türkei (10) und Bosnien (4) (**Tabelle 15**). Aufgrund der großen Zahl an Herkunftsländern war es nicht möglich, einzelne Länder getrennt voneinander zu betrachten. In den nachfolgenden Tests wurden somit nur die Kategorien „In Österreich geboren“, „In Österreich geboren, aber Eltern im Ausland geboren“ und „im Ausland geboren“ berücksichtigt. Diese Einordnung ist selbstverständlich stark vereinfachend und kann keine für alle genannten Länder gleichermaßen gültigen Aussagen darstellen.

Tabelle 15: Liste der von den Befragten angegebenen Herkunftsländer

	Eltern im Ausland geboren		Im Ausland geboren	
1	Deutschland	12	Deutschland	32
2	Italien	8	Türkei	10
3	Türkei	7	Bosnien	4
4	Serbien	4	Schweiz	3
5	Schweiz	4	USA	2
6	Slowenien	2	Serbien	2
7	Tschechien	2	Italien	2
8	Kroatien	2	Tschechien	2
9	Ungarn	2	Slowenien	1
10	USA	1	Italien	1
11	Dominikanische Republik	1	Frankreich	1
12	Australien	1	Südafrika	1
13	Schweden	1	Russland	1
14	Niederlande	1	Thailand	1
15	Großbritannien	1	Belgien	1
16	Griechenland	1	Ukraine	1
17			Polen	1
18			Großbritannien	1
19			Rumänien	1
20			Litauen	1

Tabelle 23 gibt einen Überblick über die in der Folge angeführten die R-Outputs. Betrachtet man die allgemeine politische Aktivität der Befragten, so schienen im Ausland geborene Personen in einer etwas geringeren Zahl in Vereinen und Organisationen aktiv zu sein, verglichen mit Personen ohne Migrationshintergrund ($p = 0.0219$ *). Personen mit im Ausland geborenen Eltern schienen jedoch in den vorhergegangenen 12 Monaten mehr Formen der politischen Partizipation genutzt zu haben. Dieser Effekt war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant. Die gleiche Gruppe zeigte zudem einen etwas geringeren, auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikanten, Grad an politischem Interesse, verglichen mit der Referenzgruppe.

Hinsichtlich der einzelnen Formen der politischen Partizipation zeigte sich, dass Menschen mit im Ausland geborenen Eltern in den vorhergegangenen 12 Monaten eher Kontakt mit einem/einer Politiker:in aufgenommen hatten ($p = 0.0284$ *). Zudem hatten Vertreter:innen der gleichen Gruppe etwas wahrscheinlicher politische Ansichten im Internet geäußert. Dieser Effekt konnte jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ nachgewiesen werden.

Bezogen auf die im Fragebogen vorgeschlagenen Absagegründe konnte kein Unterschied zwischen den drei Gruppen nachgewiesen werden. Hinsichtlich der Aussagen 1-5 zeigten im Ausland geborene Personen einen signifikant höheren Grad Zustimmung zu der Aussage: „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ ($p = 0.00209$ **). Personen mit im Ausland geborenen Eltern stimmten etwas häufiger der Aussage „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht“ zu. Dieser Effekt war jedoch nur auf dem Niveau $\alpha = 0,1$ signifikant.

5.2. Auswertung der Interviews

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Interviews dargestellt. Eine Tabelle mit sämtlichen gefundenen Codes und der Anzahl an Personen, welche sich zu den jeweiligen Themen geäußert hatten, findet sich in **Appendix B. Tabelle 16** gibt eine Übersicht über die befragten Personen. Von den 11 Interviewpartner:innen hatten nur vier Personen vor dem Gespräch etwas von den „Vorarlberger Bürgerräten“ gehört. Nur einer davon gab an, vor dem Interview auch über Ablauf und Ziel eines Bürger:innenrates Bescheid gewusst zu haben.

Tabelle 16: Hintergrundinformationen zu den interviewten Personen

IP	Alter	Geschlecht	Beschäftigung	Höchster abgeschlossener Bildungsgrad	Migration*	Durchführung des Interviews
IP1	32	w	?	Studium (Master)	1	9.4.2022
IP2	27	w	Gemeindebedienstete	Matura und Ing.	1	7.5.2022
IP3	16	w	Schülerin	Pflichtschule (Schülerin)	2 (CHL)	9.4.2022
IP4	17	w	Schülerin	Pflichtschule (Schülerin)	1	24.5.2022
IP5	22	w	Pädagogin	Dipl. Sozialpädagogin	1	17.4.2022
IP6	35	m	Landesbediensteter	Studium (Master)	1	11.4.2022
IP7	42	m	Geschäftsführer	Studium (Bachelor)	1	21.4.2022
IP8	22	m	Vermögensberater	Matura	2 (TUR)	17.7.2022
IP9	36	m	Betriebslogistikkaufmann	Lehre	1	26.4.2022
IP10	24	m	Student	Studium (Bachelor)	1	13.7.2022
IP11	32	w	Pädagogin	Studium (Master)	3 (DE)	19.4.2022

* 1 = In Österreich geboren 2 = Eltern im Ausland geboren 3= Im Ausland geboren

In der Folge werden die Antworten der Interviewpartner:innen dargestellt. Die Anzahl der Personen, welche sich zu einem Thema geäußert hatten, wird, sofern nicht im Text erwähnt, in Klammern angegeben.

5.2.1. Positive Aspekte

Die Idee der „Vorarlberger Bürgerräte“ wurde von allen Teilnehmenden weitgehend positiv aufgenommen. Es wurden von sechs Interviewpartner:innen, vier Personen unter 30 und zwei Personen über 30, Themen angesprochen, welche in der Auswertung unter dem Punkt „verbesserte Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung“ zusammengefasst wurden. So wurde gelobt, dass nach der „Meinung der Bevölkerung gefragt“ wurde (3), und diese auch eher gehört wurde (1). Die Bürger:innenräte böten eine Möglichkeit mitzureden (3), und Entscheidungsträger:innen könnten auch eher erreicht werden (1).

„Ich meine, zu wissen, dass man innerhalb des – ich sage jetzt einfach mal – des kleinen Volkes – also diejenigen, die jetzt eigentlich nicht sehr viel mitbestimmen dürften – dass man da mal seine Meinung kundtun dürfte, ist gut. Und wenn man auch weiß, es hat Potenzial dann auch die wichtigen Leute zu erreichen, das ist toll.“ (IP8, U30, Z 17-21)

Von vier Interviewpartner:innen, von drei über 30-Jährigen sowie von einer unter 30-Jährigen wurden auch Aspekte angesprochen, die sich unter den Sammelbegriff einer verbesserten politischen Teilhabe zusammenfassen lassen. Zwei Interviewpartner:innen sprachen die Möglichkeit, mitzuentcheiden, an:

„Ich bin ein großer Fan von Demokratie und wenn man sich im Vorfeld schon so ein gewisses Recht rausnehmen kann, Entscheidungen für die Bevölkerung zu treffen [...]. Also ich bin der Meinung, das gehört gefördert, ja.“ (IP9, Ü30, Z 23-26)

Einem Interviewpartner zufolge werde in den Bürger:innenräten „*Partizipation gelebt*“ (IP7, Ü30, Z 16), die „Vorarlberger Bürgerräte“ seien ein „*wichtiges demokratisches Instrument*“ für die dortige Bevölkerung (IP7, Ü30, 31-33). Eine Interviewpartnerin hob zudem die Möglichkeit, sich abseits von Wahlen einzubringen, hervor. Die Bürger:innenräte seien zudem „nochmal mehr“ als Letzteres:

„Also ich darf ja jetzt wählen, seit ich 16 bin, aber es hat irgendwie keine Wahl mehr gegeben, darum das finde ich schon gut, dass man mit den Politikern mitreden kann. Aber ich finde das, was du da vorstellst, das ist halt nochmal irgendwie ein bisschen mehr. Man kann sich da mit Politik beschäftigen und ich denke, eigentlich ist das voll cool, weil Politik ist doch ein wichtiges Thema.“ (IP4, U30, Z 72-76)

Positiv äußerten sich drei Teilnehmende zudem zum Losverfahren. So könne man durch dieses etwa Personen erreichen, welche weniger proaktiv an politische Partizipation herangingen (IP6, Ü30, Z 15-1). Gelobt wurde zudem, dass versucht würde, auf die Meinung der Bevölkerung zu hören (2). Ein Interviewpartner befand die Bürger:innenräte zudem als niederschwelliges Partizipationsinstrument.

5.2.2. Negative Aspekte

Von sieben Personen wurde die Repräsentativität der „Vorarlberger Bürgerräte“ in Frage gestellt. Fünf Personen (vier Personen unter 30 und eine Person über 30) sprachen an dieser Stelle das Thema Repräsentativität direkt an. Ein Interviewpartner befürchtete, dass an den Bürger:innenräten besonders interessierte Personen teilnehmen könnten, wodurch ein nicht der Mehrheit entsprechendes Ergebnis entstehen könnte:

„Ja, auf einer Seite ist es eh klar, dass es freiwillig sein muss, aber natürlich führt das wahrscheinlich wieder dazu, dass eh Leute, denen die Thematik wichtig ist, natürlich teilnehmen werden, oder andere, die doch vielleicht Ideen hätten oder die vielleicht einen Großteil der Bevölkerung abbilden, dann nicht teilnehmen, weil die vielleicht andere Sachen interessieren“ (IP6, Ü30, Z 21-24)

Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang von einem über 30-Jährigen zudem die Gefahr, dass im Bürger:innenrat eine politische Farbe zu stark vertreten sein könnte. Ein anderer Interviewpartner (unter

30) befürchtete, dass die Bürger:innenräte bei einer nicht-repräsentativen Zusammensetzung genutzt werden könnten, um Eigeninteressen in die politische Agenda zu drängen. Zuletzt könne man mit der Zufallsauswahl nicht sicherstellen, dass eine repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmenden zustande komme (2).

Von fünf Personen wurden Punkte angesprochen, welche direkt oder indirekt die mangelnde Verpflichtung zur Umsetzung der Vorschläge thematisierten. Einer der Befragten fand es „*ein bisschen schade, dass es [der Bürger:innenratsprozess, die Ergebnisse] nicht mehr involviert wird in Entscheidungsprozesse*“ (IP7, Ü30, Z 17-18). Weiters wurde von zwei der Befragten (unter und über 30) befürchtet, dass nur jene Dinge umgesetzt würden, welche von den Entscheidungsträger:innen gewollt würden. Oft sei es so, dass man versuche, „*der Bevölkerung das Gefühl zu geben, dass sie dabei sind, dass man auf sie hört, aber eigentlich muss man es dann eh nicht, und man setzt eigentlich immer das um, was man möchte*.“ (IP 10, U30, Z 34-36). Eine weitere Interviewpartnerin (unter 30) äußerte Bedenken, dass eine mangelnde Umsetzung zu Enttäuschung führen könnte. Andere negative Aspekte, welche angesprochen wurden, waren das fehlende Wissen „gewöhnlicher Bürger:innen“ (2), mangelnde Transparenz nach außen (1) sowie mögliche Schwierigkeiten, Teilnehmende aufzutreiben (1). Ein Interviewpartner war zudem der Meinung, es gebe ein Kommunikationsproblem zwischen den Generationen. Hier müsse sich „*zuerst mal vorab ein Kommunikationskanal finden, sodass ein 16-Jähriger mit einem 75-Jährigen am Tisch sitzen und gemeinsam über was reden kann*.“ (IP9, Ü30, Z 69-71).

Neben den eindeutig positiv oder negativ bewerteten Punkten hoben die Interviewpartner:innen die Wichtigkeit einer heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmenden (1), einer gleichmäßigen Altersverteilung (1) sowie gegenseitiger Wertschätzung (1) hervor.

5.2.3. Mögliche Absagegründe

Hinsichtlich der eigenen Bereitschaft zur Teilnahme reagierten manche der Befragten zögerlich, der größere Teil zeigte sich jedoch durchaus bereit zu einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“.

Als Grund für eine mögliche Teilnahme gab einer der Befragten an, er finde die Bürgerräte wichtig (IP6, Ü30, Z 46-47), eine andere Interviewpartnerin meinte, sie finde es „*cool, dass es die Möglichkeit gibt*“ (IP4, U30, Z 38), eine andere Teilnehmende meinte, eine Teilnahme würde sie reizen, da sie eine „*recht politische Ausbildung*“ (IP11, Ü30, Z 63-67) habe.

Anlehnend an Verba, et al. (1995a) wurden die Aussagen der Befragten zu möglichen Absagegründen in die Kategorien „*They can't*“, „*They don't want to*“ und „*Nobody asked*“ eingeteilt und Aussagen der ersten Kategorie nach Möglichkeit danach untergliedert, ob sie im Zusammenhang mit zeitlichen Ressourcen, finanziellen Ressourcen und *civic skills* stehen. Als mögliche Gründe für eine Nicht-Teilnahme wurden von den Befragten die nachfolgenden Punkte angesprochen.

„They can't“

Mögliche Absagegründe, welche unter die Kategorie „*They can't*“ fallen, wurden insgesamt von 10 der 11 befragten Personen getätigt. Sieben Interviewpartner:innen, vier unter 30-Jährige und drei über 30-Jährige, nannten zeitliche Gründe als mögliche Teilnahmehürde. Eine Person wies in diesem Zusammenhang auf den Zeitaufwand (etwa durch die Anfahrt) hin, drei weitere Interviewpartner:innen sahen Terminkollisionen als möglichen Absagegrund. Zuletzt meinte eine Person, oft gehe es sich nicht mehr aus, „*wenn man jetzt halt neben dem [den Bürgerräten] noch Schule, Beruf, Studium hat*“ (IP3, U30, Z 24-25). Neben zeitlichen Gründen wurde von jeweils zwei Personen über 30 zudem Krankheit und Urlaub als mögliche Absagegründe angegeben.

Größere Unterschiede zwischen über und unter 30-Jährigen finden sich bei Aussagen, welche im Zusammenhang mit civic skills stehen: Diese wurden von sechs unter 30-Jährigen und einem über 30-Jährigen getätigt. Vier Personen, drei unter 30-Jährige sowie ein über 30-Jähriger, gaben an, dass ihnen möglicherweise das Wissen oder der Weitblick fehle, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Dieser Punkt wurde von drei Befragten auch mit Bezug auf bestimmte Themen angesprochen:

„Es kommt drauf an, was für Themen da besprochen werden. Zum Beispiel jetzt bei Umweltschutz: eher ja. Und jetzt bezogen auf den Krieg, also den Ukrainekrieg, würde ich jetzt eher nicht [teilnehmen], weil da habe ich jetzt nicht so viele Informationen und halt ... ich will da nicht solche großen Entscheidungen treffen, welche vielleicht gar nicht gut sind.“ (IP3, U30, Z 16-19)

Ein Befragter befürchtete zudem, dass es ihm an Erfahrung mangle und er nicht wisse, wie er sich einleben solle:

„Ich meine, wenn ich darum gebeten worden würde und die Leute das wollen würden, dass ich das tue, klar, sicher, gerne. Von mir aus persönlich wüsste ich das nicht, ob ich das machen will. Die Politik ist ein heißes Eisen und ich weiß nicht, ob man dann sofort Fußstapfen hineinsetzen will, aber wenn ich es machen soll, würde ich das schon machen, nur ich wüsste halt nicht, wie genau ich mich da einleben soll, denn das wäre komplett Neuland für mich.“ (IP8, U30, Z 43-47)

Zuletzt gab eine Interviewpartnerin an, Schwierigkeiten damit zu haben, andere Personen zu überzeugen:

„Also, ich bin... Ich kann schon Leute überzeugen, aber ich bin jetzt nicht so eine, die jemanden so gut überreden kann, so halt ihn davon überzeugen und ja, das ist für mich, glaube ich, ein bisschen kritisch.“ (IP4, U30, Z 43-45)

Zuletzt erwähnte ein Interviewpartner, dass er vor einer Teilnahme vermutlich erst überlegen hätte müssen, da er zuvor noch nie davon gehört hatte (IP10, U30, Z 56-59).

„They don't want to“

Aussagen, welche im weitesten Sinne der Kategorie „They don't want to“ zugeordnet werden können, wurden von drei Interviewpartner:innen, einer Person unter 30 und zwei Personen über 30, getroffen. Von allen drei Personen wurden Aspekte angesprochen, welche unter den Begriff „mangelndes Interesse“ zusammengefasst werden können: Eine Person (unter 30) gab direkt mangelndes Interesse als möglichen Mitgrund für eine Absage an. Eine weitere Person nannte „*ein Thema, das mich überhaupt nicht tangiert*“, sowie eine weite Wegstrecke als möglichen Absagegrund (IP7, Ü30, Z 31-33). Ein Befragter über 30 meinte, er sei ohne Themen, mit denen man sich aktiv einbringe:

„Ich bin halt nicht politisch aktiv und denk mir halt auch... Ich weiß nicht, aber ich bin keiner, der das unbedingt so will und denkt: ‚Meine Meinung muss jetzt, was weiß ich, gehört werden!‘“
(IP6, Ü30, Z 38-40)

Mangelndes Selbstbewusstsein/Selbstvertrauen

Von drei Personen unterschiedlichen Alters wurden Themen angesprochen, welche sich unter dem Überbegriff „mangelndes Selbstbewusstsein/Selbstvertrauen“ zusammenfassen lassen. Nachdem diese Aspekte weder eindeutig der Kategorie „they can't“ oder „they don't want to“ zuordnen lassen, wurden diese separat kategorisiert. Ein Befragter über 30 sprach mangelndes Selbstbewusstsein als Absagegrund direkt an. Eine Interviewpartnerin (unter 30) meinte zudem, sie sei eine schüchterne Person und täte sich schwer, Personen zu zeigen, was sie meine (IP4, U30, Z 43-45). Von einer Befragten wurde weiters die Angst angesprochen, dass die eigene Meinung nicht ernst genommen werden könnte:

„Vielleicht auch die Sorge, zu wenig zu wissen oder vielleicht auch die Angst, dass die eigene Meinung nicht gehört wird, nicht ernst genommen wird, nicht umgesetzt wird.“ (IP5, U30, Z 43-45)

5.2.4. Wichtige Themen

Den Teilnehmenden beider Altersgruppen waren soziale Themen (8) wichtig, etwa leistbares Wohnen in Vorarlberg (2), Anti-Rassismus (2) und feministische Themen (2). Zudem sprach ein Interviewpartner das Thema „chronische Erkrankungen“ sowie LGBTIQ*-Themen an. Eine Interviewpartnerin erwähnte das Thema Migration, von einer anderen wurde das Thema Schulsystem und Notenvergabe aufgegriffen. Zudem wurde von einer Befragten das Thema Frieden (in Bezug auf den Russland-Ukraine-Krieg) erwähnt. Fünf Personen sprachen über Umweltthemen. Zwei der Befragten erwähnten Bebauung und Flächenfraß, Auch die Themen Klimaschutz (1) und nachhaltiger Verkehr (1) wurden angeschnitten. Eine Interviewpartnerin war sich unsicher, ob sie zu Umweltthemen den notwendigen Weitblick habe.

Das Thema Verkehr wurde auch in einem allgemeineren Kontext angesprochen: So wurde das Thema „Verkehrsberuhigung“ und „öffentliche Anbindung“ von jeweils einer Person angesprochen. Ein Interviewpartner äußerte zudem den Wunsch nach mehr Grünflächen innerhalb der Gemeinden.

Eine Interviewpartnerin sprach zudem das Thema Finanzen in Bezug auf öffentliche Gelder an. Zwei weitere Befragte nannten Tierschutz als ihnen wichtiges Thema, wobei eine Person dieses Thema im Kontext zur Fleischproduktion ansprach. Einer der Befragten meinte, er habe noch nie wirklich darüber nachgedacht, was ihm am Herzen liege. Zuletzt war ein Interviewpartner der Meinung, ihm seien indirekt alle Themen wichtig, welche für andere von Interesse seien, denn selbst wenn ihm etwas als unwichtig erscheine, wolle er ja „*dagegen sein*“ (IP9, Ü30, Z 83-87).

5.2.5. Selbstwirksamkeit im und außerhalb des Bürger:innenrates

In der Folge wurde abgefragt, zu welchem Grad die Interviewpartner:innen das Gefühl hatten, innerhalb und außerhalb des Bürger:innenrates politisch etwas erreichen zu können.

Eigener Beitrag im Bürgerrat

Auf die Frage, inwieweit sie im Bürgerrat einen Beitrag leisten hätten können, meinten zwei Personen aus der Gruppe der unter 30-Jährigen, sie hätten sich vorbereitet und versucht, ihren Teil möglichst gut zu leisten:

„Also ich täte halt schon von vornherein vorbereitet wahrscheinlich in diesen Rat reingehen und, ja, schon versuchen, meinen Beitrag korrekt zu leisten, und jetzt nicht einfach nur ja oder nein zu sagen, sondern mitzudiskutieren und eine Meinung zu vertreten.“ (IP2, U30, Z 76-79)

Einer der oben genannten Befragten sah es zudem als seine Verpflichtung, nicht nur die eigenen Ansichten zu vertreten, sondern die Meinung anderer miteinzubeziehen (IP8, U30, Z 200-209). Seinen Beitrag im Bürgerrat könne er durch das Liefern von Ideen leisten, falls das reiche. Vielleicht sei es auch möglich, mit Stakeholder:innen in Kontakt zu treten und von diesen Informationen einzuholen. (IP8, U30, Z 79-83)

Eine weitere Interviewpartnerin meinte, sie sei durchaus bereit, im Bürger:innenrat „einiges zu machen“, wenn ihr ein Thema am Herzen liege (IP4, U30, Z 35-38).

Drei Interviewpartnerinnen, zwei Personen unter 30 und eine Person über 30, gaben an, ihren Beitrag insofern leisten zu können, indem sie gemeinsam mit anderen Personen Vorschläge und Kompromisse ausarbeiten würden.

„[...] aber, ich glaube, wenn man da gerade miteinander zusammensitzt und einer mal eine gute Idee bringt, dass man dann vielleicht auch auf gute Ideen kommt. Gerade wenn 10 verschiedene Menschen an einem Projekt arbeiten.“ (IP4, Z 66-69)

Drei Personen, eine Person unter 30 und zwei Personen über 30, meinten, sie hätten einen Beitrag geleistet, indem sie ihre Meinung eingebracht hätten. Eine der Befragten (unter 30) gab an, sie hätte versucht, andere im Bürger:innenrat von ihrer Meinung zu überzeugen.

Einer der Befragten (über 30) sagte, er würde bei Themen, bei denen er sich wenig auskenne, eher durch Kommentieren seinen Beitrag leisten, anstatt sich mit Ideen einzubringen. Bei vielen Themen kenne er sich zu wenig aus (IP 6, Ü30, Z 62-67). Als weitere Schwierigkeiten im Hinblick auf die eigene Rolle im Bürger:innenrat wurde von einer unter 30-Jährigen auch mangelnde Erfahrung (1), sowie von einer über 30-Jährigen Probleme, sich durchzusetzen, (1) genannt.

Die eigene Rolle im Bürgerrat wurde zudem in Abhängigkeit vom Thema (2), von der Moderation (1), von der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung (1) sowie von den anderen Teilnehmenden (2) gesetzt. Hinsichtlich der Teilnehmenden wurde im Konkreten die Altersverteilung innerhalb der Bürger:innenräte (1), die politische Einstellung der Teilnehmenden (1) sowie die Meinung derselben (1) genannt.

Gehör in der Politik

Inwieweit die Ergebnisse eines Bürger:innenrates Gehör in der Politik fänden, machten zwei der unter 30-Jährigen und vier der über 30-Jährigen abhängig von verschiedenen Faktoren: So spielte den Teilnehmenden zufolge etwa die Präsenz des Themas (3) und damit verbunden der mediale Anklang (1) sowie der Druck, Vorschläge umzusetzen (1) eine Rolle. Zudem sei es relevant, ob es sich um ein Wahljahr (1) handle. Auch die Wirkung für das Image wurde angesprochen.

„Schwierig zu sagen. Dadurch, dass ich davon noch nichts gehört oder, dass es das gibt, hätte ich... Ja, Politik ist ja sowieso ein bisschen eine Geschichte. Wenn es ihnen gerade in den Kram passt oder gut für das Image ist, wahrscheinlich sehr viel Gehör oder wenn viele dafür gewesen wären, wahrscheinlich auch, oder halt meine Meinung auch gesehen haben vom Bürgerrat.“
(IP2, U30, Z 86-90)

Insgesamt waren drei der Teilnehmenden, zwei unter 30-Jährige und ein über 30-Jähriger, der Meinung, die Umsetzung sei abhängig von der Mehrheitsfähigkeit der Vorschläge. Ein Befragter (über 30) wies darauf hin, dass zudem eine gewisse Machbarkeit, Konkretheit und Finanzierbarkeit gegeben sein müsse. Zwei unter 30-Jährige bezweifelten, dass die Vorschläge eines Bürger:innenrates zu einem von ihnen priorisierten Thema Anklang finden würden:

„Ich würde sagen: Eher weniger, weil es sicher ganz, ganz viele Dinge gibt, die regelmäßig angesprochen werden und man kann nicht alle im gleichen Maße bearbeiten, gleich umsetzen, gleich ernst nehmen. Von daher denke ich, dass nur ein Bruchteil, wenn überhaupt, bewegt werden könnte.“ (IP5, U30, Z 111-114)

Drei unter 30-Jährige sowie eine über 30-Jährige ließen im Allgemeinen eine gewisse Skepsis gegenüber der Ernsthaftigkeit, mit welcher die Vorschläge von der Politik behandelt würden, hören:

„[...] Aber ja, ich könnte mir gut vorstellen, dass man sich das da vielleicht dann halt auch anschauen muss, ob die Ernsthaftigkeit dann halt wirklich da ist von der Politik – also, dass sie sich das dann tatsächlich anschauen.“ (IP10, U30, Z 50-54)

Zudem zweifelten zwei Personen (unter und über 30) am Gehör in der Politik, da sie noch nie von der Umsetzung solcher Vorschläge gehört hätten. Ein Befragter (über 30) meinte wiederum, dass die Ergebnisse eines Bürger:innenrates grundsätzlich schon Anklang fänden, auch medial (IP6, Z 71-72). Weiters vermutete eine Person (über 30), dass man durch einen Bürger:innenrat eher Gehör fände als durch andere Formen der politischen Partizipation.

Andere Arten der politischen Partizipation und eigene politische Partizipation

Sieben Personen, sowohl unter als auch über 30-Jährigen, fiel bei anderen möglichen Formen der politischen Partizipation der direkte Kontakt zu Politiker:innen und anderen Entscheidungsträger:innen ein. Die Befragten hatten hinsichtlich des direkten Kontaktes schriftlichen (3), verbalen (2) sowie telefonischen (1) Austausch mit Entscheidungsträger:innen erwähnt. Zwei unter 30-Jährige gaben an, dass es schwer sei, Gehör zu finden. Eine unter 30-Jährige sowie eine über 30-Jährige meinte, der direkte Kontakt mit Politiker:innen sei möglicherweise wirksam, wenn viele Personen ein Thema ansprechen würden. Eine Befragte meinte, der direkte Kontakt sei auf Gemeindeebene eine Option, auf Landesebene sei es ihr „eine Stufe zu hoch“ (IP11, Ü30, Z 134).

Vier Personen waren selbst schon einmal in Kontakt mit entsprechenden Personen: So hatte eine der Befragten angegeben, im Rahmen eines Schulprojektes an Diskussionsrunden mit Politiker:innen teilgenommen zu haben, was ihre Hemmschwelle hinsichtlich der Bereitschaft zur politischen Partizipation gesenkt habe (IP11, Ü30, Z 170-174). Eine Interviewpartner:in gab an, mit Politiker:innen zu einem ihr wichtigen Thema schriftlich in Kontakt getreten zu sein:

„Ich hab schon mal sowas in die Richtung gemacht. Damals habe ich mich eben, wie gesagt, mit den obersten Leuten, die sich mit dem Thema Bildung auseinandersetzen – mit denen bin ich in Kontakt getreten und hab tatsächlich Rückmeldungen bekommen. Und was ich damals gemacht habe, ist, dass ich mich nicht mit einem ‚nein, geht nicht‘ oder ‚machen wir so nicht‘ zufriedengegeben habe.“ (IP5, U30, Z 119-123)

IP5 merkt an dieser Stelle jedoch an, dass ihr damaliges Engagement „gar nichts gebracht habe“. (IP5, U30, Z 140-141). Zuletzt meinte ein Interviewpartner (unter 30), seine Familie sei mit Politiker:innen befreundet, mit welchen gelegentlich Austausch bestanden habe (IP8, U30, Z 147-151).

Neben dem direkten Kontakt meinten drei Personen, man könne mit seinem Umfeld über das jeweilige Thema sprechen. Ein über 30-Jähriger dachte zudem daran, dass er einer Partei oder

Interessenvertretung beitreten könne. Von vier Personen unter 30 wurden zudem soziale Medien angesprochen. Hier seien einer Befragten zufolge viele Gleichgesinnte erreichbar, jedoch gebe es dort auch eine große Menge an Falschmeldungen (IP3, U30, Z 62-65). Zudem sei das Internet einem Befragten zufolge noch immer der „*Wilde Westen*“, wo „*jede Meinung vertreten*“ sei. Das mache es schwierig, mit den eigenen Ansichten Aufmerksamkeit zu bekommen (IP8, U30, Z 127-130). Eine andere Person meinte ebenfalls, ein Posting in den Sozialen Medien sei eine Möglichkeit, aufgrund ihrer geringe Reichweite jedoch wenig wirksam (IP4, U30, Z 85-88 und Z 123-126).

Neben Sozialen Medien fielen drei Befragten, einer unter 30-Jährigen und zwei über 30-Jährigen, Unterschriftenlisten/Petitionen ein. Diese gingen schneller als Bürger:innenräte (1) und seien bei vielen Personen wirksamer (2). Drei der Befragten hatten in der Vergangenheit Petitionen unterschrieben.

Zwei Personen (unter 30) fielen Demonstrationen als möglicher Weg ein, um ihr Anliegen auszudrücken. Eine Person meinte, sie könne sich vorstellen, an einer teilzunehmen, zudem meinte eine Person, sie würde keine Demonstration selbst organisieren. Vier Personen, ein unter 30-Jähriger und drei über 30-Jährige, meinten, sie hätten schon einmal an einer Demonstration teilgenommen. An dieser Stelle wurde von einer Befragten (über 30) Zweifel an der Wirksamkeit ihres Engagements geäußert: „*Ich gehe zu so Rad-Demos, aber eigentlich auch mit dem Wissen, dass es nichts bringt*“ (IP1, Z 61-62).

Weiters gaben die Befragten an, schon einmal an Wahlen (1) und Volksbegehren (1) teilgenommen zu haben. Eine weitere Teilnehmende gab an, gelegentlich an vom AHA-Netzwerk organisierten Meetings teilzunehmen. Zwei Personen jeweils einer Altersgruppe meinten, sie seien politisch eher wenig aktiv, eine Person unter 30 erzählte, sie habe noch nie an einer der im Gespräch erwähnten Formen der politischen Partizipation teilgenommen.

5.2.6. Mögliche Gründe für die Nicht-Teilnahme gleichaltriger Personen

Neben persönlichen Hürden zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ waren die Interviewpartner:innen auch danach gefragt worden, weshalb gleichaltrige Personen in diesen unterrepräsentiert gewesen sein könnten. Die Antworten wurden wiederum nach Verba, et al. (1995a) gegliedert. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Rolle sowohl von zeitlichen als auch finanziellen Ressourcen in den Interviews explizit abgefragt worden war.

„They can't“

Sämtliche Interviewpartner:innen sprachen Themen an, welche unter die Kategorie „*they can't*“ fallen. Mögliche Teilnahmehürden, welche der Kategorie „*civic skills*“ zuzuordnen sind, wurden von fünf Interviewpartner:innen, ausschließlich unter 30 Jahren, angesprochen. So meinten drei Personen, es fehle an Wissen um die „Vorarlberger Bürgerräte“.

„Dass man bis dato nicht wirklich viel davon mitbekommen hat, eventuell. Also, es ist doch nicht so, dass ich in der Schule oder in der Ausbildung davon gehört habe.“ (IP5, U30, Z 150-152)

An dieser Stelle fügte eine der Befragten hinzu, ein Grund für die geringe Teilnahmebereitschaft sei zudem der allgemeine Mangel an politischer Bildung:

„Ich kenne noch keinen, der angeschrieben worden ist. Das zum einen, und wahrscheinlich, weil wir einfach zu wenig aufgeklärt darüber sind. Also die politische Bildung finde ich, kommt generell zu kurz. Schon im Schulsystem. Und ja, ich vermute wirklich, dass es daran hapert, dass viele das gar nicht genau wissen, was das überhaupt ist [...]“ (IP2, U30, Z 132-133)

Ein weiterer Aspekt, welcher von zwei Personen angesprochen wurde, war die mangelnde Erfahrung jüngerer Personen:

„Ja, bei den Jugendlichen bis 16 ist es sehr verständlich. Sie beschäftigen sich ja nicht mit Politik. Sie müssen ja nicht wählen gehen, beziehungsweise sie dürfen nicht und da ist es also – da ist es für mich nachvollziehbar, dass es nicht zustande kommt, und ja, 16 ist auch ziemlich jung, aber man hat doch auch Verantwortung, wenn man bei sowas mitmacht und dann auf sowas kommt, und ich glaube, dass halt umso älter man wird, hat man mehr Erfahrung und weiß ungefähr, wie es klappt und was irgendwie doch nicht klappt und, dass das ein großer Punkt ist.“ (IP3, U 30, Z 89-95)

Einer der Befragten nahm diesbezüglich an, dass von den Teilnehmenden ein gewisses politisches Wissen und Erfahrung mit politischer Partizipation erwartet würden:

„Warum wenige Leute meines Alters? Ich schätze einmal, vielleicht wegen der mangelnden Lebenserfahrung, weil meine Generation bzw. ich bin jetzt quasi auch ziemlich frisch aus der Schule raus [...] und bin jetzt erst quasi ins Leben eingetreten und ich schätze einmal, die Qualitäten eines Bürgerrates sind nicht nur die eigene Meinung, sondern wahrscheinlich auch ein bisschen Erfahrung und ein bisschen ja, grundlegende Kenntnisse in der Politik selber und ich glaube, es gibt wenige Leute in meinem Alter, bei denen das auch zutrifft [...]“ (IP8, U30, Z 174-180)

Finanzielle Ressourcen wurden von den Befragten beider Altersgruppen als eher nebensächlich erachtet: So gaben drei der Befragten an, dass diese eher unwichtig seien. Drei Personen meinten zudem, ihnen fiel dazu nichts ein. Nachdem manchen Interviewpartner:innen auf Nachfrage die Kosten für die Anfahrt als Beispiel vorgeschlagen wurden, erachteten diese drei Personen die Kosten ebenfalls als eher unwichtig (3). Eine Interviewpartnerin meinte, das sei nur ein Thema, wenn der Veranstaltungsort sehr abgelegen sei. Ein Befragter gab an, er könne im „Grundansatz verstehen“, wieso Fahrtkosten für manche Personen möglicherweise einen Mitgrund gespielt haben könnten (IP9, U30, Z 223-224), zeigte

sich zuvor aber skeptisch, inwieweit Fahrtkosten tatsächlich von Bedeutung sein könnten. Einem der Befragten wurde im Gespräch an dieser Stelle zudem das Thema Kinderbetreuung als möglicher Absagegrund vorgeschlagen, was er nachvollziehen konnte:

„Gut, Kinderbetreuung natürlich, also wenn ich alleine bin und Kinder zuhause, dann könnte es schon ein Thema sein und ich glaube nicht, dass ich, dass man sich jetzt dafür dann extra einen Babysitter... was organisiert im Sinne von zahlen. Wenn man sie zu den Großeltern bringt oder so, die Kinder, dann - das könnte schon sein, aber...“ (IP10, U30, Z 205-209)

Zuletzt wurde zum Punkt „finanzielle Ressourcen“ von einem Befragten darauf hingewiesen, dass jüngere Personen eher am Wochenende arbeiten würden.

Neun Interviewpartner:innen (vier Personen unter 30 und fünf Personen über 30) gaben Antworten, welche mit zeitlichen Ressourcen in Verbindung standen. Vier der über 30-Jährigen erwähnten an dieser Stelle die Familie als möglichen Absagegrund. So vermutete ein Interviewpartner, viele Personen in seinem Alter seien „mit der Gesamtsituation überfordert“:

„Sie haben Familie, haben ihre Rechnungen zu begleichen, der ganze Fokus in dem Sinn dreht sich oft um Familie, merke ich immer wieder, und ich glaube, dass die einzige freie Zeit, die einem zur Verfügung steht, nicht für diese Art von Interesse geopfert werden möchte, dass ich sage: ‚Okay ich verbringe da jetzt ein Wochenende mit ein paar Leuten, die ich nicht kenne, um gewisse Dinge zu entscheiden.‘ Weil ich will ja eigentlich nichts entscheiden. Ich will nur, dass es passiert.“ (IP9, Ü30, Z 196-205)

Für drei der Befragten wurde zudem etwa der (erste) Job als ein möglicher Grund für eine Absage gleichaltriger Personen angegeben, eine Interviewpartnerin (unter 30) nannte daneben auch die erste Schwangerschaft als möglichen Absagegrund bei gleichaltrigen Personen:

„Weil du vorhin gesagt hast: Wenn ich so an mein Umfeld denke... Gerade so in meinem Alter verläuft eben das Leben... Du fängst zu arbeiten an, möchtest dich voll und ganz auf die Arbeit konzentrieren, genauso wie vielleicht die erste Schwangerschaft gerade so in diesem Alter. Ich glaube, dass gerade diese Altersgruppe recht wenig Zeit findet, dann das zu machen.“ (IP5, U30, Z 159-163)

Zudem nannten drei Interviewpartner:innen Schule, Studium oder Ausbildung als möglichen Absagegrund. Daneben erinnerte ein Interviewpartner auch im Hinblick auf zeitliche Ressourcen daran, dass jüngere Personen häufiger am Wochenende arbeiten würden.

Priorisierung bei knappen zeitlichen Ressourcen

Wie aus den oben ersichtlichen Zitaten bereits hervorgeht, handelte es sich bei den Antworten vieler Befragten eher um die Priorisierung von Aktivitäten bei knappen zeitlichen Ressourcen (6). Derartige Aussagen, welche diesem Punkt, der zwischen „*They can't*“ und „*They don't want to*“ eingeordnet wurde, wurden gleichermaßen von beiden Altersgruppen getätigt. Hierbei ist zu erwähnen, dass die oben angeführten Zitate – so wie viele der anderen mit zeitlichen Ressourcen in Verbindung stehenden Aussagen – ebenfalls unter diesem Punkt eingeordnet wurden.

„Ich glaube, vor allem so, sage ich jetzt mal, zwischen 35 und 45 ist viel Familie und Freunde. Und da hat man ständig was zu tun, sodass vielleicht viele sich nicht unbedingt die Zeit genommen haben, um daran teilzunehmen, oder vielleicht auch nicht unbedingt der Wille da war, sich da politisch zu engagieren. Ich glaube, wenn man älter wird... Es wird dann vielleicht auch wieder größer.“ (IP11, Ü30, Z 181-185)

Neben familiären Verpflichtungen wurden an dieser Stelle wiederum Arbeit und Ausbildung angesprochen. So wurde von zwei unter 30-Jährigen und zwei über 30-Jährigen etwa angesprochen, dass viele Gleichaltrige nicht auch „*noch das Wochenende opfern*“ (IP7, Ü30, Z 85) wollten.

„Ja natürlich, ich meine, wir sind jetzt alle in einem Alter, sage ich mal so, wo du jetzt voll 40 Stunden arbeitest und eigentlich froh bist, wenn du am Abend nichts mehr tun musst und wahrscheinlich, wo du in der Freizeit so viel Entspannung wie möglich haben willst.“ (IP2, U30, Z 145-148)

IP2 (U30) wirft an dieser Stelle ein, dass man sich „*auch die Ressource Zeit*“ nehme, wenn man wirklich wolle (Z 148-150).

They don't want to

Neben der mangelnden Möglichkeit zur Teilnahme sprachen acht Personen, fünf unter 30-Jährige und drei über 30-Jährige, auch Themen an, welche im weiteren Sinne die mangelnde Bereitschaft zur Teilnahme thematisierten. So hatten andere Prioritäten für vier der Befragten, zwei aus jeder Altersgruppe, auch ohne den zeitlichen Faktor eine Rolle gespielt.

„Von der Zeit her ist es auch und vielleicht auch vom Interesse her, dass viele Junge eher sagen, sie möchten halt ihren Hobbys nachgehen und halt feiern gehen. Und das ist halt so... Je älter man wird, umso unwichtiger wird es.“ (IP3, Z 99-101)

Zwei Interviewpartner (über 30 und unter 30) nahmen an dieser Stelle zudem an, jüngere Menschen hätten weniger Sorgen:

„Ich denk: umso jünger man ist und wenn dann mal das Leben normal vonstattengeht, dann hat man wenig Sorgen und Ängste. Wenn man eine Ausbildung absolviert oder eine Familie hat und ist wahrscheinlich im Arbeitsprozess involviert; einen anderen Fokus einfach oder geht einfach unbeschwerter durchs Leben. Und umso älter man wird, ich würde jetzt sagen, der Otto-Normal-Bürger, umso mehr denkt man nach, umso mehr hat man Zeit, umso mehr möchte man mitreden, seine Lebenserfahrung auch mitteilen.“ (IP7, Ü30, Z 75-80)

Es wurde zudem von zwei Personen angesprochen, dass jüngere Vorarlberger:innen aktiver seien und deswegen seltener Zeit für ein Engagement bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ fänden:

„Ich glaube, junge Menschen sind, also gerade heutzutage, mehr unterwegs oder halt: Es gibt mehr zu tun und man hat dann weniger Zeit [um] sich für so was zu engagieren – also, wenn man reist und jeder ist irgendwo am Studieren und halt so Sachen. Und ich glaube, wenn man dann mal ein gewisses Alter erreicht hat, wenn man dann eigentlich seinen 9-to-5-Job hat, dass man dann eher noch Zeit hat und mehr über so was nachdenkt und sich dann auch mehr engagieren will als jemand, der sich denkt: ‚Okay, jetzt eben fliege ich nach Australien für zwei Monate und dann arbeite ich irgendwo.‘“ (IP9, U30, Z 168-174)

Drei Personen nahmen zudem an, dass mangelndes Interesse einen Grund bei der Nicht-Teilnahme gespielt haben könnte. Eine Befragte (unter 30) vermutete zudem, dass sich Personen in ihrem Alter zumeist noch nicht so viel mit Politik beschäftigt hätten:

„Ja, ich glaube, dass gerade Junge, die in eine Schule gehen, vielleicht die Zeit auch nicht so haben und sich auch nicht so beschäftigen mit Politik. Ein paar sicher, aber ich glaube nicht, dass sich alle in meinem Alter schon so für das halt – sich da so beschäftigen mit dem in ihrer Freizeit.“ (IP4, U30, Z 152-155)

Eine weitere Person (unter 30) vermutete zudem Politikverdrossenheit als möglichen Grund für eine Nicht-Teilnahme bei Personen in ihrem Alter:

„Wahrscheinlich vielleicht auch das Gefühl, dass es eh nix bringt, dass es vielleicht eh nicht weiter kommt. Ja, sonst könnte ich mir jetzt eigentlich nix anderes vorstellen, warum. Also wie gesagt, ich kenne bis dato wirklich niemanden, der angeschrieben worden wäre. (IP2, U30, Z 137-139)

Mangelndes Selbstvertrauen/Selbstbewusstsein

Wie auch bei den persönlichen Teilnahmehürden wurden von drei Personen (zwei unter 30-Jährigen und einem über 30-Jährigen) Aspekte genannt, welche mit einem mangelnden Selbstvertrauen oder Selbstbewusstsein in Verbindung stehen. So meinten zwei Personen unter 30, viele Gleichaltrige würden sich nicht trauen:

„Wahrscheinlich ist es so, dass viele nicht wissen, dass es das gibt und sich vielleicht auch nicht trauen oder denken, sie sind der falschen Meinung, weil sie noch so jung sind, kann ich mir vorstellen.“ (IP4, U30, Z 138-140)

An dieser Stelle bemerkte ein Befragter, dass dies auch ältere Personen betreffe:

„[...] Also ich denke mal, viele trauen sich schon nicht. Gut, ich meine, das ist natürlich bei, ich sage jetzt mal, bei denen [um die] 50 herum dasselbe wahrscheinlich, dass es viele gibt, die, wenn sie so was hören... Auch nein. An was könnte es sonst liegen?“ (IP10, U30, Z 163-166)

Ein weiterer Interviewpartner (über 30) vermutete zudem, dass bei jüngeren Personen die Angst bestehen könnte, nicht ernstgenommen oder gehört zu werden.

„[...] und auch – das denke ich mir selber auch – dass man Angst hat, dass man nicht so gehört wird dort. Dass die, die älter sind, dann eher so eine Position einnehmen werden, die ausfüllender ist und, dass man denkt, man kann als Jüngerer nicht so viel erreichen dort.“ (IP6, Ü30, Z 124-127)

5.2.7. Verbesserungsvorschläge für die „Vorarlberger Bürgerräte“

Auf die Frage, was sie sich für zukünftige Bürger:innenräte wünschten und was passieren müsste, damit diese für alle Personen gleichermaßen interessant würden, meinten 10 von 11 Befragten, man müsse die „Vorarlberger Bürgerräte“ bewerben und bekannter machen. Von neun Personen wurde dieser Punkt direkt angesprochen. Eine Befragte unter 30 schlug vor, die „Vorarlberger Bürgerräte“ bei jüngeren Personen bekannter zu machen, damit diese überhaupt die Möglichkeit hätten, mitzureden.

„Also ich würde mir wünschen, dass mehr Jugendliche auch mitreden dürfen oder halt mitreden können, weil sie wissen, dass es das überhaupt gibt und dass man das ein bisschen mehr bekannter macht.“ (IP4, U30, Z 390-392)

Zwei Personen (unter 30) schlugen vor, das Konzept in Schulen vorzustellen oder über soziale Medien zu verbreiten. Einer der Befragten sah es zudem als wichtig an, dass die „Vorarlberger Bürgerräte“ den Menschen bekannt seien und der Kontakt als positiv empfunden würde. Mit Letzterem könne man weitere Personen zur Teilnahme motivieren (IP9, Ü30, Z 228-233).

Eine Teilnehmende (über 30) sah zudem mediale Aufmerksamkeit als grundlegend für die Attraktivität einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ an:

„Ich finde, es sollte vielleicht eine bessere mediale Aufmerksamkeit bekommen. Also vielleicht einen langen Artikel, keine Ahnung... [...] dass man das in einem Kurzartikel dann auch dort zusammenfasst und die Leute informiert und dann auch im Nachhinein informiert: „Also der

Bürgerrat hat XY beschlossen, und das ist dann auch wirklich umgesetzt worden. Also, der Politiker hat sich das zu Herzen genommen.““ (IP11, Ü30, Z 206-211)

IP11 wies an dieser Stelle zudem darauf hin, dass Politiker:innen die Umsetzung der Ergebnisse auch als Vorteil im Wahlkampf nutzen könnten. Insgesamt teilten vier über 30-Jährige sowie eine Person unter 30 die Ansicht, dass mehr Informationen über die Ergebnisse sowie die Umsetzung derselben an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Mehr Bekanntheit hinsichtlich der Bürgerräte und der weiteren Behandlung der Ergebnisse sei insofern sinnvoll, nachdem es einerseits öffentlichen Druck zur Umsetzung generiere, als auch die Bereitschaft zur Teilnahme steigerte:

„Ja, mehr Öffentlichkeitsarbeit einfach und vielleicht auch positive Beispiele, wo es was bewirkt hat, weil vielleicht nehmen einige nicht dran teil, weil sie sagen: ‚Es bringt ja sowieso nichts. Wozu soll ich dann meine Freizeit opfern?‘“ (IP1, Ü30, Z 88-90)

Auch hinsichtlich des Auswahlverfahrens wünschte sich ein Befragter mehr Transparenz. Insgesamt wurden Themen, welche mit Transparenz zu tun hatten, von sechs Personen angesprochen, von einer unter 30-Jährigen und fünf über 30-Jährigen. Drei über 30-Jährige wünschten sich zudem mehr Entscheidungsmacht für die Bürger:innenräte, etwa durch die Involvierung der Teilnehmenden in spätere Entscheidungsprozesse (1) oder durch die Verpflichtung, die Ergebnisse zumindest zu bearbeiten (1).

Neben den bisher genannten Punkten wurde vorgeschlagen, die Teilnehmenden nach Altersgruppen zu ziehen (1), oder Vertreter:innen einzelner Altersgruppen erst unter sich entscheiden zu lassen (1), um in der Folge Vertreter:innen der jeweiligen Gruppe am eigentlichen Bürger:innenrat teilnehmen zu lassen (IP3, U30, Z 350-354). Neben Personen verschiedener Altersgruppen sollten auch Minderheiten (1) vertreten sein, sowie Expert:innen (1) zum Bürger:innenrat hinzugezogen werden. Weiters wurde vorgeschlagen, mehr Personen miteinzubeziehen (1), sowie nicht eingeladene Personen teilnehmen zu lassen (1). Ein Interviewpartner meinte zudem, man solle Bürger:innenräte öfter und auch für lokale Themen abhalten. Je öfter diese stattfänden, desto beliebter würden sie (IP9, Ü30, Z 520-521; Z 523-528). Einer der Befragten meinte, es brauche eine Plattform zum Besprechen von aktuellen Themen, *„denn dann ist es nicht nur eine Einzelmeinung oder ein Einzelinteresse, sondern ein kollektives Interesse, was ich sehr, sehr wichtig finde in einer demokratischen Gesellschaft.“ (IP7, Ü30, Z 58-62)*

Abschließend meinten drei Personen, zwei unter 30-Jährige sowie ein über 30-Jähriger, man solle jüngere Personen stärker in die Politik miteinbeziehen. Eine Befragte hob an dieser Stelle hervor, dass sich gleichaltrige Personen durchaus einbringen würden, wenn es um ihnen wichtige Themen gehe:

„Aber was man auch sieht, ist, dass junge Menschen oft versuchen mitzumachen und halt versuchen sich einzubringen, wenn es um ihr Anliegen geht, weil die Politiker sind im Schnitt eigentlich älter. Und ja: Ich finde, die Politik ist eher was für die Zukunft. Deswegen sollte sie eher jüngere Menschen [ansprechen; miteinbeziehen]...“ (IP3, U30, Z 95-98)

5.2.8. Zusammenfassung der Interviewauswertung

In der Folge werden die wesentlichen Punkte der Interviewauswertung abschließend zusammengefasst und Gemeinsamkeiten dargestellt.

Bereitschaft zur Teilnahme und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit

Die Ergebnisse der Interviews zeigten, dass die Idee der „Vorarlberger Bürgerräte“ von den Befragten beider Altersgruppen gleichermaßen durchaus positiv aufgenommen wurde. Die Interviewpartner:innen hoben an dieser Stelle insbesondere die verbesserte Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung hervor. So böten die Vorarlberger Bürgerräte eine Möglichkeit, bei politischen Fragen mitzureden, und Entscheidungsträger:innen könnten auch eher erreicht werden. Weiters hätten die „Vorarlberger Bürgerräte“ einen positiven Einfluss auf die politische Teilhabe der Bevölkerung. Sie seien zudem eine Gelegenheit mitzuentcheiden, verbesserten das Vertrauen in die eigenen Einflussmöglichkeiten und seien somit ein wichtiges demokratisches Instrument für die Bürger:innen des Bundeslandes.

Kritisiert wurde von den Befragten beider Altersgruppen unter anderem die mangelnde Verpflichtung zur Umsetzung. Zudem wurde etwa die Repräsentativität der Teilnehmenden und der Ergebnisse infrage gestellt.

Hinsichtlich des eigenen Beitrages im Bürgerrat meinten einige unter 30-Jährige etwa, sie hätten sich vorbereitet, die Meinung anderer eingeholt und versucht, ihren Beitrag möglichst gut zu leisten. Zudem hoben die Befragten beider Altersgruppen etwa das gemeinsame Erarbeiten von Kompromissen und Vorschlägen, das Einbringen von Erfahrungen und Beispielen sowie der eigenen Meinung hervor. Als Schwierigkeiten wurden hinsichtlich des eigenen Beitrags im Bürger:innenrat mangelnde Erfahrung (unter 30), mangelndes Wissen (über 30) sowie Probleme, sich durchzusetzen (über 30), genannt. Der eigene Beitrag im Bürger:innenrat hänge etwa vom jeweiligen Thema, den anderen Teilnehmenden, der Moderation oder der Stimmung in der Bevölkerung ab.

Ob die eigenen Vorschläge zudem Gehör in der Politik fänden, wurden von Befragten beider Altersgruppen ebenfalls von verschiedenen Faktoren, etwa der Präsenz des Themas oder den Vorschlägen, abhängig gemacht. Von manchen Befragten, insbesondere, aber nicht nur von unter 30-Jährigen, wurde das Gehör in der Politik angezweifelt, etwa weil sie noch nie von der Umsetzung der Ergebnisse eines Bürger:innenrates gehört hätten oder weil im Falle „ihres“ Themas wenig zu bewegen sei.

Hinsichtlich möglicher anderer Formen der politischen Partizipation fällt auf, dass Personen unter 30 soziale Medien als Möglichkeit zur politischen Partizipation thematisierten, ansonsten war an dieser Stelle weder beim persönlichen Engagement noch bei den genannten Formen der politischen Partizipation ein nennenswerter Unterschied zwischen den Altersgruppen zu erkennen.

Die Rolle von Zeit, Geld und *civic skills* als Zugangshürden für die Befragten

Zeitliche Ressourcen spielten als mögliche persönliche Zugangshürden für die Vertreter:innen beider Altersgruppen gleichermaßen eine große Rolle, insbesondere aufgrund von Terminkollisionen und des Zeitaufwandes. Auch mit Bezug auf gleichaltrige Personen wurden zeitliche Ressourcen von den Befragten beider Altersgruppen als wichtiger Absagegrund gesehen. An diesem Punkt wurden etwa Arbeit und Ausbildung angesprochen. Bei den über 30-Jährigen wurde zudem meist die Familie als ein Grund für knappe zeitliche Ressourcen genannt.

In Bezug auf die Ressource „Zeit“ ist auch zu beachten, dass von den Befragten hinsichtlich gleichaltriger Personen meist weniger zeitliche Unabkömmlichkeiten als die Priorisierung von Aktivitäten bei knappen zeitlichen Ressourcen angesprochen wurde. Aufgrund der oben genannten Faktoren (Familie, Arbeit, Ausbildung) sei man im Alltag bereits gefordert und wolle „nicht auch noch das Wochenende opfern“.

Allgemein seien andere Prioritäten den Teilnehmenden beider Altersgruppen zufolge ein Faktor, warum gleichaltrige Personen weniger häufig teilgenommen hätten. Man sei mit der Ausbildung und dem (ersten) Beruf beschäftigt oder habe gerade eine Familie gegründet. Zudem sei man im Allgemeinen noch aktiver, verreise häufiger oder gebe seinen Hobbies mehr Raum. Auch habe man zwei Befragten zufolge noch „weniger Sorgen und Ängste“.

Drei der Befragten Personen nannten zudem mangelndes Interesse als Absagegrund, etwa bei Themen, welche sie in keiner Weise betreffen oder wegen eines bisher allgemein geringen Grades an politischer Aktivität. Manche Zitate lassen an dieser Stelle auf einen Zusammenhang mit anderen Hürden vermuten. So meinte ein Teilnehmender, es sei möglicherweise anders, wenn er erst einmal dabei sei. Hinsichtlich gleichaltriger Personen wurde von jüngeren Befragten zudem angesprochen, dass sich viele noch nicht wirklich mit Politik beschäftigten.

Im Hinblick auf *civic skills* zeigten sich deutlichere Unterschiede zwischen den Altersgruppen: So sprachen insbesondere unter 30-Jährige die Befürchtung an, zu bestimmte Themen nicht ausreichend informiert zu sein. Wenig politische Erfahrung, die mangelnde Fähigkeit, Personen zu überzeugen, sowie fehlendes Wissen um die „Vorarlberger Bürgerräte“ wurden von jüngeren Interviewpartner:innen in Bezug auf persönliche Teilnahmehürden angegeben.

Diese persönlichen Gründe für eine mögliche Absage deckten sich mit Teilnahmehürden, welche im Hinblick auf gleichaltrige Personen genannt wurden: Auch hier wurde hauptsächlich von den unter 30-Jährigen mangelndes Wissen um die „Vorarlberger Bürgerräte“, ein Mangel an politischer Bildung sowie wenig Erfahrung mit politischer Partizipation angesprochen.

Daneben wurden von drei Teilnehmenden unterschiedlicher Altersgruppen Hürden in Zusammenhang mit einem geringen Selbstbewusstsein/Selbstvertrauen angegeben, etwa in Form der Angst, zu wenig zu wissen oder allgemeiner Schüchternheit. Einem Befragten zufolge betreffe das jedoch auch andere

Altersgruppen. Auch im allgemeinen Kontext wurde vermutet, manche Gleichaltrige würden sich nicht trauen oder hätten Angst, aufgrund des jungen Alters nicht ernstgenommen zu werden.

Finanzielle Ressourcen wurden von keinem/keiner der Befragten als persönliche Teilnahmehürde genannt. Auch hinsichtlich gleichaltriger Personen wurde finanziellen Ressourcen höchstens eine marginale Rolle, etwa in Bezug auf Kinderbetreuung oder sehr abgelegene Veranstaltungsorte, zugeschrieben.

Verbesserungsvorschläge für die „Vorarlberger Bürgerräte“

Fast alle Befragten waren der Meinung, man müsse die „Vorarlberger Bürgerräte“ bekannter machen. Alle Befragten über 30 wünschten sich zudem mehr Transparenz, etwa hinsichtlich der Ergebnisse, der Umsetzung oder des Auswahlverfahrens. Zudem wurde vorgeschlagen, eine größere Anzahl an Personen miteinzubeziehen, auf eine Repräsentation aller Altersgruppen zu achten, Minderheiten im Rat zu repräsentieren und gegebenenfalls Expert:innen einzuladen.

6. Diskussion

6.1. Welche möglichen Zugangshürden zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und Herkunft gibt es?

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Analyse zusammengeführt und mögliche Zugangshürden in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildung und Migrationsgeschichte abgeleitet.

6.1.1. Alter

Hinsichtlich des Alters schien es bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ einen Trend hin zu Personen mittleren Alters (45 bis 65) gegeben zu haben. Während vorab vermutet werden konnte, dass eine Abnahme der Teilnahmebereitschaft bei älteren Generationen eher auf gesundheitliche Aspekte als auf einen Mangel an Zeit, Geld oder *civic skills* zurückzuführen ist, und diese somit nicht untersucht wurden, liegen die Gründe für eine geringere Bereitschaft zur Beteiligung an den „Vorarlberger Bürgerräten“ bei jüngeren Generationen weniger auf der Hand.

Betrachtet man die in Kapitel 5.1 präsentierten Ergebnisse, so stellt man fest, dass die Gruppen der 15 bis 25-Jährigen sowie der 25 bis 35-Jährigen seltener der Meinung waren, dass Politiker:innen, welche in der Regierung saßen, das Richtige täten. Auch sagten 15 bis 25-Jährige häufiger ab, da sie dachten, im jeweiligen Bürger:innenrat keinen wichtigen Beitrag leisten zu können.

Nichtsdestotrotz schienen sich jüngere Vorarlberger:innen weder hinsichtlich des politischen Interesses, des allgemeinen Grades an (unkonventioneller) politischer Aktivität oder der Anzahl an Mitgliedschaften von Personen anderer Generationen zu unterscheiden. Unterschiede gab es hier nur hinsichtlich der präferierten Formen der politischen Partizipation (häufigeres Posten von politischen Ansichten im Internet, seltenere Geldspende für politische und soziale Zwecke). Weiters gaben die Fragebogenergebnisse keinen Hinweis darauf, dass jüngere Personen eher das Gefühl hätten, keinen Einfluss auf das politische Geschehen zu haben. Auch schienen jüngere Vorarlberger:innen Politik im Allgemeinen nicht häufiger als zu kompliziert zu empfinden als Personen mittleren Alters. Im Gegenteil dazu schien das Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sogar höher zu sein als bei den ältesten Generationen. Die Ergebnisse des Fragebogens legen trotz des geringeren Grades an Vertrauen in die Politik sowie in die eigene Wirksamkeit im Bürger:innenrat selbst weder politische Apathie noch eine grundsätzliche Entfremdung von politischen Geschehnissen (Dahl, et al., 2018) als wesentlichen Grund für eine geringere Teilnahmebereitschaft an den „Vorarlberger Bürgerräten“ nahe. Das Problem scheint somit ein eher fallspezifisches zu sein.

Ein denkbarer Grund für die geringe Teilnahmebereitschaft der untersuchten Altersgruppen wäre gewesen, dass die „Vorarlberger Bürgerräte“ eine relativ stark institutionalisierte Form der politischen Partizipation darstellen. Es ist bekannt, dass sich besonders jüngere Personen seltener in politischen Parteien engagieren und weniger häufig Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen (Weiss, 2020). Gleichzeitig wird von manchen Autor:innen eine Verschiebung der politischen Aktivität jüngerer Personen hin zu unkonventionelleren und protestorientierteren Formen der politischen Partizipation beschrieben (Melo & Stockemer, 2014). Diese Möglichkeit kann zwar im Allgemeinen nicht ausgeschlossen werden, die Interviews sprechen gegen diese Annahme: Zwar wurde durchaus eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Umsetzung der Vorschläge geäußert, es zeigte sich jedoch bei den Interviewpartner:innen beider Altersgruppen (16 bis 29 und 30 bis 45) ein hoher Grad an Zustimmung zu der Idee der „Vorarlberger Bürgerräte“. Die eigene Bereitschaft zur Teilnahme fiel bei manchen Befragten jedoch zögerlicher aus.

Während in beiden Altersgruppen zeitliche Faktoren als ausschlaggebend für eine mögliche Absage genannt wurden (auf diesen Punkt wird später noch im Detail eingegangen), sahen vor allem Personen aus der jüngeren Gruppe einen Mangel an Erfahrung mit politischer Partizipation, einen Mangel an Wissen um die „Vorarlberger Bürgerräte“ sowie einen Mangel an politischem Wissen im Allgemeinen als Teilnahmehürden. So wurde oft angesprochen, dass viele Gleichaltrige noch nie von den „Vorarlberger Bürgerräten“ gehört hätten und keine genaue Vorstellung davon hätten, um was es sich bei diesen handle. Diese Punkte könnten die Hemmschwelle für eine Teilnahme gesteigert haben. Dementsprechend könnte mangelnde Mobilisierung möglicherweise eine Rolle gespielt haben. Hier fehlt jedoch die Vergleichbarkeit mit Personen anderer Generationen. Es lässt sich somit nur schwer sagen, zu welchem Grad dieser Punkt insbesondere jüngere Personen betrifft oder ob in der Vorarlberger Bevölkerung im Allgemeinen ein Informationsmangel zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ vorherrscht.

Zudem befürchteten manche der Interviewpartner:innen selbst, zu wenig zu wissen, nicht ernst genommen zu werden oder nicht erfahren und überzeugend genug zu sein. Wie Verba, et al. (1995a) beschreiben, erlernt man *civic skills* durch seinen Bildungsweg, während seiner beruflichen Laufbahn sowie durch das Engagement in Vereinen und Organisationen. Jüngere Menschen hatten im Laufe ihres Lebens noch nicht im gleichen Maße Zeit, entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Die Teilnahme an einem Bürger:innenrat erfordert ein relativ hohes Maß an rhetorischen Fertigkeiten und Wissen zu bestimmten Themen, verglichen mit anderen Formen der politischen Partizipation (etwa der Teilnahme an einer Demonstration oder dem Unterschreiben einer Petition). Die dadurch entstandenen Machtungleichgewichte zwischen den Altersgruppen könnten für jüngere Personen eine Teilnahmehürde darstellen (Bessant, 2010). In der Gruppe der 30 bis 45-Jährigen, welche bereits mehr Gelegenheiten gehabt hatten, *civic skills* zu erlernen, wurde mangelnde Erfahrung oder mangelndes Wissen seltener angesprochen als bei der Gruppe der unter 30-Jährigen. Zu welchem Grad diese *internal inefficacy* (Jaquet, 2017) jüngerer Personen im Hinblick auf die „Vorarlberger Bürgerräte“ einem tatsächlichen Mangel an Fertigkeiten zuzuschreiben ist und inwieweit es sich hier um die reine

Annahme, aufgrund des jungen Alters weniger kompetent zu sein, handelt, ist mit den vorliegenden Ergebnissen schwer zu sagen.

Ein weiterer Punkt, welcher in den Interviews genannt wurde, waren zeitliche Faktoren: Von den Interviewpartner:innen wurde angesprochen, dass das Leben in ihrem Alter oft sehr schnell verlaufe. Man fände aufgrund familiärer Verpflichtungen oder etwa der Ausbildung und dem (ersten) Beruf weniger Zeit, sich zu engagieren. Die Lebensphase, in welcher Berufseinstieg und Familiengründung zusammenfallen, wird gelegentlich mit dem Begriff „*rush hour des Lebens*“ betitelt (Klammer, 2009). Interessanterweise zeigte die Auswertung der Fragebögen keinen Hinweis auf Unterschiede hinsichtlich zeitlicher Unabkömmligkeiten bei den entsprechenden Altersgruppen.

Hierbei muss man beachten, dass der Fragebogen nur „zeitliche Unabkömmligkeiten“, also Terminkollisionen, abgefragt hatte. Denkbar ist natürlich, dass für Personen der Altersgruppen 16 bis 29 und 29 bis 45 im Schnitt tatsächlich keine größeren zeitlichen Barrieren gegeben waren als für den Rest der Bevölkerung. Die Interviewpartner:innen könnten diesen Punkt besonders häufig angesprochen haben, nachdem zeitliche Ressourcen im Allgemeinen eine große Teilnahmehürde dargestellt haben dürften. Die Antworten der Interviewpartner:innen behandelten jedoch eher das Setzen von Prioritäten bei knappen zeitlichen Ressourcen, was durch den Begriff „zeitliche Unabkömmligkeiten“ nicht ausreichend abgedeckt worden sein könnte.

Im Allgemeinen wurde von den Interviewpartner:innen angesprochen, dass bei Gleichaltrigen oft der „Fokus“ ein anderer sei, verglichen mit älteren Personen. Man habe noch einen aktiveren Lebensstil und es seien andere Dinge, etwa die Ausbildung, der erste Job oder die neugegründete Familie, im Mittelpunkt. Es bestünden also altersbedingt andere Prioritäten, weshalb man weniger gewillt sei, sich mit zeitintensiven Formen der politischen Partizipation auseinanderzusetzen. Jaquet (2017) spricht in diesem Zusammenhang von einer „*Concentration on the private sphere*“. Jankowski und Strate (1995) bringen es folgendermaßen auf den Punkt:

„Low rates of political participation among young adults are due to the start-up problem. Young adults are distracted by a host of concerns such as getting an education, finding a mate, raising young children, and establishing a career. They are very mobile, do not own their own home, and lack strong roots in a local community. Most importantly, they lack political experience and have not acquired habits of monitoring public affairs information in the mass media.“ (S. 91)

Hinsichtlich finanzieller Ressourcen wiesen sowohl die Interviews als auch die Ergebnisse des Fragebogens darauf hin, dass diese nur eine geringe Rolle gespielt haben dürften.

6.1.2. Geschlecht

Den Annahmen von Verba, et al. (1995a) folgend war erwartet worden, dass sich hinsichtlich des Geschlechts Unterschiede in der Verfügbarkeit persönlicher Ressourcen zeigen würden, was die Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ erschweren könnte. Tatsächlich hatte das Geschlecht einen Einfluss auf die Teilnahmewahrscheinlichkeit. Frauen schienen zudem sowohl in Bezug auf das politische Interesse als auch hinsichtlich ihrer Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen deutlich hinter ihren männlichen Mitbürgern zu liegen, jedoch nicht seltener politisch zu partizipieren. Während Männer wahrscheinlicher an politischen Versammlungen teilnahmen oder mit Politiker:innen Kontakt aufnahmen, kauften oder boykottierten Frauen etwas öfter Produkte aus politischen oder ethischen Gründen. Auffällig ist, dass Männer sich eher zutrauten, in einer Gruppe, welche sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen. Gleichzeitig empfanden Frauen Politik etwas häufiger als kompliziert.

Die oben genannten Unterschiede in den präferierten Formen der politischen Partizipation stimmen mit den Ergebnissen anderer Studien überein. So zeigten Coffé und Bolzendahl (2010) in einer Studie mit Daten aus 18 westlichen Industrienationen, dass Männer (mit Ausnahme von Wahlen) häufiger in institutionalisierten oder direkten Formen der politischen Partizipation teilnahmen (etwa die Mitgliedschaft in einer Partei, die Teilnahme an einer Versammlung oder das Kontaktieren von Politiker:innen), während Frauen zu „privaten“ Formen der politischen Partizipation neigten (etwa das bereits genannte Boykottieren von Produkten oder das Spenden von Geld für politische oder soziale Zwecke). Dieser Effekt zeigte sich auch bei jungen Erwachsenen in Deutschland, wo Ressourcen wie Einkommen, Bildung und Zeit noch als relativ gleichmäßig verteilt angenommen werden konnten (Pfanzelt & Spies, 2019).

Hinsichtlich finanzieller Ressourcen und zeitlicher Unabkömmlichkeiten als Absagegründe zeigten die Ergebnisse keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Hierbei muss man, wie in Bezug auf das Alter bereits erwähnt, bemerken, dass bei der Formulierung „zeitliche Unabkömmlichkeiten“ manche zeitbedingten Faktoren, etwa andere Prioritäten aufgrund familiärer Verpflichtungen oder der Pflege von Angehörigen, verschleiert werden könnten. Die Ergebnisse stimmen jedoch mit Verba, et al. (1995a) überein, welche hinsichtlich zeitlicher Ressourcen im Allgemeinen keinen deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern fanden. So würden Frauen im Schnitt mehr Zeit für unbezahlte Care-Arbeit aufbringen, jedoch weniger Stunden einer Erwerbsarbeit nachgehen. Eine größere zeitliche Belastung ergebe sich zwar für Frauen in einem Vollzeitverhältnis, im Schnitt sei dies aber nicht sichtbar. Nachdem sich in Vorarlberg im Jahr 2021 52,6% aller erwerbstätigen Frauen in einem Teilzeitverhältnis befanden, verglichen mit 9,6% aller erwerbstätigen Männer (Statistik Austria, 2022), könnte sich die Annahme von Verba, et al. (1995a) durchaus auf Vorarlberg übertragen lassen. In Österreich gibt es derzeit keine aktuellen Daten zu geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Zeitverwendung, jedoch kommt eine Studie aus Deutschland zum Schluss, dass sich die

durchschnittliche Gesamtarbeitszeit (bestehend aus bezahlter und unbezahlter Arbeit) von Frauen und Männern nur minimal unterscheidet (Hobler, et al., 2017). Zeitliche sowie finanzielle Ressourcen können somit die allgemein geringere Teilnahmebereitschaft von Frauen an den „Vorarlberger Bürgerräten“, wenn überhaupt, vermutlich eher nur zu einem geringeren Anteil erklären.

Von Verba, et al. (1995a) wurden Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen Frauen und Männern unter anderem durch ungleiche Möglichkeiten zum Erlernen von *civic skills* erklärt. Im Erwachsenenalter erwerbe man diese insbesondere am Arbeitsplatz, wobei Personen in höheren Positionen mehr Möglichkeiten hätten, etwa ihre rhetorischen Fertigkeiten zu verbessern oder etwa Erfahrungen im Präsentieren zu sammeln. Frauen würden durchschnittlich weniger Stunden arbeiten und zudem seltener in hochrangigen Positionen tätig sein, wodurch ihnen weniger Möglichkeiten teil würden, ebendiese Fertigkeiten zu üben (Verba, et al., 1995a). So zeigten Verba, et al. (1995a) auf, dass Frauen im Beruf und auch bei ihrem Engagement in nicht-politischen Organisationen derartige Fertigkeiten seltener praktizierten. Dass Männer häufiger Formen der politischen Partizipation ausgeübt hatten, welche einen relativ hohen Grad an *civic skills* erforderten, und sich solche Tätigkeiten auch eher zutrauten, entspricht somit den Annahmen von Verba, et al. (1995a).

Es lässt sich an dieser Stelle dagegenhalten, dass Frauen in Österreich mittlerweile häufiger über einen Hochschulabschluss verfügen (Statista, 2020), womit eine Möglichkeit zum Erlernen von *civic skills* über den längeren Bildungsweg bestände. Pfanzelt und Spies (2019) schreiben in ihrer Studie die Unterschiede in der politischen Partizipation zwischen jungen Frauen und Männern in Deutschland der Sozialisation (so scheinen Frauen etwa seltener politische Diskussionen mit ihren Eltern, in der Schule oder mit Freunden zu führen) und dem im Schnitt geringeren Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten zu. Ein höheres politisches Selbstvertrauen bei jungen Männern führe zudem eher zu weiterem Engagement. Junge Männer würden sich somit in der Folge nicht nur in größerem Ausmaß *civic skills* aneignen, sondern diese auch öfter weiter anwenden. (Pfanzelt & Spies, 2019).

Wie Karpowitz, et al. (2012) hervorheben, war Politik traditionell (und ist teils nach wie vor) eine männlich dominierte Sparte. In der Folge ist schon länger bekannt, dass Frauen im Schnitt einen geringeren Grad an politischem Interesse zeigen und seltener ihre Meinung zu politischen Themen abgeben (Harris, et al., 2021). Zudem würden Männer in politischen Diskussionen in der Regel als kompetenter wahrgenommen und in deliberativen Formen der politischen Partizipation häufiger zu Wort kommen (Karpowitz, et al., 2012). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der präferierten Form der politischen Partizipation und dem Engagement der Befragten in Vereinen und Organisationen sprechen dafür, dass Geschlechterrollen auch im Falle der „Vorarlberger Bürgerräte“ einen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft gehabt haben könnten.

Die Verfügbarkeit von *civic skills* und die Sozialisierung/die gesellschaftlichen Erwartungen im Hinblick auf das Geschlecht könnten bei der Bereitschaft zur politischen Partizipation somit nicht nur beide eine Rolle spielen, sondern sich gegenseitig beeinflussen. Es kann, etwa aufgrund der klaren

Unterschiede in den präferierten Formen der politischen Partizipation, vermutet werden, dass auch bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ beide Punkte eine Rolle gespielt haben könnten: So waren Frauen seltener Mitglieder in Vereinen und Organisationen und dürften eher Formen der politischen Partizipation gemieden haben, bei welchen sie derartige Fertigkeiten erlernen hätten können. Zu welchem Anteil die Verfügbarkeit von *civic skills* eine Rolle gespielt hatte und inwieweit die geringere Bereitschaft zur Teilnahme direkt auf die geschlechtsspezifische Sozialisierung schiebbar ist bleibt unklar.

6.1.3. Bildung

Hinsichtlich des Einflusses des höchsten Bildungsabschlusses war, anlehnend an Verba, et al. (1995a), angenommen worden, dass die Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ mit dem Bildungsabschluss ansteigen würde. Auch in anderen Studien wird Bildung als einer der wichtigsten Prädiktoren für die Bereitschaft zur politischen Partizipation genannt (Smets & van Ham, 2013). Tatsächlich schienen Personen mit einem Hochschul- und Maturaabschluss besonders häufig politisch zu partizipieren und auch am ehesten das Gefühl zu haben, Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Auch schienen das politische Interesse und die Zustimmung zur Aussage „*Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen*“ mit dem Bildungsgrad anzusteigen. Für Personen mit einem Hochschul-, Matura- oder Meisterabschluss waren zudem finanzielle Aspekte als Absagegrund weniger bedeutend.

Die Ergebnisse hinsichtlich der Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ fielen jedoch weniger eindeutig aus als vermutet. Zwar hatten Personen mit einem Hochschulabschluss etwas wahrscheinlicher an einem Bürger:innenrat teilgenommen als Personen mit einem Pflichtschulabschluss, jedoch stachen unter den Teilnehmenden insbesondere Personen mit einer Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss hervor. Auch bei Personen mit einem Fachschulabschluss hatte sich eine etwas höhere Teilnahmebereitschaft gezeigt.

Bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ gab es somit, trotz der eindeutigen Ergebnisse hinsichtlich der allgemeinen Bereitschaft zur politischen Partizipation von Personen mit hohen Bildungsabschlüssen, einen Trend hin zu Teilnehmenden mit mittleren Bildungsabschlüssen.

Weshalb könnte die Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ mit zunehmendem Bildungsgrad weniger eindeutig angestiegen sein als bei anderen Formen der politischen Partizipation? Einerseits muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich Personen mit Meister- und Fachschulabschlüssen hinsichtlich des politischen Interesses und des Vertrauens in das eigene politische Wissen ebenfalls signifikant von der Referenzgruppe (Pflichtschulabschluss) unterschieden. Zudem schien insbesondere die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen bei Personen mit einer Meisterprüfung und einem Fachschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss relativ hoch zu

sein: Erstere lagen hier sogar vor Personen mit einem Maturaabschluss. Auch trauten sich Personen mit einer Meisterprüfung als höchsten Bildungsabschluss häufiger als die Referenzgruppe zu, in einer politischen Gruppe eine aktive Rolle zu übernehmen. Betrachtet man die Rolle von zeitlichen Unabkömmlichkeiten als Absagegrund, so zeigt sich, dass diese bei Personen mit einem Hochschulabschluss viel eher eine Rolle als Absagegrund gespielt hatten, verglichen mit Personen mit einem Pflichtschulabschluss als höchsten abgeschlossenen Bildungsgrad. Zeitliche Faktoren dürften somit insbesondere für diese Personengruppe ein wichtiger Absagegrund gewesen sein.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Verfügbarkeit von Geld und Möglichkeiten zum Erlernen von *civic skills* mit dem Bildungsgrad anzusteigen scheint. Im Hinblick auf die „Vorarlberger Bürgerräte“ könnten *civic skills* hinsichtlich des Bildungsgrades eine Rolle gespielt haben, jedoch eher in der Hinsicht, dass sie eine Teilnahmehürde für Personen mit einem geringeren Bildungsabschluss dargestellt haben dürften. Die Vorteile, welche Personen mit einem Hochschulabschluss durch eine höhere Verfügbarkeit von *civic skills* zuteil waren, könnten möglicherweise durch ein gleichzeitig geringeres Vorhandensein von zeitlichen Ressourcen ausgeglichen worden sein. Wie Verba, et al. (1995a) feststellen, ist Zeit eine relativ gleichmäßig verteilte Ressource, die nicht mit zunehmender Bildung ansteigt. Im Falle der „Vorarlberger Bürgerräte“ könnten Ressourcen sogar einen egalisierenden Effekt in Bezug auf den Bildungsgrad gehabt haben. Offen bleibt, weshalb Personen mit einem Maturaabschluss, welche den Ergebnissen zufolge ebenfalls über einen hohen Grad an *civic skills* verfügen müssten, für welche zeitliche Faktoren jedoch eine geringere Rolle als Absagegrund gespielt haben müssten, nicht häufiger an den „Vorarlberger Bürgerräten“ teilgenommen hatten. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass es sich bei dieser Gruppe zu einem relativ großen Anteil um jüngere Personen handelt, für welche die bereits beschriebenen altersspezifischen Hemmnisse eine Rolle gespielt haben könnten. Diese Annahme ist jedoch rein spekulativ und erfordert weitere Forschung. Wie bezogen auf das Geschlecht muss auch an dieser Stelle erwähnt werden, dass der Unterschied zwischen einem Mangel an Fertigkeiten und anderen Faktoren, etwa der Sozialisierung, schwer zu messen ist und die Literatur hier auseinandergeht (Persson, 2013; Kam & Palmer, 2008). So zeigten etwa auch Verba, et al. (1995a), dass die Bildung der Eltern ebenfalls einen Einfluss auf die Bereitschaft zur politischen Partizipation hatte.

6.1.4. Migrationshintergrund

Ausgehend von Strele (2012) war vermutet worden, dass Personen mit Migrationshintergrund seltener an den „Vorarlberger Bürgerräten“ teilnehmen würden. Wie Verba, et al. (1995a) bemerken, korrelieren Sprachkenntnisse in der jeweiligen Sprache mit der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Es wurde demnach vermutet, dass dies für manche Personen mit nicht-deutscher Muttersprache eine Hürde darstellen könnte. Zudem wurde überlegt, dass es Personen, welche sich noch nicht lange in einem Land aufgehalten hatten, an Einbettung in die politischen und sozialen Netzwerke der dortigen Gesellschaft

fehlen könnte. So habe man noch weniger Zeit gehabt, Sozialkapital in der jeweiligen Gesellschaft aufzubauen (Morales & Guigni, 2011). Weiters gebe es manchmal auch weniger Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen, etwa durch fehlende Wahlberechtigung oder mangelndes Hintergrundwissen über lokale politische Geschehnisse (Morales & Guigni, 2011). Vor diesem Hintergrund hätte man annehmen können, dass Personen mit Migrationshintergrund sowohl aus einer Ressourcenperspektive, aufgrund mangelnder Mobilisierung als auch aus sozial-institutionellen Gründen größere Hürden für eine Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ erfahren würden.

Tatsächlich schienen im Ausland geborene Personen häufiger das Gefühl zu haben, keinen Einfluss auf die Politik nehmen zu können. Zudem schienen diese in einer geringeren Anzahl an Vereinen und Organisationen aktiv gewesen zu sein. Personen mit im Ausland geborenen Eltern empfanden Politik des Weiteren etwas öfter als zu kompliziert und wiesen einen leicht geringeren Grad an politischem Interesse auf. Nichtsdestotrotz zeigte sich weder bei der Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ noch bei der allgemeinen Bereitschaft zur politischen Partizipation ein negativer Trend. Insbesondere Vorarlberger:innen mit im Ausland geborenen Eltern schienen sogar häufiger politisch zu partizipieren als Personen ohne Migrationshintergrund. Diese Personengruppe hatte zudem überdurchschnittlich häufig einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ zugesagt. Zuletzt zeigte sich hinsichtlich zeitlicher oder finanzieller Ressourcen bei beiden Gruppen kein Unterschied, verglichen mit Personen ohne Migrationshintergrund. Die Ergebnisse hatten somit in diesem Fall keine Anzeichen darauf gegeben, dass persönliche Ressourcen einen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft von Personen mit Migrationshintergrund gehabt hatten. Diese Aussagen sind jedoch aus zwei Gründen mit Vorsicht zu genießen:

- c) Einerseits muss beachtet werden, dass auch das Ausfüllen eines Fragebogens einen gewissen Grad an Deutschkenntnissen erfordert. Es könnten somit manche Personen im Vorhinein ausgeschlossen worden sein.
- d) Die Kategorie „Migrationshintergrund“ ist, wie in **Kapitel 5.1.7** bereits erwähnt, selbstverständlich sehr stark vereinfacht und kann bei Weitem nicht die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für Personen aus allen genannten Ländern oder Ländergruppen berücksichtigen. Letztere konnten aufgrund der geringen Stichprobenzahl nicht einzeln untersucht werden, womit in dieser Arbeit hierzu nur generelle Trends, jedoch keine allgemeingültigen Aussagen abgebildet werden konnten.

6.2. Bewertung der „Vorarlberger Bürgerräte“ nach Nancy Frasers Gerechtigkeitsmodell

Das vorhergegangene Kapitel hat die Frage beantwortet, inwieweit bei den „Vorarlberger Bürgerräten“ Teilnahmehürden in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und dem Vorhandensein einer Migrationsgeschichte bestehen. Im folgenden Abschnitt werden die „Vorarlberger Bürgerräte“ vor dem

Hintergrund der Erkenntnisse aus **Kapitel 6.1** anhand von Nancy Frasers Gerechtigkeitsmodell bewertet.

Redistribution

Frasers Begriff der Redistribution beschreibt den ökonomischen Aspekt der Gerechtigkeit und bezieht sich auf die Verteilung von Ressourcen als Ursache für einen ungleichen Zugang zu Partizipation. Dieser Punkt kann somit durch das *civic voluntarism model* relativ gut beschrieben werden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigten, dass zeitliche Faktoren den häufigsten Grund für eine Absage auf eine Einladung zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ dargestellt hatten. Überraschend ist, dass zeitliche Ressourcen im Fragebogen nicht als eindeutige Ursache für eine Unterrepräsentation der untersuchten Gruppen ausgemacht werden konnten. So zeigten die Ergebnisse für Frauen und jüngere Personen hier keine eindeutigen Unterschiede zu Männern und Personen mittleren Alters. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass zeitliche Faktoren im Vergleich zu Geld und *civic skills* relativ gleich verteilt sind. Im Falle des Faktors „Bildung“ könnten zeitliche Ressourcen sogar eine egalisierende Wirkung gehabt haben. Wie die Interviews mit Vorarlberger:innen unter 45 zeigten, könnte der Begriff „zeitliche Unabkömmlichkeiten“ jedoch auch dazu geführt haben, dass manche Faktoren nicht abgebildet wurden. So könnten etwa Herausforderungen und Prioritäten in der privaten Sphäre (Familiengründung, Berufseinstieg etc.) wenig Raum für zeitintensives politisches Engagement lassen.

Civic skills schienen eine klarere Rolle als Zugangshürde für die untersuchten Gruppen gespielt zu haben. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen, das politische Interesse und der Grad an politischer Aktivität im Allgemeinen miteinander im Zusammenhang standen und sich wiederum auf die Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ auswirkten. Dies stimmt mit den Annahmen von Verba, et al. (1995a) überein. Insbesondere jüngere Personen verwiesen auf mangelnde politische Erfahrung oder mangelndes Wissen gleichaltriger Personen als Absagegrund. Frauen und formal geringer gebildete Personen waren zudem seltener in Vereinen oder Organisationen aktiv und trauten es sich seltener zu, in einer politischen Gruppe eine aktive Rolle zu übernehmen. Zumindest bei der Gruppe der Frauen zeigte sich eine eindeutig geringere Bereitschaft zur Teilnahme an den Vorarlberger Bürgerräten. Wie in **Kapitel 6.1** beschrieben, ist jedoch offen, zu welchem Grad dies der Sozialisierung und den gesellschaftlichen Erwartungen zugeschrieben werden kann und inwieweit *civic skills* hier eine direkte Rolle gespielt hatten.

Finanzielle Ressourcen dürften im Allgemeinen eine relativ geringe Rolle gespielt haben. Nur für formal geringer gebildete Personen könnte hier möglicherweise eine Teilnahmehürde bestanden haben.

Anerkennung

Ein Mangel an Anerkennung im Sinne von Fraser besteht dann, wenn bestimmte Personengruppen aufgrund kultureller Normen als nicht im gleichen Maß zur politischen Partizipation fähig angesehen

werden, wenn deren Perspektiven nicht beachtet oder in verzerrter Form dargestellt werden. Mit Hinblick auf bestehende Literatur (Pfanzelt & Spies, 2019; Coffé & Bolzendahl, 2010) lassen die Ergebnisse vermuten, dass geschlechtsspezifische Erwartungshaltungen die Bereitschaft von Frauen zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ durchaus beeinflusst haben könnten. Eine mögliche Wirkung mangelnder Anerkennung auf die Teilnahmebereitschaft anderer unterrepräsentierter Gruppen, etwa bezogen auf das Alter (Bessant, 2010), ist nicht auszuschließen, die Ergebnisse können hierzu jedoch keine verlässlichen Aussagen liefern. Im Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ wurde besonders die Moderation und die Kommunikation zwischen den Teilnehmenden gelobt. Das könnte darauf hinweisen, dass der Rahmen des Prozesses geholfen haben könnte, mögliche Machtungleichgewichte abzufangen und zurückhaltenden Personen Raum zum Äußern ihrer Ansichten zu geben. Diese Vermutung ist jedoch rein spekulativ und kann im Zuge dieser Arbeit nicht bestätigt werden.

Repräsentation

Fraser's Dimension der Repräsentation beschreibt die Frage, inwieweit Personen durch die gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen von politischer Partizipation ausgegrenzt werden und inwieweit die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitsprache für alle Betroffenen gewährleistet wird (Fraser, 2008). Hier stellt sich zum einen die Frage, inwieweit für formal zur Partizipation berechnigte Personen die Möglichkeit besteht, sich gleichermaßen einzubringen. Wie bereits festgestellt, bestehen für die untersuchten Altersgruppen (16 bis 29 und 30 bis 45) sowie für Frauen und Personen mit geringerem Bildungsabschluss größere Zugangshürden für eine Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ als für andere Bürger:innen. Wie in **Kapitel 4.3** beschrieben, wurde bei den Einladungen auf eine heterogene Verteilung im Hinblick auf das Alter und Geschlecht der eingeladenen Personen geachtet. Die nachfolgende Selbstselektion dürfte die vorhergegangenen Bemühungen jedoch teils zunichte gemacht haben. Im Hinblick auf den Bildungsgrad waren die Unterschiede, wenn auch für politische Partizipation im Allgemeinen deutlich vorhanden, für die „Vorarlberger Bürgerräte“ weniger eindeutig auszumachen, könnten jedoch für Personen mit einem formal geringeren Bildungsgrad durchaus eine Rolle gespielt haben. Auch im Hinblick auf das Vorhandensein einer Migrationsgeschichte im Allgemeinen zeigten sich keine größeren Hürden. Zu diesem Punkt muss jedoch, wie bereits erwähnt, beachtet werden, dass es hier wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Nationalitäten geben könnte, welche in dieser Arbeit nicht erfasst werden konnten. Hinsichtlich der Frage nach dem *Framing*, also der Frage danach, wer zur Mitbestimmung berechnigt ist, ist zu erwähnen, dass die „Vorarlberger Bürgerräte“ für alle Personen im wahlfähigen Alter geöffnet sind und somit in ihrer Inklusivität über landesweite Wahlen hinausgehen. Dieser Aspekt wurde etwa von einer betroffenen Teilnehmerin des Bürger:innenrates „Klima-Zukunft“ gelobt. Fraser zufolge sollten alle einer Governance-Struktur unterworfenen Personen gleichermaßen als für politische Partizipation qualifiziert angesehen werden. Die „Vorarlberger Bürgerräte“ kommen diesem Ideal somit näher als Wahlen. Das Bürger:innencafé und die Möglichkeit zur Online-Partizipation (im Falle des Bürger:innenrats „Klima-Zukunft“), welche grundsätzlich für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen, bieten weitere Möglichkeiten. Hier

stellt sich wiederum die Frage, inwieweit an diesem Punkt Teilnahmehürden für bestimmte Personengruppen bestanden haben könnten. Hinsichtlich des „*Frame-Settings*“ selbst verbleibt die Verantwortung bei der Vorarlberger Landesregierung.

7. Conclusio: Wie gerecht sind die „Vorarlberger Bürgerräte“?

In den letzten Jahren haben deliberative Bürger:innenbeteiligungsverfahren zur Lösung komplexer Probleme zunehmend an Beliebtheit gewonnen. Expert:innen, Aktivist:innen und Politiker:innen erhoffen sich hiervon beispielsweise im Hinblick auf die drohende Klimakrise längerfristiges Denken und inklusivere Lösungen (Smith, 2021; Fridays for Future Austria, o.J.) sowie mehr Vertrauen und Kooperation bezogen auf die notwendigen Maßnahmen (Willis, et al., 2022). Zudem könnten deliberative Verfahren etwa dazu beitragen, die „lange Kette des Repräsentierens“ zwischen Entscheidungsträger:innen und Bürger:innen zu verkürzen und Machtungleichgewichte zwischen Repräsentierten und Repräsentant:innen zu verringern (Fudge & Leith, 2021; Pitkin, 1967). Dies bringt jedoch Fragen nach der Legitimität solcher Verfahren mit sich: Sind für manche Personengruppen geringere Zugangshürden gegeben als für andere, kann dies aus demokratiepolitischer Sicht als problematisch angesehen werden (Young, 2000).

In Vorarlberg sind Bürger:innenräte seit einigen Jahren in den politischen Alltag integriert und in der dortigen Landesverfassung verankert. Die „Vorarlberger Bürgerräte“ sind auf Arnsteins Leiter nicht als „echte“ Partizipation (im Sinne einer teilweisen oder vollständigen Übertragung der Entscheidungsmacht auf die partizipierende Bevölkerung) zu werten, da die Entscheidung und Umsetzung bei den gewählten Repräsentant:innen liegt und keine Garantie für die Implementierung der aus den Bürger:innenräten resultierenden Vorschläge gegeben ist. Dennoch beinhalten sie einige Mechanismen, welche für die Entscheidungsträger:innen einen gewissen Rechtfertigungsdruck gegenüber den Teilnehmenden schaffen. Wie Frinken (2021) erkennt, geht mit zunehmender Entscheidungsmacht zufällig ausgewählter Gremien auch die Frage der Legitimation derselben einher. Man kann somit festhalten, dass die Vorschläge der Teilnehmenden durchaus das Potential haben könnten, einen gewissen Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben, was die Frage nach einem gleichwertigen Zugang zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ umso wichtiger macht.

Das Konzept des „gerechten Überganges“ (*Just Transition*) versucht, Umweltbelange mit sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen. Ziel ist es, die Transformation hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft gerecht zu gestalten. Die vorliegende Arbeit ist vor diesem Hintergrund der Frage nachgegangen, wie gerecht die „Vorarlberger Bürgerräte“ sind. Nancy Fraser (2008) definiert Gerechtigkeit als „*parity of participation*“ (S. 16). Gerechtigkeit erfordere also einen gleichwertigen Zugang zu politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Fraser macht hierfür drei Aspekte aus: Redistribution (Zugang zu den für eine gleichwertige Partizipation notwendigen Ressourcen), Anerkennung (die Abwesenheit von kulturellen Hürden zur gleichwertigen Partizipation) und Repräsentation (die Abwesenheit von politischen Hürden, welche einen gleichwertigen Zugang zu politischer Partizipation erschweren). Diese Punkte zeigen, unter Berücksichtigung intergenerationeller Gerechtigkeit, starke Überschneidungen mit dem von Newell et al. (2021) beschriebenen Konzept der „transformativen Klimagerechtigkeit“ und

eignen sich somit Überlegungen aus der *Just-Transition*-Literatur in die Bewertung der „Vorarlberger Bürgerräte“ einfließen zu lassen.

Im Zuge der Arbeit wurden Fragebogendaten von Personen, welche eine Einladung zum landesweiten Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ (BR 12) erhalten hatten, ergänzt um gleichartige Daten aus den Bürger:innenräten 4 bis 8, ausgewertet und potenzielle Teilnahmehürden im Hinblick auf Alter, Geschlecht, den höchsten abgeschlossenen Bildungsgrad und das Vorhandensein einer Migrationsgeschichte ausgemacht. Um dem Aspekt der intergenerationellen Gerechtigkeit Platz einzuräumen und um eine bessere Interpretation der Fragebogenergebnisse zu gewährleisten wurden zudem Leitfadeninterviews mit Personen der Altersgruppen 16 bis 29 und 30 bis 45 geführt. Die Auswertung orientierte sich am *civic voluntarism model* von Verba, et al. (1995a).

Die Ergebnisse zeigten, dass die Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ ein relativ hohes Maß an zeitlichen Ressourcen und *civic skills* (Fertigkeiten, die dabei helfen, seine zeitlichen und finanziellen Ressourcen effektiv einzusetzen, etwa Erfahrung im Planen und Organisieren oder rhetorische Fähigkeiten) benötigen dürfte, welche in der Bevölkerung ungleich verteilt sind. Insbesondere Letztere könnten für manche Personengruppen (jüngere Personen, Frauen, formal geringer gebildete Personen) eine Teilnahmehürde dargestellt haben. Die Ergebnisse legen zudem nahe, dass im Falle des Geschlechts auch mangelnde Anerkennung (im Sinne geschlechtsspezifischer Zuschreibungen hinsichtlich der für die Partizipation in deliberativen Verfahren benötigten Kompetenzen) eine Rolle als Teilnahmehürde gespielt haben dürfte. Für die Faktoren Alter und Bildung kann mangelnde Anerkennung als Zugangshürde nicht ausgeschlossen werden, dieser Punkt müsste jedoch in weiterer Forschung genauer untersucht werden. Zwar wurde beim Versenden der Einladungen zu den „Vorarlberger Bürgerräten“ auf eine gleichmäßige Verteilung im Hinblick auf das Geschlecht und das Alter geachtet, die ungleich verteilten Zugangshürden führen jedoch zu einer Selbst-Selektion der Befragten. Um einen gerechten Zugang zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ im Sinne der Repräsentation zu gewährleisten, müssten die durch die ungleiche Verfügbarkeit von Ressourcen und die mangelnde Anerkennung entstandenen Barrieren jedoch noch stärker ausgeglichen werden. Positiv ist zu erwähnen, dass die „Vorarlberger Bürgerräte“ inklusiver sind als landesweite Wahlen: So sind Erstere für Personen ohne österreichische Staatsbürger:innenschaft geöffnet und werden von Personen mit einer Migrationsgeschichte auch zu einem überproportional hohen Grad genutzt. Weitere Forschung wäre hier jedoch notwendig, um ein detaillierteres Bild (beispielsweise im Hinblick auf die Sprachkenntnisse oder das Vorhandensein einer Staatsbürger:innenschaft) zu geben. Der Punkt der Repräsentation ließe sich noch detaillierter diskutieren, etwa in Bezug auf Kinder und Jugendliche im nicht wahlfähigen Alter (Bessant, 2010). In dieser Arbeit kaum behandelt wurde zudem die Frage nach den „*politics of framing*“ (Fraser, 2008), also dem Zustandekommen der „Spielregeln“ für die „Vorarlberger Bürgerräte“. Hier könnte man mit Hinblick auf die von Frinken (2021) angesprochenen Argumente zur Legitimität von zufällig ausgewählten *Minipublics* weitere Überlegungen anstellen. Zuletzt war der Fokus dieser Arbeit die externe Inklusion verschiedener Bevölkerungsteile, also der Zugang zu Partizipationsverfahren. Die

Frage nach der internen Inklusion, inwieweit Ungleichheiten im Partizipationsprozess selbst bestanden haben (Young, 2000), wurde aus dieser Arbeit ausgeklammert und müsste ebenfalls durch anschließende Forschung beantwortet werden.

Ein wichtiger Punkt im Hinblick auf deliberative Beteiligungsverfahren zur Lösung von langfristigen, weit in die Zukunft reichenden Problemstellungen, wie die Klimakrise, ist die Frage nach der intergenerationellen Gerechtigkeit. Diese erfordert, dass zukünftige Generationen ein gleiches Maß an Möglichkeiten und an Qualität der bestehenden Umwelt sowie einen gleichen Zugang zu natürlichen Ressourcen vorfinden wie gegenwärtige, kann jedoch auch im Sinne der Gerechtigkeit zwischen gegenwärtig lebenden Generationen interpretiert werden (Newell, et al., 2020), etwa im Sinne der Inklusion verschiedener Altersgruppen in politische und soziale Prozesse (Favretto & Balduzzi, 2020).

Die vorliegende Arbeit zeigte, dass für die untersuchten Altersgruppen insbesondere die folgenden Teilnahmehürden bestanden:

- a) Die Ergebnisse lassen vermuten, dass die mangelnde Erfahrung und das (angenommene) mangelnde Wissen Jugendlicher und junger Erwachsener (hier: Personen im Alter zwischen 16 und 29) zu politischen Themen, verglichen mit älteren Bürger:innen, manche Vertreter:innen dieser Gruppe von einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (und vermutlich auch bei anderen deliberativen Verfahren mit gemischten Altersgruppen) abgehalten haben könnten. Um zukünftige Bürger:innenräte attraktiver für jüngere Personen zu machen, könnte es demnach hilfreich sein, diese unterschiedlichen Voraussetzungen bei der Planung sowie in der Kommunikation gegenüber Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu berücksichtigen, etwa durch das Schaffen gezielter Partizipationsmöglichkeiten für diese Gruppe (Bessant, 2010). Als Kommunikationskanäle hierfür dürften sich etwa Schulen oder soziale Medien anbieten.
- b) Ein zweiter Punkt, welcher auch Personen zwischen 30 und 45 Jahren betroffen hatte, waren altersbedingte Prioritäten. So fallen etwa der Berufseinstieg und die Familiengründung in das Alter der befragten Gruppen. Durch solche Herausforderungen könnte man weniger gewillt sein, an zeitintensiven Formen der politischen Partizipation teilzunehmen. Hier könnte man möglicherweise Abhilfe schaffen, indem entsprechende Hürden in der Planung berücksichtigt werden (etwa durch das Anbieten von Kinderbetreuungsmöglichkeiten).

Zuletzt sollte sich weitere Forschung der Frage widmen, inwieweit innerhalb der „Vorarlberger Bürgerräte“ selbst eine gleichwertige Partizipation aller Altersgruppen bestanden hatte. Weiters wäre es interessant, empirisch zu messen, zu welchem Grad und unter welchen Bedingungen deliberative Verfahren wie die „Vorarlberger Bürgerräte“ tatsächlich dazu beitragen können, längerfristiges Denken zu fördern und den Belangen zukünftiger Generationen eine Stimme zu geben.

Literaturverzeichnis

- Allianz Vielfältige Demokratie. (2017). *Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis*. Berstelsmann Stiftung. Bielefeld: Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG.
- Arnstein, S. R. (1969). A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), S. 216-224.
- Asenbaum, H. (2016). Facilitating Inclusion: Austrian Wisdom Councils as Democratic Innovation between Consensus and Diversity. *Journal of Public Deliberation*, 12(2), Art.7.
- Berlin Institut für Partizipation (BIPAR). (2018). *Das Konzept der Partizipationsleiter. Ein Modell von Sherry R. Arnstein zur Klassifikation von Bürgerbeteiligungsverfahren*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://www.bipar.de/das-konzept-der-partizipationsleiter/>
- Bessant, J. (2010). Youth participation: A new mode of government. *Policy studies*, 24(2-3), S. 87-100.
- Blue, Q., Rosol, M., & Fast, V. (2019). Justice as Parity of Participation. Enhancing Arnstein's Ladder Through Fraser's Justice Framework. *Journal of the American Planning Association*, 85(3), S. 363-376.
- Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB). (2021). *Dokumentation Bürgerrat „Klima-Zukunft“*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Klima-Zukunft+B%C3%BCrgerrat+Dokumentation.pdf/477f1e5d-6880-5a74-3ba1-8c037323819f?t=1652949988709>
- Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB). (o.J.). *Rückmeldung der Vorarlberger Landesregierung zum Bürgerrat „Klima-Zukunft“ Vorarlberg*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/R%C3%BCckmeldung+Landesregierung+Klima-Zukunft.pdf/373f8f94-0b41-c5e3-d50b-063cd42a9878?t=1653404330204>
- Center for Wise Democracy. (o.J.). *12 Principles of the „Wisdom Council Process“*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://www.wisedemocracy.org/12-principles-of-wisdom-council.html>
- Christensen, H. S. (2011). *Political Participation beyond the Vote*. Turku: Åbo University Press.
- Coffé, H., & Bolzendahl, C. (2010). Same Game, Diefferent Rules? Gender Differencies in Political Participation. *Sex Roles*, 62, S. 318-333.
- Dahl, V., Amna, E., Banaji, S., Landberg, M., Serek, J., Ribeiro, N., Beilmann, M., Pavlopoulos, V. & Zani, B. (2018). Apathy or alienation? Political passivity among youths across eight European Union countries. *European Journal of Develomental Psychology*, 15(3), S. 284-301.
- van Deth, J. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina, & A. Römmele, *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. (S. 141-161). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH.
- van Deth, J. (2021). *What is political Participation?* Oxford Research Encyclopedia of Politics. Abgerufen am 28.02.2023 von <https://oxfordre.com/politics/display/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-68?print=pdf>

- Dryzek, J., & Niedermayer, S. (2019). Deliberative democracy and climate governance. *Nature Human Behavior*, S. 411-413.
- Extinction Rebellion Deutschland. (2019). *Extinction Rebellion: Wandel durch Demokratie. Eine Positionierung*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen/bv/wandel-durch-demokratie/>
- Favretto, A. R., & Balduzzi, G. (2020). Intergenerational Justice as intergenerational inclusion: New challenges for the welfare system. *Revista Estudos Institucionais*, 6(3), S. 1417-1435.
- Fraser, N. (1997). *Justice Interruptus: Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition*. New York: Routledge.
- Fraser, N. (2008). *Scales of Justice. Reimagine Political Space in a Globalizing World*. Cambridge, (UK): Polity Press.
- Fraser, N. (2010). Who Counts? Dilemmas of Justice in a Postwestphalian World. *Antipode*, 41, S. 281–297.
- Fridays for Future Austria. (o.J.). *Klimarat*. Abgerufen am 16. 02. 2023 von <https://www.fridaysforfuture.at/themen/klimarat>
- Frinken, J. (2021). Rezension: Smith, Graham (2021): Can Democracy Safeguard the Future? *Politische Vierteljahresschrift*, 62, S. 551-553.
- Fudge, M., & Leith, P. (2021). Rethinking Participation in Commons Governance: Political Representation and Participation. *Society & Natural Resources*, 34(8), S. 1038-1055.
- Gibson, E. D. (2014). Climate Change, Children's Rights, and the Pursuit of Intergenerational Climate Justice. *Health and Human Rights Journal*, 1(16), S. 19-31.
- Hagedorn, G., Baasch, S., Blöbaum, A., Brendel, H., Hardt, J. N., Heiland, S., Klinsmann, M., Matthies, E., Pfenning, A., West, C., Wipfler, B., Altermatt, P.P., Baumgarten, S., Bergmann, M., Brendel, E., van Bronswijk, K., Creutzig, F., Daub, C.-H., Dohm, L., . . . , Weber, U. (2021). Scientists for Future empfiehlt eine repräsentative Klima-Bürger:innenversammlung im Jahr 2021 (Version 1.1). *Diskussionsbeiträge der Scientists for Future*, 5, S. 1-23
- Harris, C., Farrell, D. M., Suiter, J., & Brennan, M. (2021). Women's voice in a deliberative assembly: An analysis of gender rates of participation in Ireland's Convention on the Constitution 2012-2014. *Political Studies*, 23(1), S. 175-193.
- Hebestreit, R. (2013). *Partizipation in der Wissensgesellschaft. Funktionen und Bedeutung diskursiver Beteiligungsverfahren*. Dissertation. Wiesbaden: Springer VS.
- Heffron, R. J., & McCauley, D. (2018). What is the 'Just Transition'? *Geoforum*, 88, 74-77.
- Heinrichs, H. (2005). Partizipationsforschung und nachhaltige Entwicklung. *GAIA*, 14(1), S. 30-31.
- Hellrigl, M., & Lederer, M. (2019). Wisdom Councils im öffentlichen Bereich. In Z. Rosa, & M. zur Bensen (Hrsg.), *Dynamic Facilitation: Die erfolgreiche Moderationsmethode für schwierige und verfahrenre Situationen*. (2. Ausg., S. 154-166). Basel: Beltz Verlag.
- Hobler, D., Klenner, C., Pfahl, Svenja, Sopp, P., & Wagner, A. (2017). *Wer leistet unbezahlte Arbeit? WSI Report Nr. 35*. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI). Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.
- Hoecker, B. (2006). *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine Studienorientierte Einführung*. Opladen: Barbara Budrich.

- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). (2022). *Climate Change 2022: Impacts, Adaption and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge (UK); New York: Cambridge University Press.
- Jankowski, T. B., & Strate, J. M. (1995). Modes of Participation over the adult life span. *Political Behavior*, 17(1), S. 89-106.
- Jaquet, V. (2017). Explaining non-participation in deliberative mini-publics. *European Journal of Political Research*, 56(3), S. 640-659.
- Kam, C. D., & Palmer, C. L. (2008). Reconsidering the Effects of Education on Political Participation. *The Journal of Politics*, 70(3), S. 612-631.
- Karpowitz, C., Mendelberg, T., & Shaker, L. (2012). Gender Inequality in Deliberative Participation. *American Political Science Review*, 106(3), S. 533-547.
- Kashwan, P. (2021). Climate Justice in the Global North. *Case Studies in the Environment*, 5, S. 1-13.
- Klammer, U. (2009). Unsicherheiten und Belastungen in frühen Lebensphasen als Herausforderung für die Gestaltung einer lebenslaufforientierten, nachhaltigen Sozialpolitik. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 9(2), S. 57-62.
- Kołodziejski, M. (2022). *Just Transition Fund*. Fact Sheets on the European Union. (Europäisches Parlament) Abgerufen am 2022. 02. 2023 von <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/en/sheet/214/just-transition-fund-jtf->
- König, M., & König, W. (2012). Neue Formen der Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik. In G. Weißeno, & H. Buchstein, *Politisch Handeln. Möglichkeiten, Modelle, Kompetenzen*. (S. 58-73). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).
- Land Vorarlberg. (o.J.a). *Richtlinie der Vorarlberger Landesregierung zur Einberufung und Durchführung von Bürgerräten*. Abgerufen am 03. 02. 2023 von <https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Richtlinie+B%C3%BCrgerrat.pdf/4d1dc47a-d15e-18ad-e65f-11baa9b8624e?t=1620229041400>
- Land Vorarlberg. (o.J.b). *Bürgerräte in Vorarlberg. Demokratie lebt von Beteiligung*. Abgerufen am 02. 02. 2023 von <https://vorarlberg.at/-/buergeraete-in-vorarlberg>
- Mc Dill, E. L., & Ridley, J. C. (1962). Status, anomia, political alienation, and political participation. *American Journal of Sociology*, 68(2), S. 205-213.
- Melo, D. F., & Stockemer, D. (2014). Age and political participation in Germany, France and the UK: A comparative Analysis. *Comparative European Politics*, 12, S. 33-53.
- Meuser, M., & Nagel, U. (2002). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In A. Bogner, B. Littig, & W. Menz, *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*. (S. 72-92). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Meuser, M., & Nagel, U. (2009). Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In S. Pickel, G. Pickel, & D. Jahn, *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft* (S. 465–479). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mircioiu, C., & Atkinson, J. (2017). A Comparison of Parametric and Non-Parametric Methods Applied to a Likert Scale. *Pharmacy*, 5(2), Art. 26.
- Morales, L., & Guigni, M. (2011). *Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?* Hampshire: Palgrave Macmillan.

- Nanz, P., & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb).
- Newell, P., & Mulvaney, D. (2013). The political economy of the 'just transition'. *The Geographical Journal*, 179(2), S. 132-140.
- Newell, P., Srivastava, S., Naess, L. O., A. Torres, G. A., Contreras, & Price, R. (2020). *Towards Transformative Climate Justice: Key Challenges and Future Directions for Research*. Brighton: Institute of Development Studies.
- Newell, P., Srivastava, S., Naess, L. O., Torres Contreras, G. A., & Price, R. (2021). Toward transformative climate justice: An emerging research agenda. *WIREs Climate Change*, 12(6), Art. e733.
- Niedermeyer, S. (2013). Democracy and Climate Change: What Can Deliberative Democracy Contribute? *Australian Journal of Politics and History*, 59(3), S. 429-448.
- Nieß, M. (2016). *Partizipation aus Subjektperspektive. Zur Bedeutung von Interessenvertretung von Menschen mit Lernschwierigkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nutzinger, H. G. (1995). Verteilungsfragen und intergenerationelle Gerechtigkeit in der Ökologischen Ökonomie. *Ökologisches Wirtschaften*, 10(5-6), S. 17-18.
- Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT). (o.J.a). *Partizipation: BürgerInnenrat*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://partizipation.at/methoden/buergerinnenrat/>
- Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT). (o.J.b). *Dynamic Facilitation*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://partizipation.at/methoden/dynamic-facilitation/>
- Oppold, D. (2016). *Effekte deliberativer Demokratie am Beispiel der Bürgerräte in Vorarlberg*. Masterarbeit. Universität Konstanz, Konstanz.
- Persson, M. (2013). Review Article: Education and Political Participation. *British Journal of Political Science*, 45(3), S. 1-15.
- Pfanzelt, H., & Spies, D. C. (2019). The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. *Political Research Quarterly*, 72(1), S. 34-48.
- Pickering, J., Bäckstrand, K., & Schlosberg, D. (2020). Between environmental and ecological democracy: theory and practice at the democracy-environment nexus. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 22(1), S. 1-15.
- Pitkin, H. F. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.
- Pitkin, H. F. (2004). Representation and Democracy: Uneasy Alliance. *Scandinavian Political Studies*, 27(3), S. 335-342.
- Prior, M. (2005). News vs. Entertainment: How Increasing Media Choice Widens Gaps in Political Knowledge and Turnout. *American Journal of Political Science*, 49(3), S. 577-592.
- Rough, J. (2004). A Rebirth of „We the People“. *The Good Society*, 13(2), S. 44-48.
- Rousseau, J.-J. (1862). *Der Gesellschaftsvertrag* (4. Aufl.). Leipzig: Verlag von Otto Wigand.
- Schäfer, A. (2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 4, S. 131–156.
- Schlosberg, D., & Collins, L. B. (2014). From environmental to climate justice: Climate change and the discourse of environmental justice. *WIREs Climate Change*, 5, S. 359-374.

- Setälä, M., & Smith, G. (2018). Mini Public and Deliberative Democracy. In A. Bächtiger, J. S. Dryzek, J. Mansbridge, & M. E. Warren, *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy* (S. 300-314). Oxford: Oxford University Press.
- Smets, K., & van Ham, C. (2013). The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. *Electoral Studies*, 32, S. 344-359.
- Smith, G. (2021). *Can Democracy Safeguard the Future?* Cambridge, UK: Polity Press.
- Sovacool, B. K. (2021). Who are the victims of low-carbon transitions? Towards a political ecology of climate change mitigation. *Energy Research & Social Science*, Art. 101916.
- Statista. (2020). *Bildungsstand der Bevölkerung in Österreich nach Geschlecht im Jahr 2020*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1236592/umfrage/bildungsstand-der-bevoelkerung-in-oesterreich-nach-geschlecht/>
- Statistik Austria. (2022). *Teilzeitarbeit, Teilzeitquote*. Abgerufen am 01. 02. 2023 von <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit-teilzeitquote>
- Stolle, D., & Hooghe, M. (2011). Shifting inequalities: Patterns of exclusion and inclusion in emerging forms of political participation. *European Societies*, 13(1), S. 119-142.
- Strele, M. (2012). *BürgerInnen-Räte in Österreich. Gemeinsames Forschungsprojekt des Lebensministeriums und des Büros für Zukunftsfragen*. Bregenz: Büro für Zukunftsfragen.
- Uehlinger, H.-M. (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik: Strukturen und Erklärungsmodelle*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Ullrich, P. (2006). Das explorative ExpertInneninterview: Modifikationen und konkrete Umsetzung der Auswertung von ExpertInneninterviews nach Meuser/Nagel. In T. Engartner, D. Kuring, & T. Teubl, *Die Transformation des Politischen: Analysen, Deutungen und Perspektiven. siebentes und achtes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. (S. 100-109). Berlin: Dietz-Verlag.
- Verba, S., & Nie, H. N. (1972). *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*. Chicago: University of Chicago Press.
- Verba, S., Nie, N. H., & Kim, J.-O. (1978). *Participation and Political Equality. A seven-nation Comparison*. Cambridge (UK): Cambridge University Press.
- Verba, S., Brady, H. E., & Schlozman, K. L. (1995a). *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Verba, S., Brady, H. E., & Schlozman, K. L. (1995b). Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review*, 89(2), S. 271-294.
- Wang, X., & Lo, K. (2021). Just transition: A conceptual review. *Energy Research & Social Science*, 82(3), Art. 102291.
- Weiss, E. B. (1989). *In Fairness to Future Generations: International Law, Common Patrimony, and Intergenerational Equity*. New York: Transnational Publishers.
- Weiss, J. (2020). What is Youth Political Participation? Literature Review on Youth Political Participation and Political Attitudes. *Frontiers in Political Science*, 2, Art.1.
- Willis, R., Corato, N., & Smith, G. (2022). Deliberative Democracy and the Climate Crisis. *WIREs Climate Change*, 13(2), Art. e759.

de Winter, J. F., & Dodou, D. (2010). Five-Point likert-items: t-test versus Mann-Whitney-Wilcoxon (Addendum added October 2012). *Practical Assessment, Research, and Evaluation*, 15, Art. 11.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. Berlin: WBGU.

Woodward, J. L., & Roper, E. (1950). Political Activity of American Citizens. *The American Political Science Review*, 44(4), S. 872-885.

World Commission on Environment and Development (WCED). (1987). *Our Common Future*. Oxford: Oxford University Press

Young, I. M. (2000). *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Appendix A: Interviewleitfaden

Im Folgenden findet sich der im Rahmen der Interviews verwendete Leitfaden. Anmerkung: Die rot markierten Stellen wurden in der Interviewauswertung nicht berücksichtigt, da der Untersuchungsfrage 3 in dieser Form nicht weiter nachgegangen wurde. Der Wortlaut der Forschungsfragen 1 und 2 wurde zudem ebenfalls abgeändert.

Ziel und Funktion des Interviews:

- Mögliche Zugangshürden für die Teilnahme am Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“ ausmachen.
- Präferenzen hinsichtlich klimapolitischer Maßnahmen ausmachen und Übereinstimmungen/Unterschiede mit den im Rahmen des Bürger:innenrates „Klima-Zukunft“ vorgeschlagenen Maßnahmen identifizieren.

Zielgruppe: Personen unter 45 aus Vorarlberg

Untersuchungsfragen:

1. *Wie gerecht ist das Konzept der „Vorarlberger Bürgerräte“ hinsichtlich der Faktoren Redistribution, Anerkennung und Repräsentation?*
2. *Inwiefern beeinflussten ressourcenbezogene Faktoren die Zusammensetzung der „Vorarlberger Bürgerräte“?*
3. *Inwieweit eignete sich der Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“, um die Perspektiven unterrepräsentierter Gruppen, beispielsweise jüngerer Vorarlberger:innen, zu vertreten?*

Sachthemen:

- A) **Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“/ Mögliche Teilnahmehürden**
- B) **Allgemeine Einstellungen zum Thema Klimakrise**
- C) **Klimapolitische Lösungsansätze auf Landesebene**

A)

Einstieg:

„Seit 2011 finden in Vorarlberg regelmäßig sogenannte ‚Bürgerräte‘ statt. Bürger:innenräte sind eine Methode, um die Bevölkerung in politische Entscheidungen miteinzubeziehen. Hierfür kommen etwa 10-20 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Personen auf freiwilliger Basis für ein Wochenende zusammen und erarbeiten in diesem Zeitraum eine gemeinsame Empfehlung, die dann öffentlichkeitswirksam an die Politik weitergegeben wird. Die Teilnahme ist freiwillig.“

- Einstiegsfrage: Von dem, was du jetzt darüber weißt: Wie findest du die Idee der „Vorarlberger Bürgerräte“?
 - Was findest du gut?
 - Welche Problematiken könnten sich deiner Meinung nach bei der Durchführung solcher „Bürger:innenräte“ ergeben?
 - Alternativfrage: Was siehst du kritisch?

- Nehmen wir an, du wärst gefragt worden, an einem Bürger:innenrat teilzunehmen:
 - o Inwieweit wärst du bereit gewesen teilzunehmen?
 - o Welche Dinge hätten dich möglicherweise davon abgehalten teilzunehmen?
- Angenommen, der Bürger:innenrat hätte ein Thema behandelt, das dir sehr am Herzen liegt.
 - o Welches Thema oder welche Themen wären das gewesen und was hättest du dazu loswerden wollen?
 - o Nehmen wir an, du hättest beschlossen, daran teilzunehmen.
 - Inwieweit hättest du im Bürger:innenrat selbst einen Beitrag leisten können?
 - Inwieweit, denkst du, hätten deine Ansichten und Forderungen Gehör in der Politik gefunden?
- Auf welche Art hättest du dein Anliegen sonst ausdrücken oder an die Öffentlichkeit bringen können? zB. *an einer Demonstration teilnehmen, an einer Unterschriftenaktion teilnehmen, Kontakt mit Politiker:innen aufnehmen, an einer politische Versammlung teilnehmen, seine Meinung im Internet äußern...*
 - o An welcher dieser Arten der politischen Partizipation hättest du eher teilgenommen?
 - Was spricht dich daran eher an als die Teilnahme am Bürger:innenrat?
 - Inwieweit, denkst du, hättest du da in der Politik Gehör gefunden?
 - o An welcher dieser Arten der politischen Partizipation hast du schon einmal teilgenommen?
- Personen in deinem Alter waren unter den Teilnehmenden der Vorarlberger Bürger:innenräte relativ wenig vertreten. Wenn du an dich und dein Umfeld denkst – Warum könnte das so gewesen sein?
 - o Welche Bedeutung könnten zeitliche Ressourcen gespielt haben?
 - o Welche Bedeutung könnten finanzielle Ressourcen gehabt haben?
- Wenn du jetzt an die eben genannten Dinge denkst: Was müsste sich ändern, damit die Vorarlberger Bürger:innenräte für alle Personen gleichermaßen interessant werden?

B)

Kommen wir zum Thema des letzten Bürger:innenrates: Im Juni 2021 hat ein Bürger:innenrat zum Thema „Klima-Zukunft“ stattgefunden.

- Ganz allgemein: Wie gut informiert fühlst du dich zum Thema Klimawandel?
- Inwieweit und in welcher Form sind die Folgen des Klimawandels auf der Erde deiner Meinung nach schon spürbar? *Nachfrage: Inwieweit hast du das Gefühl, dass die Folgen in Vorarlberg schon spürbar sind?*
 - o *Wo sind die Folgen des Klimawandels bereits spürbar?*
- Welche Auswirkungen könnte der Klimawandel für die Menschheit haben?
- Welche Rolle spielt die Menschheit als Ursache für den Klimawandel?
- Was müsste passieren, damit der Klimawandel aufgehalten wird?
 - o Welche Maßnahmen kann man persönlich setzen, um den Klimawandel aufzuhalten?
 - Welche Maßnahmen davon sind am wichtigsten?
 - Welche Maßnahmen setzt du persönlich, um den Klimawandel aufzuhalten?
 - o Welche Rolle spielt die Politik bei der Bekämpfung des Klimawandels?

C)

- Wir haben nun bereits über politische Maßnahmen gesprochen. Was könnte man denn politisch in Vorarlberg tun, um den Klimawandel einzudämmen?
 - o Inwieweit kann Vorarlberg überhaupt etwas zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen?
 - o Was könnte die Politik konkret in Vorarlberg tun?
 - o Welche Rolle spielt hier die politische Beteiligung der Vorarlberger Bevölkerung?
- Im Bürger:innenrat wurde außerdem die Rolle von Information und Bildung hervorgehoben:

- Was könnte man in diesem Bereich machen?
- Welche Bedeutung hat dieser Punkt für die Bekämpfung des Klimawandels?
- Es wurde außerdem vorgeschlagen, Belohnungen und Anreize zu schaffen, also umweltfreundliches Verhalten zu belohnen und dafür Anreize zu schaffen (zb. finanziell).
 - Was könnte man hier machen?
 - Welche Bedeutung hat dieses Thema deiner Meinung nach für die Bekämpfung des Klimawandels?
- Die Teilnehmer:innen des Bürger:innen waren auch der Meinung, man müsste Maßnahmen im Umgang mit Ressourcen setzen.
 - Was für Möglichkeiten fallen dir zu diesem Punkt ein?
 - Inwieweit hat das eine Bedeutung für die Bekämpfung des Klimawandels?
- Zuletzt ist auch das Thema Mobilität angesprochen worden.
 - Welche Maßnahmen fallen dir dazu ein?
 - Welche Bedeutung hat dieser Punkt für die Bekämpfung des Klimawandels?
- Nehmen wir an, die Politik würde jetzt tatsächlich Maßnahmen in den zuvor genannten Bereichen umsetzen:
 - In welchem Ausmaß würde das eine Veränderung zur aktuellen Situation darstellen?
 - Welche Bedeutung hätten diese Punkte für dich persönlich und dein Leben?
 - Wer denkst du wären die Gewinner:innen und Verlierer:innen?
 - Wem würde diese Maßnahmen am meisten nützen?
 - wer oder welche Bevölkerungsgruppe trägt tendenziell eher die Last?
- Wir sind nun fast am Ende des Interviews angelangt. Zum Abschluss noch eine Frage: Was würdest du dir für zukünftige Bürger:innenräte wünschen?

Abschluss: Sozioökonomische Daten

- Geschlecht:
- Alter:
- Wie lange in Vbg/ Geburtsort/ Migrationshintergrund?
- Kinder:
- Höchster Ausbildungsabschluss:
- Derzeitiger Beruf:
- Subjektiver sozialer Status (Skala 1-10):

“Subjektiven sozialer Status” mittels Selbstpositionierung auf einer imaginierten sozialen Leiter: „Stell dir eine 10-stufige Leiter vor, die die sozialen Positionen der Bevölkerung in Vorarlberg abbildet. Wo würdest du dich (und Ihre Familie) auf dieser Leiter anordnen, wenn 0 ‚ganz unten‘ und 10 ‚ganz oben‘ bedeutet?“

[für Analyse: 0-4 = niedrig]

Appendix B: Liste der gefundenen Codes

Tabelle 17 gibt eine Übersicht über die gefundenen Codes für die Altersgruppen 16 bis 29 und 30 bis 45. Die Angaben beziehen sich auf die Anzahl an Interviews, in welchen der jeweilige Code gefunden wurde. Die in Klammer stehenden Nummern neben einem Code mit mehreren Unter-codes geben an, wie viele Personen einer Altersgruppe eine Aussage getätigt haben, welche diesem oder einem der Unter-codes zuzuordnen ist ((1/3) bedeutet etwa, dass eine Person unter 30 und drei Personen über 30 eine mit diesem Code in Verbindung stehende Aussage getätigt haben).

Tabelle 17: Liste der gefundenen Codes, getrennt nach den Altersgruppen 16-29 (U30) und 30-45 (Ü30)

	U30	Ü30	Gesamt
Von BR gehört?			
In Gemeinde abgehalten	0	1	1
Davon gehört, weiß aber nicht genau, wie das abläuft	1	1	2
Kennt den ungefähren Ablauf	0	1	1
Bewertung BR			
Positive Aspekte			
Verbesserte Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung (4/2)			
• Meinung der Bevölkerung wird eher gehört	0	1	1
• Entscheidungsträger:innen können erreicht werden	1	0	1
• Möglichkeit mitzureden	2	1	3
• Meinung der Bevölkerung gefragt	2	1	3
Verbesserte politische Teilhabe (1/3)			
• Partizipation wird gelebt	0	1	1
• Bevölkerung kann mitentscheiden	1	1	2
• Nochmal „mehr“ als Wahlen	1	0	1
• Wichtiges demokratisches Instrument für Bürger:innen	0	1	1
• Vertrauen in eigene Einflussmöglichkeiten gestärkt	0	1	1
Man versucht, darauf zu hören	2	0	2
Losverfahren/Zufallsauswahl	2	1	3
Niederschwelliger Zugang	0	1	1
Negative Aspekte			
Im BR könnten manche Stimmen eher gehört werden	0	1	1
Repräsentativität in Frage gestellt (4/3)			
• Zufallsauswahl	1	0	1
• Interessen einer politischen Farbe zu stark	0	1	1
• Mittel, um eigene Interessen zu „pushen“	1	0	1
• Wichtige Meinungen könnten unterrepräsentiert sein	0	1	1
Mangelnde (Verpflichtung zur) Umsetzung (3/2)			
• Enttäuschung, falls nicht umgesetzt	1	0	1

• Man setzt nur um, was man möchte	1	1	2
• Manche guten Ideen werden nicht umgesetzt	1	0	1
• zu wenig Involvierung der Ergebnisse in Entscheidungsprozesse	0	1	1
Kommunikationsproblem zwischen Generationen	0	1	1
Wenig Transparenz nach außen	0	1	1
Fehlendes Wissen „gewöhnlicher“ Bürger:innen	1	1	2
Schwer, Personen aufzutreiben	1	0	1
Neutrale Aussagen			
Durch Zuzallsauswahl kann alles rauskommen	1	0	1
Heterogenität wichtig	1	0	1
Gegenseitige Wertschätzung und Respekt wichtig	1	0	1
Hoffe auf gleichmäßige Altersverteilung	0	1	1
Bereitschaft zur Teilnahme			
Motivation für Teilnahme			
Finde es wichtig	0	1	1
Finde gut, dass es die Möglichkeit gibt	1	0	1
Habe eine recht politische Ausbildung	0	1	1
Mögliche Gründe für Nicht-Teilnahme			
„They can't“ (6/4)	0	0	
„Civic skills“ (6/1)	0	0	
Zuvor noch nie davon gehört/Mangelndes Wissen über BR	1	0	1
Schwierigkeiten, andere zu überzeugen	1	0	1
Mangelnde Erfahrung	1	0	1
Mangelndes Wissen/mangelnder Weitblick (3/1)	1	1	2
• Themenabhängig	2	1	3
Zeitliche Gründe (4/3)	2	1	3
• Terminkollision	2	2	4
• Zeitaufwand	1	0	1
• Schule, Studium, Beruf	1	0	1
Krankheit	0	2	2
Urlaub	0	2	2
„They don't want to“ (1/2)	0	1	2
Mangelndes Interesse (1/2)	1	0	1
• Bin ohne Themen	0	1	1
• Thema nicht von Interesse	0	1	1
Bin politisch nicht aktiv/halte mich politisch zurück	0	1	1
Weite Wegstrecke	0	1	1
Mangelndes Selbstvertrauen/Selbstbewusstsein (2/1)	0	1	1
• Angst, dass eigene Meinung nicht ernstgenommen wird	1	0	1
• Bin eher schüchtern	1	0	1

Wichtige Themen			
Umwelt (2/3)	1	2	3
• Klimaschutz	0	1	1
• Möglicherweise fehlender Weitblick	1	0	1
• Nachhaltiger Verkehr	0	1	1
• Verbauung/Flächenfraß	0	2	2
Verkehr (allgemein) (1/1)	0	0	
• Verkehrsberuhigung	0	1	1
• öffentliche Infrastruktur/Anbindung	1	0	1
Grünflächen	0	1	1
Soziales (4/4)	0	1	1
• Leistbares Wohnen	0	2	2
• LGBTIQ	0	1	1
• Chronische Erkrankungen	0	1	1
• Migration	0	1	1
• Schulsystem	1	0	1
• Anti-Rassismus	2	0	2
• Gleichberechtigung	2	0	2
Frieden	1	0	1
Tierschutz (2/0)	1	0	1
• Fleischproduktion	1	0	1
Finanzen/öffentliche Gelder	0	1	1
Indirekt sind mir alle Themen wichtig	0	1	1
Hab noch nie darüber nachgedacht, was mir am Herzen liegt	1	0	1
Eigener Beitrag im BR			
Wäre bereit, einiges zu machen	1	0	1
Hätte versucht, meinen Beitrag möglichst gut zu leisten	2	0	2
Hoffe doch, das andere dazu ähnlich denken	1	0	1
Hätte meine Meinung eingebracht	1	2	3
Hätte versucht, andere zu überzeugen	1	0	1
Hätte mich vorbereitet (2/0)	1	0	1
• Meinung anderer Leute einbeziehen	1	0	1
• Informationen von Stakeholder:innen einholen	1	0	1
Gemeinsam Vorschläge/Kompromisse ausarbeiten	2	1	3
Erfahrung und Beispiele einbringen	1	1	2
Eher Kommentieren als durch Ideen	0	1	1
Liefere von Ideen	1	0	1
Schwierigkeiten			
Mangelnde Erfahrung	1	0	1
Weiß bei vielen Themen zu wenig	0	1	1

Probleme sich durchzusetzen	0	1	1
Abhängig von... (1/2)			
Thema	0	2	2
Teilnehmenden (1/1)	0	1	1
• Politische Einstellung	0	1	1
• Altersgruppen	0	1	1
• Meinungen der anderen	1	0	1
Moderation	0	1	1
Stimmung in Bevölkerung	0	1	1
Gehör in der Politik			
Durch den BR			
Abhängig von... (2/4)			
Wahljahr?	0	1	1
Argumentation/Untermauerung	0	1	1
Druck, Vorschläge umzusetzen	0	1	1
Medialer Anklang	0	1	1
Wirkung für Image	1	0	1
Präsenz des Themas	1	2	3
Vorschlägen (2/1)	0	0	
• Machbarkeit	0	1	1
• Mehrheitsfähigkeit	2	1	3
• Konkretheit	0	1	1
• Finanzierbarkeit	0	1	1
Andere Aussagen			
Beim jeweiligen Thema wenig Einfluss	2	0	2
Eher Gehör als bei anderen Formen der Partizipation	0	1	1
Zweifel an Gehör/Schwer zu beurteilen (4/2)	3	1	4
• Zweifel, weil noch nie von Umsetzung gehört	1	1	2
Der BR findet medial Anklang	0	1	1
Andere Arten der Partizipation			
Demonstrationen (2/0)	1	0	1
• Könnte mir vorstellen, daran teilzunehmen	1	0	1
• Würde keine organisieren	1	0	1
Leserbriefe/Zeitung	2	1	3
Petitionen/Unterschriftenlisten (1/2)	1	1	2
• Geht schneller	1	0	1
• Bei vielen Personen wirksamer	1	1	2
• Wenig Wirksamkeit	0	1	1
Kampagnen	1	0	1
Direkter Kontakt zu Politiker:innen (4/3)	0	1	1
• Verbal	0	2	2

• Schriftlich	3	0	3
• telefonisch	0	1	1
• Schwer, Gehör zu finden	2	0	2
• Zweifel, ob Gehör bleiben ist	0	1	1
• Auf Landesebene zu hoch	0	1	1
• Bei vielen Menschen wirksam	1	1	2
Mit Mitmenschen sprechen	2	1	3
Einer Partei beitreten	0	1	1
In einer Interessenvertretung/Gewerkschaft mitwirken	0	1	1
Social Media (4/0)	2	0	2
• Schwierig, Aufmerksamkeit zu bekommen	1	0	1
• Wenig wirksam, weil wenig Reichweite	1	0	1
• Viele Falschmeldungen	1	0	1
• Viele Gleichgesinnte erreichbar	1	0	1
Volksbegehren (1/0)	1	0	1
• Weniger Gehör als im BR	1	0	1
EU-Bürger:innenbefragung	0	1	1
Wahlen (0/1)	0	1	1
• davon abhängig, wie andere wählen	0	1	1
Informationsveranstaltungen	0	1	1
Weitere Aussagen			
In Vbg werden Anliegen der Bevölkerung gehört	0	2	2
Zweifel an Wirksamkeit	0	1	1
Weiß nicht, was wirkungsvoll wäre	0	1	1
Eigene politische Aktivität			
Schulprojekte	1	1	2
Petitionen unterschrieben	2	1	3
an einer Demonstration teilgenommen (1/3)	1	2	3
• Zweifle aber an Wirksamkeit	0	1	1
Kontakt mit Politiker:innen (2/2)	2	1	3
• in Diskussionsrunden	0	1	1
• hat damals nichts gebracht	1	0	1
• Senkt die Hemmschwelle	0	1	1
Beruflich	0	1	1
AHA-Meetings	1	0	1
Wahl	0	1	1
Volksbegehren	1	0	1
Bin politisch wenig aktiv	1	1	2
Hab noch nie an einer der genannten Möglichkeiten teilgenommen	1	0	1
Gründe für Nicht-Teilnahme von gleichaltrigen Personen			

„They can't“ (6/5)			
„Civic skills“ (5/0)	0	0	
Zu wenig politische Bildung	1	0	1
Mangelnde Erfahrung	2	0	2
Nicht davon gehört/Wissen nicht, was das ist	3	0	3
Finanzielle Ressourcen (3/4)	0	0	
Eher unwichtig	1	2	3
Mir fällt dazu nichts ein	2	1	3
Anfahrtskosten (2/2)	0	0	
• nur ein Thema, wenn sehr abgelegen	0	1	1
• als Mitgrund	0	1	1
• unwichtig	2	1	3
• kann es nachvollziehen	0	1	1
Kinderbetreuung	1	0	1
Arbeit am Wochenende	0	1	1
Zeitliche Ressourcen (4/5)	2	1	3
Arbeit am Wochenende	0	1	1
Studium/Schule/Ausbildung	2	1	3
Mit „Gesamtsituation überfordert“	0	1	1
Familie	0	4	4
Schwangerschaft	1	0	1
Freunde	0	1	1
(Erster) Job	2	1	3
Priorisierung bei knappen zeitlichen Ressourcen (3/3)	1	2	3
• Wollen „nicht auch noch Wochenende opfern“	2	2	4
• Wenn man wirklich will, nimmt man sich die Zeit	1	0	1
Mangelndes Selbstbewusstsein/Selbstvertrauen (2/1)			
Viele trauen sich nicht (2/0)	1	0	1
• Betrifft auch ältere	1	0	1
Angst, nicht gehört/ernstgenommen zu werden	0	1	1
„They don't want to“ (5/4)			
Weniger Sorgen	1	1	2
Andere Prioritäten (allgemein) (2/2)	1	2	3
• aktiverer Lebensstil/eher verplant	1	1	3
mangelndes Interesse (2/1)	1	1	2
• Beschäftigen sich noch nicht so sehr mit Politik	1	0	1
Politikverdrossenheit/Apathie (2/0)	1	0	1
• Das Problem, nicht die Ursache	1	0	1
Bringen sich bei ihnen wichtigen Themen ein	1	0	1
Verbesserungsvorschläge für BR			
Bekannter machen/Bewerben (5/5)	5	4	9

• Schule	2	0	2
• Social Media	1	1	2
• Mediale Aufmerksamkeit	0	1	1
• durch „Mundpropaganda“	0	1	1
• Bei jüngeren Personen bekannter machen	1	0	1
Finanzielle Entschädigung (2/1)	1	1	2
• weniger sinnvoll	1	0	1
Stichproben nach Altersklassen ziehen	0	1	1
Altersgruppen erst unter sich entscheiden lassen	1	0	1
Im Wahlkampf nutzen	0	1	1
Informationen vorab für alle verständlich aufarbeiten	0	1	1
Mehr Entscheidungsmacht (0/3)	0	2	2
• Involvierung der TN in spätere Entscheidungsprozesse	0	1	1
• Verpflichtung, Ergebnisse zu bearbeiten	0	1	1
Transparenz (1/5)	0	1	1
Ergebnisse/Umsetzung aufzeigen	1	4	5
• mehr Vertrauen in Wirksamkeit	0	1	1
• Mehr Druck zur Umsetzung	0	1	1
Mehr Transparenz hinsichtlich Auswahlverfahren	0	1	1
Öfter machen	0	1	1
Online oft einfacher, Personen „zusammenzubekommen“	1	0	1
Miteinbezug von... (3/1)			
• Breite Bevölkerung miteinbeziehen	2	0	2
• Nicht nur eingeladene Personen teilnehmen lassen	1	0	1
• Diversity/Minderheiten miteinbeziehen	1	0	1
• Mehr Personen miteinbeziehen	1	0	1
• Miteinbezug von Expert:innen	0	1	1
Verbesserungsvorschläge allgemein			
Eine Plattform zum Besprechen von aktuellen Themen schaffen	0	1	1
Miteinbezug jüngerer Menschen in Politik (allgemein)	2	1	3
SUMME	175	171	346
N = Dokumente/Sprecher:innen	6	5	11

Appendix C: Fragebogen zum BR „Klima-Zukunft“

Der unten angeführte Fragebogen (**Abbildung 8**) wurde an die Teilnehmenden gesendet. Die Fragen für Nicht-Teilnehmende waren mit Ausnahme von Punkt C3 und C4 (Gründe für Zu/-Absage) ident. Die Punkte D, E, F beinhalteten Fragen hinsichtlich Einstellungen und Wissen zur Klimakrise und werden aufgrund mangelnder Relevanz in dieser Arbeit nicht aufgelistet.



Teil A: Politisches Interesse

A1. Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

- überhaupt nicht
- wenig
- mittel
- stark
- sehr stark

A2. Wie vertraut sind Sie mit dem Thema / der Fragestellung dieses Bürgerrates?

- überhaupt nicht
- wenig
- mittel
- stark
- sehr stark

A3. Wie oft nutzen Sie die Medien, d.h. Fernsehen, Zeitungen, Radio und Internet, um sich politisch zu informieren?

- Mehrmals am Tag
- Einmal am Tag
- An 5-6 Tagen die Woche
- An 3-4 Tagen pro Woche
- An 1-2 Tagen pro Woche
- An weniger als 1 Tag pro Woche
- Nie

Teil B: Politische Aktivität

B1. Man kann Mitglied in verschiedenen Organisationen sein. Einige sind unten aufgeführt. Bitte markieren Sie jeweils, was auf Sie zutrifft.

Sind Sie derzeit... / Waren Sie in den letzten 12 Monaten...

- Mitglied einer politischen Partei
- Mitglied einer Gewerkschaft, einem Unternehmensverband oder Berufsverband
- Mitglied einer Kirche oder anderen religiösen Gemeinschaft



Mitglied in einem Sport- oder Freizeitverein oder einer Gruppe mit kulturellen Interessen

Einer anderen Gruppe oder einem anderen Verein?

Ich bin nirgendwo Mitglied

B2. Es gibt verschiedene Möglichkeiten sozial oder politisch aktiv zu sein. Einige sind unten aufgeführt. Was aus der folgenden Auswahl haben Sie in den letzten 12 Monaten getan? Ich habe...

An einer Unterschriftensammlung teilgenommen.

Bestimmte Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen entweder bewusst gekauft oder nicht gekauft.

An einer Demonstration teilgenommen.

An einer politischen Versammlung teilgenommen.

Mit einem Politiker/einer Politikerin oder einem/r höheren Beamten/in Kontakt aufgenommen (oder es versucht), um meine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Geld gespendet oder gesammelt für soziale oder politische Zwecke.

Mit den Medien Kontakt aufgenommen oder bin dort selbst zu Wort gekommen, um meine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Im Internet politische Ansichten geäußert.

Sind Sie auf andere Weise sozial oder politische aktiv? Falls ja, beschreiben Sie bitte wie:

Keines der oben genannten Dinge getan (nur ankreuzen, wenn keines der oben genannten Dinge zutrifft).

B3. Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“ wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen? Wählen Sie bitte eine Option aus.

Links

Eher Links

Links Mitte

Eher Mitte Links

Mitte - Tendenz links

Mitte - Tendenz rechts

Eher Mitte Rechts

Rechts Mitte

Eher Rechts

Rechts



B4. Welcher Partei haben Sie bei der letzten Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahl (2020) Ihre Stimme gegeben?

- ÖVP
- Grüne
- NEOS
- FPÖ
- SPÖ
- Andere
- Ich habe nicht gewählt
- Ich war nicht wahlberechtigt

Teil C: Sonstiges

C1. Ganz allgemein, was meinen Sie: Kann man Menschen vertrauen oder kann man im Umgang mit Menschen nicht vorsichtig genug sein? Man kann...

- Menschen fast immer vertrauen.
- Menschen normalerweise vertrauen.
- normalerweise nicht vorsichtig genug sein im Umgang mit Menschen.
- fast nie vorsichtig genug sein im Umgang mit Menschen.

C2. Nachfolgend sind Meinungen aufgelistet, die man gelegentlich hört. Geben Sie bitte zu jeder Meinung an, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

	stimme überhaupt nicht zu	stimme nicht zu	stimme eher nicht zu	weder noch	stimme eher zu	stimme zu	stimme voll und ganz zu
Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker/innen, die in der Regierung sind, das Richtige tun.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



C3. Welche der nachfolgend genannten Gründe waren für Ihre Teilnahme an diesem Bürgerrat unwichtig, eher unwichtig, eher wichtig, wichtig oder sehr wichtig?

	unwichtig	eher unwichtig	mittel	wichtig	sehr wichtig
Ich bin der Ansicht, dass es meine Pflicht als Bürger/in ist, der Einladung zu folgen.	<input type="checkbox"/>				
Das Thema des Bürgerrates betrifft mich und meine Familie direkt.	<input type="checkbox"/>				
Das Thema des Bürgerrates betrifft Menschen in meinem Umfeld, die mir wichtig sind.	<input type="checkbox"/>				
Es ist eine Chance um mich mit anderen auszutauschen, die meine Ansichten teilen.	<input type="checkbox"/>				
Ich wurde persönlich gebeten teilzunehmen.	<input type="checkbox"/>				
Ich wurde von Personen in meinem Umfeld zur Teilnahme ermutigt.	<input type="checkbox"/>				

C4. Gab es weitere Gründe, die für Ihre Entscheidung zur Teilnahme an diesem Bürgerrat wichtig oder sehr wichtig waren? Falls ja, welche?

C5. Hatten Sie schon einmal von einem Bürgerrat gehört, bevor Sie die Einladung zum Bürgerrat erhalten haben?

Ja

Nein

Weiß nicht

Teil G: Sozio-Ökonomische Daten

G1. Abschließend bitten wir Sie noch einige Angaben zu Ihrer Person zu machen.

In welchem Jahr sind Sie geboren?

G2. Sie sind...

Weiblich

Männlich

Anderes

keine Angabe

G3. Haben Sie eine Migrationsgeschichte?

Nein, ich bin in Vorarlberg geboren.

Ja, ich bin in einem anderen österreichischen Bundesland geboren und seit so vielen Jahren in Vorarlberg (bitte als Kommentar eintragen):

Ja, ich bin in Österreich geboren, aber meine Mutter und/oder mein Vater sind im Ausland geboren. Und zwar in (bitte als Kommentar eintragen):

Ja, ich bin im Ausland geboren. Seit so vielen Jahren lebe ich in Vorarlberg (bitte als Kommentar Geburtsort angeben + Anzahl der Jahre in Vorarlberg):

Abbildung 8: Fragebogen für Teilnehmende zum Bürger:innenrat „Klima-Zukunft“

Appendix D: R-Outputs

Im Folgenden finden sich alle im Rahmen dieser Arbeit verwendeten R-Outputs. Auf dem Niveau $\alpha = 0,05$ signifikante Outputs wurden rot markiert.

Allgemeines

Tabelle 18: R-Outputs zu den Zusammenhängen zwischen dem politischen Interesse, den Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen, der politischen Aktivität der letzten 12 Monate und der Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“ (n = 603)

Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen und politisches Engagement der letzten 12 Monate				
1. Einfluss der Mitgliedschaft in einzelnen Vereinen und Organisationen auf die Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-2.2819	0.2139	-10.667	<2e-16 ***
Politische Partei	0.7003	0.4199	1.668	0.0953 .
Gewerkschaft	0.1477	0.3380	0.437	0.6620
Kirche	0.1120	0.2562	0.437	0.6621
Sport und Freizeit	0.3845	0.2501	1.537	0.1242
Anderes	0.3559	0.2649	1.344	0.1791
2. Einfluss der in den vorhergegangenen 12 Monaten angewandten Formen der politischen Partizipation auf die Bereitschaft zur Teilnahme an den „Vorarlberger Bürgerräten“				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-2.19658	0.22428	-9.794	<2e-16 ***
Unterschriftensammlung	-0.14342	0.42013	-0.476	0.6339
Politischer Konsum	0.42013	0.27501	1.528	0.1266
Demonstration	-0.08636	0.39574	-0.218	0.8273
Politische Versammlung	0.74810	0.38289	1.954	0.0507 .
Kontakt mit Politiker:in	0.86659	0.34743	2.494	0.0126 *
Geldspende	-0.30553	0.26095	-1.171	0.2417
Kontakt mit Medien	-0.33385	0.55192	-0.605	0.5453
Meinung im Internet	0.63316	0.37886	1.671	0.0947 .
Politisches Interesse				
3. Einfluss des politischen Interesses auf die Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-0.50445	0.14675	-3.438	0.000587 ***
Politisches Interesse	0.22623	0.04129	5.478	0.0000000429 ***
4. Einfluss des politischen Interesses auf die Summe an politischen Aktivitäten in den letzten 12 Monaten				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-0.37683	0.12806	-2.943	0.00325 **
Politisches Interesse	0.27307	0.03569	7.651	1.99e-14 ***
5. Einfluss der Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen auf das politische Interesse				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	3.01195	0.05508	54.683	< 2e-16 ***
Mitgliedschaften	0.19995	0.03301	6.057	0.00000000247 ***
6. Einfluss der Summe an politischen Aktivitäten auf das politische Interesse				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	2.93152	0.05534	52.973	< 2e-16 ***
Politische Aktivitäten	0.19607	0.02523	7.772	3.47e-14 ***
Signifikanz: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 ' ' 1				

Tabelle 19: R-Outputs zu den Zusammenhängen zwischen der Zustimmung zu den Aussagen 1-5, den Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und der politischen Aktivität der letzten 12 Monate (n = 603)

Politisches Vertrauen, Einstellung zur Politik und Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit				
1. Einfluss der politischen Aktivität der letzten 12 Monate und der Summe an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen auf den Grad an Zustimmung zu den Aussagen 1-5.				
Variable	Estimate	Std Error	t value	Pr(> z)
„Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“ [opin1]				
(Intercept)	3.08826	0.10656	28.983	<2e-16 ***

Politische Aktivität	0.02970	0.04371	0.680	0.4971
Mitgliedschaften	0.11548	0.05612	2.058	0.0401 *
„Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“ [opin2]				
(Intercept)	5.95026	0.06952	85.591	< 2e-16 ***
Politische Aktivität	0.03102	0.02879	1.077	0.28175
Mitgliedschaften	0.11940	0.03693	3.233	0.00129 **
„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ [opin3]				
(Intercept)	2.58931	0.13504	19.174	< 2e-16 ***
Politische Aktivität	0.32587	0.05571	5.849	0.0000000837 ***
Mitgliedschaften	0.23830	0.07079	3.366	0.000814 ***
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ [opin4]				
(Intercept)	4.63123	0.13295	34.835	< 2e-16 ***
Politische Aktivität	-0.23609	0.05454	-4.329	0.0000177 ***
Mitgliedschaften	0.01286	0.06991	0.184	0.854
„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ [opin5]				
(Intercept)	3.69607	0.12826	28.817	< 2e-16 ***
Politische Aktivität	-0.22594	0.05269	-4.288	0.0000212 ***
Mitgliedschaften	-0.09778	0.06712	-1.457	0.146
2. Einfluss der Zustimmung zu den Aussagen 1-5 auf die Summe an politischen Aktivitäten in den letzten 12 Monaten				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	0.12542	0.28172	0.445	0.6562
opin 1	0.01563	0.02498	0.626	0.5315
opin2	0.05428	0.03948	1.375	0.1692
opin3	0.09710	0.01873	5.183	0.000000219 ***
opin4	-0.04732	0.02085	-2.270	0.0232 *
opin5	-0.03964	0.02295	-1.727	0.0841 .
3. Einfluss der Zustimmung zu den Aussagen 1-5 auf die Summe an Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-1.07922	0.02876	-3.146	0.00166 **
opin1	0.04968	0.02876	1.727	0.08411
opin2	0.13630	0.04807	2.835	0.00458 **
opin3	0.08858	0.02167	4.088	0.0000434 ***
opin4	0.02424	0.02430	0.998	0.31849
opin5	-0.02779	0.02598	-1.070	0.28477
Signifikanz: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 '.'' 1				

Alter

Tabelle 20: R-Outputs zum Einfluss des Alters auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: 15-25 Jahre)(n = 603; 524)

Einfluss des Alters auf das politische Interesse, die Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und das politische Engagement der letzten 12 Monate (n = 603)				
Einfluss des Alters auf das politische Interesse				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	3.20192	0.08558	37.413	<2e-16 ***
25-35	-0.08428	0.12762	-0.660	0.509
35-45	0.12161	0.13611	0.893	0.372
45-55	0.07990	0.11937	0.669	0.504
55-65	0.13141	0.11991	1.096	0.274
65-75.1	0.14183	0.12353	1.148	0.251
Einfluss des Alters auf die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	0.24388	0.08639	2.823	0.00476 **
25-35	-0.20919	0.13721	-1.525	0.12735
35-45	0.06921	0.13496	0.513	0.60808
45-55	0.04607	0.11944	0.386	0.69968
55-65	0.12672	0.11796	1.074	0.28271
65-75.1	-0.03947	0.12596	-0.313	0.75403
Einfluss des Alters auf die politische Aktivität in den letzten 12 Monaten				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	0.47000	0.07715	6.092	0.00000000112 ***
25-35	0.13077	0.11137	1.174	0.2403
35-45	0.21576	0.11558	1.867	0.0619 .
45-55	0.07654	0.10590	0.723	0.4698
55-65	0.07897	0.10630	0.743	0.4575
65-75.1	-0.01428	0.11175	-0.128	0.8983

Einfluss des Alters auf den Grad an Zustimmung zu den Aussagen 1-5 (n = 603)

Variable	Estimate	Std Error	t value	Pr(> z)
„Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“ [opin1]				
(Intercept)	2.9515	0.1335	22.110	< 2e-16 ***
25-35	0.1438	0.1992	0.722	0.47066
35-45	0.4366	0.2126	2.053	0.04051 *
45-55	0.5948	0.1866	3.188	0.00151 **
55-65	0.3102	0.1870	1.659	0.09771 .
65-75.1	0.6230	0.1932	3.224	0.00134 **
„Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“ [opin2]				
(Intercept)	6.10577	0.09010	67.770	<2e-16 ***
25-35	-0.01275	0.13392	-0.095	0.924
35-45	0.06090	0.14460	0.421	0.674
45-55	0.14423	0.12623	1.143	0.254
55-65	0.01241	0.12566	0.099	0.921
65-75.1	0.06265	0.13040	0.480	0.631
„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ [opin3]				
(Intercept)	3.75728	0.17661	21.275	< 2e-16 ***
25-35	-0.27535	0.26438	-1.042	0.29810
35-45	-0.29574	0.28393	-1.042	0.29805
45-55	0.05753	0.24685	0.233	0.81580
55-65	-0.50976	0.25099	-2.031	0.04275 *
65-75.1	-0.73530	0.25786	-2.852	0.00452 **
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ [opin4]				
(Intercept)	3.97059	0.17098	23.223	<2e-16 ***
25-35	0.39412	0.25360	1.554	0.1207
35-45	0.04434	0.27154	0.163	0.8704
45-55	0.19608	0.23841	0.822	0.4112
55-65	0.51089	0.23841	2.143	0.0326 *
65-75.1	0.40304	0.24900	1.619	0.1061
„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ [opin5]				
(Intercept)	2.88350	0.16657	17.311	<2e-16 ***
25-35	0.04674	0.24694	0.189	0.8500
35-45	0.44486	0.26533	1.677	0.0942 .
45-55	0.35725	0.23283	1.534	0.1255
55-65	0.54770	0.23230	2.358	0.0187 *
65-75.1	0.51868	0.24251	2.139	0.0329 *

Einfluss des Alters auf die Wichtigkeit möglicher Absagegründe (n = 524)

Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
„An den angegebenen Terminen war ich zeitlich unabhkömmlich.“				
(Intercept)	4.1648352	0.1333261	31.238	< 2e-16 ***
25-35	0.0018315	0.2056331	0.009	0.99290
35-45	0.2879950	0.2197650	1.310	0.19076
45-55	-0.0002782	0.1955807	-0.001	0.99887
55-65	-0.2372989	0.2030255	-1.169	0.24315
65-75.1	-0.6417582	0.2065479	-3.107	0.00202 **
„Die Teilnahme war mir aus finanziellen Gründen nicht möglich“				
(Intercept)	1.24138	0.07521	16.505	<2e-16 ***
25-35	0.10711	0.11452	0.935	0.350
35-45	-0.03730	0.12531	-0.298	0.766
45-55	0.01235	0.11403	0.108	0.914
55-65	-0.06594	0.11955	-0.552	0.582
65-75.1	0.13362	0.13402	0.997	0.319
„Das Thema des Bürgerrates war für mich von geringem Interesse.“				
(Intercept)	2.58621	0.13906	18.598	<2e-16 ***
25-35	-0.07008	0.21558	-0.325	0.745
35-45	-0.11812	0.23481	-0.503	0.615
45-55	-0.13845	0.21083	-0.657	0.512
55-65	0.03046	0.21767	0.140	0.889
65-75.1	-0.24005	0.22736	-1.056	0.292
„Ich glaube nicht, dass ich einen wichtigen Beitrag leisten hätte können“				
(Intercept)	2.9195	0.1350	21.626	< 2e-16 ***
25-35	-0.5703	0.2083	-2.738	0.00648 **
35-45	-0.4195	0.2235	-1.877	0.06125 .
45-55	-0.3901	0.2038	-1.914	0.05638 .
55-65	-0.3741	0.2169	-1.725	0.08545 .
65-75.1	-0.5666	0.2221	-2.551	0.01113 *
„Mir wurde von Personen in meinem Umfeld von einer Teilnahme abgeraten.“				
(Intercept)	1.068966	0.060966	17.534	< 2e-16 ***

25-35	0.165409	0.093646	1.766	0.07821 .
35-45	0.094300	0.101569	0.928	0.35382
45-55	-0.007427	0.093230	-0.080	0.93655
55-65	0.145320	0.097423	1.492	0.13669
65-75.1	0.319923	0.112691	2.839	0.00479 **
Einfluss des Alters auf die Wahrscheinlichkeit der Ausübung einzelner Formen der politischen Partizipation (n=603)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
Teilnahme an einer Unterschriftenaktion				
(Intercept)	-0.82472	0.21201	-3.890	0.0001 ***
25-35	0.21859	0.31059	0.704	0.4816
35-45	0.08712	0.33488	0.260	0.7947
45-55	-0.24979	0.30473	-0.820	0.4124
55-65	-0.36312	0.31168	-1.165	0.2440
65-75.1	-0.79714	0.34611	-2.303	0.0213 *
(Nicht-)Kauf von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen				
(Intercept)	0.05716	0.19526	0.293	0.770
25-35	0.44740	0.29706	1.506	0.132
35-45	0.68044	0.32453	2.097	0.036 *
45-55	0.12516	0.27348	0.458	0.647
55-65	0.20357	0.27531	0.739	0.460
65-75.1	-0.28494	0.28267	-1.008	0.313
Teilnahme an einer Demonstration				
(Intercept)	-2.1454	0.3187	-6.732	1.67e-11 ***
25-35	0.7591	0.4184	1.814	0.0696 .
35-45	0.2651	0.4792	0.553	0.5801
45-55	0.3747	0.4180	0.896	0.3700
55-65	-0.1370	0.4602	-0.298	0.7659
65-75.1	-0.5627	0.5285	-1.065	0.2871
Teilnahme an einer politischen Versammlung				
(Intercept)	-2.36712	0.34861	-6.790	1.12e-11 ***
25-35	-0.40547	0.57795	-0.702	0.483
35-45	0.03175	0.55166	0.058	0.954
45-55	0.06454	0.48117	0.134	0.893
55-65	0.08474	0.48139	0.176	0.860
65-75.1	-0.18678	0.52488	-0.356	0.722
Kontaktaufnahme mit Politiker:in				
(Intercept)	-2.8034	0.4204	-6.668	2.6e-11 ***
25-35	0.2257	0.5967	0.378	0.7053
35-45	0.7885	0.5643	1.397	0.1623
45-55	0.7033	0.5199	1.353	0.1761
55-65	0.9788	0.5042	1.941	0.0522 .
65-75.1	0.5232	0.5470	0.957	0.3388
Geldspende für politische/soziale Zwecke				
(Intercept)	-0.7802	0.2102	-3.711	0.000206 ***
25-35	0.2756	0.3071	0.897	0.369485
35-45	0.7213	0.3210	2.247	0.024652 *
45-55	0.7802	0.2838	2.749	0.005982 **
55-65	0.7802	0.2850	2.737	0.006194 **
65-75.1	1.3519	0.2981	4.534	0.00000577 ***
Kontaktaufnahme mit den Medien				
(Intercept)	-2.8034	0.4204	-6.668	2.6e-11 ***
25-35	-0.2048	0.6627	-0.309	0.757
35-45	0.2697	0.6266	0.430	0.667
45-55	-0.7709	0.7207	-1.070	0.285
55-65	-0.2219	0.6217	-0.357	0.721
65-75.1	-0.3429	0.6615	-0.518	0.604
Äußerung von politischen Ansichten im Internet				
(Intercept)	1.6441	0.2649	-6.206	5.44e-10 ***
25-35	-0.6202	0.4563	-1.359	0.1740
35-45	-0.6913	0.5030	-1.374	0.1693
45-55	-1.2085	0.4964	-2.434	0.0149 *
55-65	-1.0251	0.4722	-2.171	0.0299 *
65-75.1	-1.0750	0.4978	-2.159	0.0308 *
Signifikanz: 0 *** 0.001 ** 0.01 * 0.05 . 0.1 . . 1				

Geschlecht

Tabelle 21: R-Outputs zum Einfluss des Geschlechts auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: Frauen) (n = 603; 524)

Einfluss des Geschlechts auf das politische Interesse, die Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und das politische Engagement der letzten 12 Monate (n = 603)				
Einfluss des Geschlechts auf das politische Interesse				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	3.11672	0.04799	64.949	< 2e-16 ***
Männlich	0.33646	0.07097	4.741	0.0000268 ***
Einfluss des Geschlechts auf die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	0.14603	0.05213	2.801	0.00509 **
Männlich	0.22256	0.07286	3.055	0.00225 **
Einfluss des Geschlechts auf die politische Aktivität in den letzten 12 Monaten				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	0.53743	0.04280	12.558	<2e-16 ***
Männlich	0.02593	0.06296	0.412	0.68
Einfluss des Geschlechts auf den Grad an Zustimmung zu den Aussagen 1-5 (n = 603)				
Variable	Estimate	Std Error	t value	Pr(> z)
„Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“ [opin1]				
(Intercept)	3.26032	0.07770	41.960	<2e-16 ***
Männlich	0.06152	0.11543	0.533	0.594
„Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“ [opin2]				
(Intercept)	6.11041	0.05156	118.518	<2e-16 ***
Männlich	0.09714	0.07641	1.271	0.204
„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ [opin3]				
(Intercept)	3.01290	0.09837	30.63	< 2e-16 ***
Männlich	1.04984	0.14643	7.17	2.37e-12 ***
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ [opin4]				
(Intercept)	4.30323	0.09845	43.708	<2e-16 ***
Männlich	-0.12141	0.14517	-0.836	0.403
„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ [opin5]				
(Intercept)	3.31731	0.09598	34.561	<2e-16 ***
Männlich	-0.26807	0.14178	-1.891	0.0592 .
Einfluss des Geschlechts auf die Wichtigkeit möglicher Absagegründe (n = 524)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
„An den angegebenen Terminen war ich zeitlich unabhkömmlich.“				
(Intercept)	4.15284	0.08483	48.953	<2e-16 ***
Männlich	-0.15776	0.12375	-1.275	0.203
„Die Teilnahme war mir aus finanziellen Gründen nicht möglich“				
(Intercept)	1.22170	0.04756	25.688	<2e-16 ***
Männlich	0.08318	0.07201	1.155	0.249
„Das Thema des Bürgerrates war für mich von geringem Interesse.“				
(Intercept)	2.4419	0.0885	27.592	<2e-16 ***
Männlich	0.1170	0.1332	0.878	0.38
„Ich glaube nicht, dass ich einen wichtigen Beitrag leisten hätte können“				
(Intercept)	2.60377	0.08837	29.465	<2e-16 ***
Männlich	-0.07436	0.13246	-0.561	0.575
„Mir wurde von Personen in meinem Umfeld von einer Teilnahme abgeraten.“				
(Intercept)	1.19617	0.04147	28.847	<2e-16 ***
Männlich	-0.06326	0.06320	-1.001	0.317
Einfluss des Alters auf die Wahrscheinlichkeit der Ausübung einzelner Formen der politischen Partizipation (n = 603)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
Teilnahme an einer Unterschriftenaktion				
(Intercept)	-1.02877	0.12712	-8.093	5.83e-16 ***
Männlich	0.05654	0.18719	0.302	0.763
(Nicht-)Kauf von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen				
(Intercept)	0.3612	0.1138	3.174	0.0015 **
Männlich	-0.3238	0.1672	-1.937	0.0527 .

Teilnahme an einer Demonstration				
(Intercept)	-1.9423	0.1691	-11.488	<2e-16 ***
Männlich	-0.1203	0.2572	-0.468	0.64
Teilnahme an einer politischen Versammlung				
(Intercept)	-2.8772	0.2493	-11.543	<2e-16 ***
Männlich	0.8104	0.3157	2.567	0.0103 *
Kontaktaufnahme mit Politiker:in				
(Intercept)	-2.5549	0.2165	-11.803	< 2e-16 ***
Männlich	0.7277	0.2797	2.602	0.00928 **
Geldspende für politische/soziale Zwecke				
(Intercept)	-0.06899	0.11205	-0.616	0.538
Männlich	-0.11882	0.16634	-0.714	0.475
Kontaktaufnahme mit den Medien				
(Intercept)	-2.94114	0.25650	-11.466	<2e-16 ***
Männlich	0.04681	0.37573	0.125	0.901
Äußerung von politischen Ansichten im Internet				
(Intercept)	-2.5089	0.2123	-11.820	<2e-16 ***
Männlich	0.3647	0.2915	1.251	0.211
Signifikanz: 0 *** 0.001 ** 0.01 * 0.05 . 0.1 ' ' 1				

Bildung

Tabelle 22: R-Outputs zum Einfluss des höchsten abgeschlossenen Bildungsgrades auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: Pflichtschulabschluss) (n = 603; 524)

Einfluss des höchsten abgeschlossenen Bildungsgrades auf das politische Interesse, Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und das politische Engagement der letzten 12 Monate (n = 603)				
Einfluss des Bildungsgrades auf das politische Interesse				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	2.98333	0.10974	27.185	< 2e-16 ***
Lehre	0.04388	0.13023	0.337	0.73629
Fachschule	0.34410	0.13579	2.534	0.01154 *
Matura	0.39762	0.13757	2.890	0.00399 **
Hochschulabschluss	0.61852	0.13687	4.519	0.00000754 ***
Meisterprüfung	0.36449	0.16659	2.188	0.02907 *
Einfluss des Bildungsgrades auf die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-0.06899	0.13363	-0.516	0.60565
Lehre	0.15996	0.15514	1.031	0.30249
Fachschule	0.36323	0.15618	2.326	0.02004 *
Matura	0.39599	0.15703	2.522	0.01168 *
Hochschulabschluss	0.47446	0.15502	3.061	0.00221 **
Meisterprüfung	0.51083	0.17928	2.849	0.00438 **
Einfluss des Bildungsgrades auf die politische Aktivität in den letzten 12 Monaten				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	-0.54654	0.26790	-2.040	0.0413 *
Lehre	0.38402	0.31460	1.221	0.2222
Fachschule	0.47634	0.32696	1.457	0.1451
Matura	1.38487	0.34137	4.057	0.000049749 ***
Hochschulabschluss	1.79931	0.35404	5.082	0.000000373 ***
Meisterprüfung	0.04755	0.40781	0.117	0.9072
Einfluss des höchsten abgeschlossenen Bildungsgrades auf den Grad an Zustimmung zu den Aussagen 1-5. (n = 603)				
Variable	Estimate	Std Error	t value	Pr(> z)
„Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“ [opin1]				
(Intercept)	3.5081967	0.1749291	20.055	<2e-16 ***
Lehre	-0.3167074	0.2093766	-1.513	0.1309
Fachschule	0.0005752	0.2167347	0.003	0.9979
Matura	-0.3043132	0.2207320	-1.379	0.1685
Hochschulabschluss	-0.3230115	0.2188232	-1.476	0.1405
Meisterprüfung	-0.3491058	0.2702279	-1.292	0.1969
„Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“ [opin2]				
(Intercept)	6.03226	0.11609	51.963	<2e-16 ***
Lehre	-0.01837	0.13885	-0.132	0.8948
Fachschule	0.16950	0.14424	1.175	0.2404

Matura	0.17928	0.14666	1.222	0.2221
Hochschulabschluss	0.23626	0.14565	1.622	0.1053
Meisterprüfung	0.07885	0.17901	0.440	0.6597
„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ [opin3]				
(Intercept)	3.03448	0.23164	13.100	< 2e-16 ***
Lehre	0.05002	0.27490	0.182	0.8557
Fachschule	0.17272	0.28582	0.604	0.5459
Matura	0.58316	0.29011	2.010	0.0449 *
Hochschulabschluss	1.25123	0.28861	4.335	0.0000173 ***
Meisterprüfung	0.74601	0.35994	2.073	0.0387 *
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ [opin4]				
(Intercept)	4.6182	0.2308	20.009	< 2e-16 ***
Lehre	-0.1529	0.2713	-0.564	0.57329
Fachschule	-0.2936	0.2810	-1.045	0.29655
Matura	-0.6753	0.2849	-2.370	0.01811 *
Hochschulabschluss	-0.7756	0.2836	-2.735	0.00643 **
Meisterprüfung	-0.2318	0.3462	-0.670	0.50339
„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ [opin5]				
(Intercept)	3.9500	0.2072	19.061	< 2e-16 ***
Lehre	-0.1388	0.2469	-0.562	0.57420
Fachschule	-0.7089	0.2568	-2.761	0.00596 **
Matura	-1.1904	0.2602	-4.574	0.00000586504 ***
Hochschulabschluss	-1.5481	0.2589	-5.980	0.0000000394 ***
Meisterprüfung	-0.9944	0.3165	-3.142	0.00177 **
Einfluss des höchsten abgeschlossenen Bildungsgrades auf die Wichtigkeit möglicher Absagegründe (n = 524)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
„An den angegebenen Terminen war ich zeitlich unabhkömmlich.“				
(Intercept)	3.76744	0.19278	19.543	< 2e-16 ***
Lehre	0.20195	0.23124	0.873	0.382978
Fachschule	0.06183	0.23802	0.260	0.795178
Matura	0.37700	0.23435	1.609	0.108422
Hochschulabschluss	0.86351	0.23704	3.643	0.000303 ***
Meisterprüfung	-0.06744	0.30072	-0.224	0.822657
„Die Teilnahme war mir aus finanziellen Gründen nicht möglich“				
(Intercept)	1.5000	0.1116	13.442	<2e-16 ***
Lehre	-0.2059	0.1342	-1.534	0.1260
Fachschule	-0.1094	0.1409	-0.776	0.4380
Matura	-0.3434	0.1347	-2.548	0.0112 *
Hochschulabschluss	-0.3718	0.1361	-2.732	0.0066 **
Meisterprüfung	-0.3182	0.1843	-1.727	0.0851 .
„Das Thema des Bürgerrates war für mich von geringem Interesse.“				
(Intercept)	2.6829	0.2002	13.403	<2e-16 ***
Lehre	0.1043	0.2399	0.435	0.6639
Fachschule	-0.1682	0.2534	-0.664	0.5072
Matura	-0.1957	0.2472	-0.792	0.4290
Hochschulabschluss	-0.5763	0.2489	-2.315	0.0212 *
Meisterprüfung	-0.4829	0.3252	-1.485	0.1384
„Ich glaube nicht, dass ich einen wichtigen Beitrag leisten hätte können“				
(Intercept)	2.8605	0.1948	14.687	<2e-16 ***
Lehre	-0.1508	0.2355	-0.640	0.5224
Fachschule	-0.2732	0.2526	-1.081	0.2803
Matura	-0.3020	0.2431	-1.242	0.2149
Hochschulabschluss	-0.4920	0.2437	-2.019	0.0442 *
Meisterprüfung	-0.7005	0.3212	-2.181	0.0298 *
„Mir wurde von Personen in meinem Umfeld von einer Teilnahme abgeraten.“				
(Intercept)	1.1111	0.09344	11.891	<2e-16 ***
Lehre	0.03347	0.11188	0.299	0.7650
Fachschule	0.12222	0.11819	1.034	0.3018
Matura	0.05756	0.11188	0.514	0.6072
Hochschulabschluss	-0.08514	0.11320	-0.752	0.4525
Meisterprüfung	0.38889	0.15172	2.563	0.0108 *
Einfluss des höchsten abgeschlossenen Bildungsgrades auf die Wahrscheinlichkeit der Ausübung einzelner Formen der politischen Partizipation (n = 603)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
Teilnahme an einer Unterschriftenaktion				
(Intercept)	-1.8718	0.3798	-4.929	0.000000828 ***
Lehre	0.5839	0.4291	1.361	0.173526

Fachschule	0.6526	0.4405	1.481	0.138513
Matura	1.1787	0.4325	2.725	0.006430 **
Hochschulabschluss	1.4198	0.4280	3.317	0.000909 ***
Meisterprüfung	0.7433	0.5143	1.445	0.148399
(Nicht-)Kauf von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen				
(Intercept)	-0.54654	0.26790	-2.040	0.0413 *
Lehre	0.38402	0.31460	1.221	0.2222
Fachschule	0.47634	0.32696	1.457	0.1451
Matura	1.38487	0.34137	4.057	0.000049749 ***
Hochschulabschluss	1.79931	0.35404	5.082	0.000000373 ***
Meisterprüfung	0.04755	0.40781	0.117	0.9072
Teilnahme an einer Demonstration				
(Intercept)	-2.94444	0.59235	-4.971	0.000000667 ***
Lehre	0.08224	0.69500	0.118	0.9058
Fachschule	0.97833	0.65750	1.488	0.1368
Matura	1.28902	0.64880	1.987	0.0469 *
Hochschulabschluss	1.53461	0.64041	2.396	0.0166 *
Meisterprüfung	0.86500	0.75887	1.140	0.2543
Teilnahme an einer politischen Versammlung				
(Intercept)	-2.39790	0.46710	-5.134	0.000000284 ***
Lehre	-0.60495	0.60674	-0.997	0.319
Fachschule	0.05609	0.57254	0.098	0.922
Matura	0.02041	0.58275	0.035	0.972
Hochschulabschluss	0.31845	0.55851	0.570	0.569
Meisterprüfung	0.31845	0.66572	0.478	0.632
Kontaktaufnahme mit Politiker:in				
(Intercept)	-2.3979	0.4671	-5.134	0.000000284 ***
Lehre	-0.1242	0.5625	-0.221	0.825
Fachschule	0.3477	0.5523	0.630	0.529
Matura	0.2419	0.5653	0.428	0.669
Hochschulabschluss	0.5733	0.5437	1.055	0.292
Meisterprüfung	0.5261	0.6407	0.821	0.412
Geldspende für politische/soziale Zwecke				
(Intercept)	-0.20067	0.25950	-0.773	0.439
Lehre	-0.18232	0.30882	-0.590	0.555
Fachschule	0.27087	0.32011	0.846	0.397
Matura	0.08734	0.32434	0.269	0.788
Hochschulabschluss	0.34909	0.32339	1.079	0.280
Meisterprüfung	-0.39404	0.40537	-0.972	0.331
Kontaktaufnahme mit den Medien				
(Intercept)	-2.94444	0.59235	-4.971	0.000000667 ***
Lehre	-0.63908	0.77963	-0.820	0.412
Fachschule	-0.36975	0.78100	-0.473	0.636
Matura	-0.06124	0.74885	-0.082	0.935
Hochschulabschluss	0.95551	0.66206	1.443	0.149
Meisterprüfung	-0.83975	1.17201	-0.717	0.474
Äußerung von politischen Ansichten im Internet				
(Intercept)	-2.9444	0.5923	-4.971	0.000000667 ***
Lehre	0.2072	0.6850	0.302	0.762
Fachschule	0.2175	0.7093	0.307	0.759
Matura	0.8861	0.6670	1.328	0.184
Hochschulabschluss	1.1199	0.6544	1.711	0.087
Meisterprüfung	1.0726	0.7370	1.455	0.146
Signifikanz: 0 **** 0.001 *** 0.01 ** 0.05 * 0.1 . 1				

Migrationshintergrund

Tabelle 23: R-Outputs zum Einfluss einer Migrationsgeschichte auf das politische und soziale Engagement der Befragten, dem politischen Vertrauen, den Einstellungen zur Politik und dem Vertrauen in die eigene politische Wirksamkeit sowie auf die Wichtigkeit einzelner Absagegründe (Referenz: kein Migrationshintergrund) (n = 603; 524)

Einfluss einer Migrationsgeschichte auf das politische Interesse, die Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen und das politische Engagement der letzten 12 Monate (n = 603)				
Einfluss einer Migrationsgeschichte auf das politische Interesse				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	3.30303	0.04061	81.345	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.24534	0.12766	-1.922	0.0551 .
Im Ausland geboren	-0.06359	0.11125	-0.572	0.5678

Einfluss einer Migrationsgeschichte auf die Anzahl an Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	1.33836	0.04919	27.210	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.12268	0.15630	-0.785	0.4329
Im Ausland geboren	-0.31019	0.13502	-2.297	0.0219 *
Einfluss einer Migrationsgeschichte auf die politische Aktivität in den letzten 12 Monaten				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
(Intercept)	1.69247	0.06270	26.994	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.38596	0.19943	1.935	0.0534 .
Im Ausland geboren	0.01175	0.17227	0.068	0.9456
Einfluss einer Migrationsgeschichte auf den Grad an Zustimmung zu den Aussagen 1-5 (n = 603)				
Variable	Estimate	Std Error	t value	Pr(> z)
„Man kann meistens darauf vertrauen, dass die Politiker, die an der Regierung sind, das Richtige tun.“ [opin1]				
(Intercept)	3.31510	0.06444	51.442	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.13510	0.20521	-0.658	0.511
Im Ausland geboren	-0.05796	0.17682	-0.328	0.743
„Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Vorarlberg sehr gut leben.“ [opin2]				
(Intercept)	6.17787	0.04276	144.463	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.19748	0.13550	-1.457	0.146
Im Ausland geboren	-0.03703	0.11706	-0.316	0.752
„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ [opin3]				
(Intercept)	3.48889	0.08553	40.792	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.23357	0.27813	-0.840	0.401
Im Ausland geboren	0.08464	0.23606	0.359	0.720
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ [opin4]				
(Intercept)	4.14004	0.08037	51.515	< 2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.22730	0.25826	0.880	0.37915
Im Ausland geboren	0.68604	0.22189	3.092	0.00209 **
„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.“ [opin5]				
(Intercept)	3.15468	0.07906	39.902	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.45756	0.25456	1.797	0.0728 .
Im Ausland geboren	0.04821	0.21870	0.220	0.8256
Einfluss einer Migrationsgeschichte auf die Wichtigkeit möglicher Absagegründe (n = 524)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
„An den angegebenen Terminen war ich zeitlich unabhkömmlich.“				
(Intercept)	4.04545	0.06880	58.804	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.07403	0.22876	-0.324	0.746
Im Ausland geboren	0.28063	0.20236	1.387	0.166
„Die Teilnahme war mir aus finanziellen Gründen nicht möglich“				
(Intercept)	1.245033	0.039903	31.202	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.009739	0.125440	-0.078	0.938
Im Ausland geboren	0.129967	0.116678	1.114	0.266
„Das Thema des Bürgerrates war für mich von geringem Interesse.“				
(Intercept)	2.5303	0.0733	34.518	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.0455	0.2374	-0.192	0.848
Im Ausland geboren	-0.2554	0.2178	-1.173	0.242
„Ich glaube nicht, dass ich einen wichtigen Beitrag leisten hätte können“				
(Intercept)	2.60726	0.07384	35.310	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.12247	0.22384	0.547	0.585
Im Ausland geboren	-0.32155	0.21163	-1.519	0.130
„Mir wurde von Personen in meinem Umfeld von einer Teilnahme abgeraten.“				
(Intercept)	1.14865	0.03292	34.891	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.15438	0.10395	1.485	0.138
Im Ausland geboren	-0.01707	0.09760	-0.175	0.861
Einfluss einer Migrationsgeschichte auf die Wahrscheinlichkeit der Ausübung einzelner Formen der politischen Partizipation (n = 603)				
Variable	Estimate	Std Error	Z value	Pr(> z)
Teilnahme an einer Unterschriftenaktion				
(Intercept)	-1.05315	0.10602	-9.933	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.36000	0.31540	1.141	0.254
Im Ausland geboren	-0.02677	0.29268	-0.091	0.927
(Nicht-)Kauf von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen				
(Intercept)	0.23767	0.09340	2.545	0.0109 *
Eltern im Ausland geboren	-0.04096	0.29651	-0.138	0.8901
Im Ausland geboren	-0.20950	0.25509	-0.821	0.4115
Teilnahme an einer Demonstration				

(Intercept)	-2.0483	0.1459	-14.034	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.6373	0.3817	1.670	0.095 .
Im Ausland geboren	-0.3343	0.4509	-0.741	0.458
Teilnahme an einer politischen Versammlung				
(Intercept)	-2.39088	0.16730	-14.291	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	-0.38171	0.61818	-0.617	0.537
Im Ausland geboren	0.00825	0.45830	0.018	0.986
Kontaktaufnahme mit Politiker:in				
(Intercept)	-2.25844	0.15844	-14.254	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.84746	0.38664	2.192	0.0284 *
Im Ausland geboren	0.04547	0.42847	0.106	0.9155
Geldspende für politische/soziale Zwecke				
(Intercept)	-0.15082	0.09301	-1.622	0.105
Eltern im Ausland geboren	0.03304	0.29556	0.112	0.911
Im Ausland geboren	0.17899	0.25495	0.702	0.483
Kontaktaufnahme mit den Medien				
(Intercept)	-3.0025	0.2184	-13.747	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.7833	0.5191	1.509	0.131
Im Ausland geboren	-0.1184	0.6290	-0.188	0.851
Äußerung von politischen Ansichten im Internet				
(Intercept)	-2.5084	0.1758	-14.271	<2e-16 ***
Eltern im Ausland geboren	0.8267	0.4233	1.953	0.0508 .
Im Ausland geboren	0.5785	0.3977	1.455	0.1457
Signifikanzen: 0 '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1 '.' 1				